220. Ausgabe • 37. Jahrgang

München, Sonntag/Montag, 28./29. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 27460, 25695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647. Postscheckkonto: Franz Eher Nachf. G. m. b. H., München 11346

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 500 000 000, auswärts M. 800 000 000
Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

Verschacherung der deutschen Reichsbahn an die internationale Börse

Tagesspiegel

Das neue sogenannte wertbeständige Geld ist in Umlauf gesetzt worden.

Paris unterstützt die rheinische Hochverratsbewegung als „gesetzmäßig"!

Die Verpfändungsverhandlungen der Reichsbahn sollen vor dem Abschluß stehen.

Neue Versklavungsverhandlungen mit den Franzosen an der Ruhr!

Verschärfte Streiks in Oberschlesien.

Frankreich anerkennt nur einen von den Franzosen bestellten Sachverständigenausschuß zur Festsetzung der deutschen Tribute.

Amerikanische Getreidehändler bieten Deutschland Weizen an.

England und Deutschland

Die Verpfändungsverhandlungen der Reichsbahn

tu. Berlin, 27. Okt. Wie die Deutsche Allg. Zeitung von gutunterrichteter Seite hört, stehen die Kreditverhandlungen, die die Reichsbahn durch die Allgemeine Deutsche Verkehrsbank in London seit einiger Zeit führt, unmittelbar vor dem Abschluß.

*

Diese Meldung beleuchtet schlaglichtartig, wie die Versklavung des deutschen Volkes Schritt für Schritt fortschreitet. Unter dem Druck französischer Bajonette wird der jüdisch-internationalen Hochfinanz mit Unterstützung unserer „alteingesessenen" Hebräer ein Stück deutschen Gutes nach dem andern überliefert. Baldwin hat in seiner letzten, gestern wiedergegebenen Rede erklärt, Deutschland habe alle „Reparationspflichten" zu erfüllen. Man werde ihre Höhe für heute bestimmen, bei Erhöhung der Leistungskraft werde man sie für die Zukunft anders einsetzen. Also alles Gerede unserer Wirtschaftler von der „Hebung der Produktion" ist so lange eitel Schaumschlägerei, solange Deutschland noch eine volkszerstörende Erfüllungspolitik betreibt, wozu sich der neue Rathenau, Dr. Stresemann, vor zwei Tagen jedoch wiederum bekannte.

Das Saargebiet besetzt, Oberschlesien zerfetzt, die Rheinlande kontrolliert, das Ruhrgebiet annektiert, die Hochverräter in Deutschland offen unterstützt, das ist die Lage des Reiches, die Folge des Novemberverrats. Jetzt geht also auch die deutsche Reichsbahn in die Hände eines internationalen Konsortiums über. Jeder Deutsche wird also seinen Tribut den modernen Wegelagerern, den Banken, zu zahlen haben. Das ist die Kontrolle, welche Mister Baldwin offen forderte, nach welcher das „Berliner Tageblatt" noch kürzlich bettelte. Der Freistaat ist fertig, die Demokratie hat gesiegt.

[illegible]r Kampf um den Rhein

C[illegible], 27. Okt. In Gerolstein liegt die Gewalt in den Händen eines Selbstschutzes, der aus Landfremden und Erwerbslosen besteht, die meist im Dienste der französisch-belgischen Regie stehen. Die Besatzungsbehörde im Eifelgebiet arbeitet mit den Separatisten zusammen. Durch die französischen Maßnahmen wurden die Vorbedingungen für das zeitweilige Gelingen der Putschbewegung geschaffen. Alle politischen und wirtschaftlichen Führer des Eifelgebietes wurden ausgewiesen. Durch das Fehlen der Eisenbahnverbindungen ist der Zusammenhang mit dem übrigen Rheinlande und dem unbesetzten Deutschland gelockert. Trotzdem herrscht bei den reichstreuen Kreisen kein Zweifel darüber, daß das Separatistenunternehmen hauptsächlich aus finanziellen Schwierigkeiten bald zusammenbrechen wird.

Saarbrücken, 27. Okt. Die „Saarbrücker Landeszeitung" meldet aus Trier: Sämtliche öffentliche Gebäude sind in der Hand der Sonderbündler. Die städtischen Behörden arbeiten, das Rathaus wurde deshalb von den Sonderbündlern geräumt. Sämtliche Führer der politischen Parteien wurden ausgewiesen. Gestern fanden Gegenangriffe der Bevölkerung statt, die durch Spahis verhindert wurden. Diese ritten in die Menge hinein. Die Sonderbündler verlangten von den Beamten weder eine schriftliche noch eine mündliche Erklärung. In Trier erscheint nur der unter Vorzensur stehende „Trierer Volksfreund", der als offizielles Organ der Republikpartei dessen gefärbte Nachrichten zu bringen hat und keinerlei andere Meldungen veröffentlichen darf.

„Gesetzmäßigkeit" des Hochverrats

tu. Koblenz, 27. Okt. Der französische Oberkommissar der Rheinlandkommission, Tirard, hat von Paris die Weisung erhalten, die Separatistenbewegung als gesetzmäßig anzuerkennen. Eine entsprechende Ordonnanz der Rheinlandkommission ist zu erwarten.

Tatsächlich tritt auch seit gestern die Unterstützung, die die Besatzungsmächte den in die öffentlichen Gebäude eingedrungenen Separatistenhaufen in den Städten des Rheinlandes zuteil werden lassen, offenkundig hervor. Dort, wo die Sonderbündler bereits aus den öffentlichen Gebäuden vertrieben wurden, wie in Bonn, Aachen, Mainz und Trier, wurden sie mit Hilfe von Bajonetten und unter Vertreibung und Entwaffnung der deutschen Polizei wieder eingesetzt. Es geht aus allem offensichtlich hervor, daß man den Eindringlingen zur Autorität verhelfen und die Deutschen unterdrücken will.

Die Hochverräter offen von den Franzosen unterstützt

tu. Koblenz, 27. Okt. Der französische Bezirksdelegierte hat gestern den Vertretern der Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die „vollendete Tatsache" der Besitzergreifung der Macht durch die Separatisten anerkannt werden müsse, sowohl von der deutschen Regierung, als auch von den Stadtverwaltungen. Die Vertreter der Stadt erklärten, es ablehnen zu müssen, mit oder unter den Separatisten zu arbeiten. Sie würden weder eine solche Regierung, noch einen solchen Bürgermeister anerkennen. Das gleiche Ansinnen wurde mit dem gleichen Mißerfolg in zahlreichen anderen Orten gestellt.

Der ägyptische Josef

tu. Washington, 27. Okt. Eine Gruppe von Getreidehändlern unterbreitete dem Präsidenten Coolidge den Plan des Verkaufs von 50 Millionen Bushels Weizen an Deutschland.

Poincaré für einen von den Franzosen bestellten Sachverständigenausschuß

tu. Paris, 27. Okt. Die französische Regierung hat sich, wie der „Temps" gestern abend mitteilte, mit der Einberufung eines Sachverständigenausschusses zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit einverstanden erklärt, vorausgesetzt, daß Amerika seinen Vertreter in diesen Ausschuß entsendet.

In diesem Sinne hat die Pariser Regierung ihrem Londoner Vertreter bereits gestern Instruktionen erteilt.

Die Tragweite dieser Entschließung darf angesichts der sehr entschiedenen Vorbehalte von französischer Seite nicht überschätzt werden, obwohl sie nach Überreichung der deutschen Note und vor effektiver Beendigung des passiven Widerstandes eine Konzession an Deutschland darstellt. Die fragliche Sachverständigenkommission wird indessen — so will es die Pariser Regierung — von der Reparationskommission ernannt werden, an der laut den im Vertrag von Versailles umschriebenen Rechten der Ausschuß in keiner Weise rühren darf. Auf diese letztere Vorbedingung, an der Poincaré unter allen Umständen festzuhalten beabsichtigt, wird in Pariser Kreisen großes Gewicht gelegt.

tu. Paris, 27. Okt. Die Mitglieder der Reparationskommission sind gestern früh nach der Rückkehr des englischen Delegierten Bradbury in einen offiziösen Meinungsaustausch über die am Mittwoch von der Kriegslastenkommission an die Reparationskommission überreichte Note eingetreten.

Der „Temps" rechnet damit, daß die Vertreter des Reiches aufgefordert werden, die in der Note ausgeführten Argumente der Repko mündlich zu unterbreiten.

tu. Paris, 27. Okt. Nach Meldungen aus Brüssel hat sich die belgische Regierung auf eine Anfrage des englischen Kabinetts für die Einberufung eines von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschusses, nicht aber für eine internationale Konferenz unabhängig von dieser Kommission entschlossen.

Neue Versklavungsverhandlungen

tu. Berlin, 27. Okt. Wie wir hören, sind gestern im Ruhrgebiet die Vertreter der deutschen Ruhrindustrie mit Vertretern der französischen Industrie zu neuen Verhandlungen zusammengetreten. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob eine Stillegung der Werke im Ruhrgebiet erfolgen muß, was zu einer furchtbaren Arbeitslosigkeit mit den schlimmsten Konsequenzen führen würde. Es steht demnach zu erwarten, daß die deutschen Unterhändler zu den größten Konzessionen bereit sind.

Die Auskehr in Spanien

Madrid, 26. Okt. In Madrid sowie ganz Spanien wurden zahlreiche frühere Bürgermeister, Stadträte und städtische Aufsichtsbeamte verhaftet, die in dem Verdacht ungetreuer Verwaltung stehen. Ein höherer städtischer Beamter von Madrid beging Selbstmord.

„Deutsches" Reich

Auf dem Dach sitzt ein Greis . . .

tu. Berlin, 27. Okt. Die Reichsminister traten am Freitag abend zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage zusammen. Bei den Beratungen fand die Lage im Rhein- und Ruhrgebiet besondere Berücksichtigung. Der Reichskanzler und die Reichsminister, die die Verhandlungen in Hagen geführt haben, erstatteten Bericht über ihre Eindrücke und die Ergebnisse der Reise. Dr. Stresemann und seine Ministerkollegen ließen keinen Zweifel darüber, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung besonders des Ruhrgebietes, die sich in Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit ausdrückt, zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben.

Berliner Hetze gegen Kahr

tu. Berlin, 26. Okt. Von halbamtlicher Seite wird mitgeteilt: In der Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder, die auf Anregung des württembergischen Staatspräsidenten am 24. Oktober stattfand, ist der einmütige Wunsch der deutschen Länder zum Ausdruck gekommen, den Konflikt zwischen Reich und Bayern zu beseitigen. Der bayerische Gesandte hat in Vertretung der bayerischen Staatsregierung bei diesen Verhandlungen wiederholt zu erkennen gegeben, daß der bayerischen Regierung daran gelegen sei, einen annehmbaren Weg zu finden, um diesen von ihr bedauerten Konflikt zu lösen. Der Reichskanzler hat sich dieser Erklärung angeschlossen und den Dank der Reichsregierung dafür zum Ausdruck gebracht, daß die Länder sich bemühten, einen Weg für diese Lösung zu finden. Heute nun erläßt der bayerische Generalstaatskommissar Dr. von Kahr eine Erklärung, wonach er es ablehnt, mit der derzeitigen Reichsregierung in Verhandlungen einzutreten. Diese Erklärung ist an sich praktisch belanglos, denn die Vertretung Bayerns liegt in den Händen der bayerischen Staatsregierung und nicht bei Herrn von Kahr, der lediglich mit der Wahrnehmung der Funktionen betraut ist, die sich aus der Verhängung des Ausnahmezustandes in Bayern ergeben. Um so unverantwortlicher ist es, wenn Herr von Kahr sich dem Wunsch der Reichsregierung, dem einmütigen Wunsch der Länder und dem durch den bayerischen Gesandten ausgesprochenen Wunsch der bayerischen Staatsregierung, die Reichseinheit (soll heißen den marxistischen Hochverrat!) zu sichern, durch sein Verhalten faktisch widersetzt (!). Das tut der bayerische Generalstaatskommissar in einer Zeit, in der die bayerische Pfalz in Gefahr ist, in französische Abhängigkeit zu geraten, in der Rhein und Ruhr von dem französischen Vernichtungswillen (wegen der Erbärmlichkeit der Berliner „Regierungen"!) bedroht sind, wie kaum zuvor, in der Hunger im Innern und Vergewaltigung von außen uns bedroht, und in der die Reichseinheit notwendiger ist, als je. Sein Verhalten ist eine Anmaßung, die die Reichsregierung zurückweist. Sein ganzes Tun und Lassen, das sich gegen jeden Versuch wendet, die Reichseinheit (unter bewußtem Verrat des Deutschtums!) auf dem Wege des Verstehens (!) wieder herzustellen, muß dem Urteil des deutschen Volkes überlassen bleiben.

Diese Hetze ist so kennzeichnend für die Mentalität der Berliner Kreise, daß sich jedes weitere Wort erübrigt. Wenn man nicht nach der Pfeife der Berliner tanzt, dann ist das Zertrümmerung der Reichseinheit.

F.M.J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Dr. Georg Heim

Führer der Bayerischen Volkspartei, unterhandelte 1919 mit Franzosen über eine eventuelle Loslösung Bayerns vom Reich

Parteigenossen! **Nationalsozialisten!**

Die Sektionsversammlungen am 29., 30. und 31. Oktober fallen aus. Dafür am Montag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Mathäserfestsaal (Zweigstr.)

Lichtbilder-Vortrag von Pg. **Dr. G. Schott.**

Am Dienstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr

4 Mitgliederversammlungen

im **Bürgerbräukeller** (Rosenheimerstraße)
Löwenbräukeller (Stiglmaierplatz)
Thomasbräukeller (Kapuzinerplatz)
Hackerkeller (Theresienhöhe)

Es sprechen die Parteigenossen: **Dietrich Eckart, Hermann Esser, Max Weber, Julius Streicher u. a.,** außerdem in sämtlichen Versammlungen

unser Führer **Adolf Hitler**

Zutritt zu sämtlichen Veranstaltungen nur gegen Vorweis einer Mitgliedskarte. (Ausstellung von Mitgliedskarten täglich von 8—12 und 2—6 Uhr in der Geschäftsstelle der Partei, Corneliusstraße 12.

Verhaftete Devisenschieber

Berlin, 27. Okt. Von der Berliner Kriminalpolizei wurde gestern eine Anzahl Personen, darunter mehrere Galizier, festgenommen, die sich mit der Ausfuhr deutscher Papiergeldscheine ins Ausland befaßte. In Berlin wie in verschiedenen Städten an der holländischen Grenze wurden Koffer und Kolli voll Papiergeld im Gewicht von mehreren Zentnern beschlagnahmt. Die Händler, die gegen Bürgschaft vorläufig wieder freigelassen wurden, verdienten durchschnittlich an 1 Milliarde verschobener Gelder 3 Milliarden.

Das „wertbeständige" Geld ist da!

tu. Berlin, 27. Okt. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, sind gestern die ersten Zwischenscheine der Goldenleihe, lautend auf ½, ¼ und $^{1}/_{10}$ Dollar, dem Verkehr zugeleitet worden. In den nächsten Tagen wird der Druck in erhöhtem Umfange fortgesetzt werden. Gleichzeitig wird mit der Herstellung der endgültigen Stücke zu ½, ¼ und $^{1}/_{10}$ Dollar begonnen werden und mit dem Druck der Rentenmarkscheine sowie der Goldanleihestücke von 1, 2 und 5 Dollars fortgefahren werden. Es kann also erwartet werden, daß binnen kurzem für den Verkehr die genügende Menge von wertbeständigem Zahlungsmittel in Umlauf gebracht wird.

Der Gesamtbetrag der zur Ausgabe gelangenden Goldanleihestücke einschließlich der Zwischenscheine darf insgesamt die durch das Reichsgesetz bestimmte Höchstgrenze von 500 Millionen Goldmark nicht überschreiten.

tu. Berlin, 28. Okt. Amtlich wird unter anderem mitgeteilt:

Mit der Prägung der Münzen für das Rentengeld ist bereits begonnen worden. Es werden geschaffen: 1-, 2-, 5-, 10- und 50-Rentenpfennigstücke. Im übrigen sind alle Vorbereitungen getroffen, damit die Rentenbank ihre praktische Tätigkeit demnächst aufnehmen kann. Insbesondere schreitet auch der Druck der Rentenbankscheine, die durch Goldrentenbriefe voll gedeckt sein müssen, rüstig vorwärts. Die Rentenmark wird bis zur Ablösung durch die Goldmark das geeignete wertbeständige Zahlungsmittel des Verkehrs sein.

*

Die Rentenmark ist — darüber sind sich Regierung und Wirtschaft einig — ein Zwischenglied bis zur Schaffung der Goldmark, mit der die Rentenmark eingelöst werden wird. Die Arbeiten für die Goldnotenbank werden mit großer Beschleunigung durchgeführt.

Verschärfter Streik in Oberschlesien

tu. Gleiwitz, 27. Okt. Der Streik in Deutsch-Oberschlesien hat eine wesentliche Verschärfung erfahren. In einer gestern in Hindenburg stattgefundenen Betriebsräteversammlung wurde der Generalstreik für die Reviere Hindenburg und Gleiwitz beschlossen, der dann auch am Vormittag in vollem Umfange einsetzte. Auch die oberschlesischen Metall- und Hüttenwerke haben sich dem Streik angeschlossen, und es standen im Laufe des gestrigen Tages etwa 30 000 Arbeiter im Ausstand. Die Forderungen der Arbeiter gehen nach wertbeständigen Löhnen und um ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln. Gerüchte, wonach sich auch die Eisenbahner dem Streik angeschlossen haben, sind unzutreffend. Zu Unruhen ist es noch nirgends gekommen. Heute vormittag finden zwischen den Arbeitgebern und den streikenden Arbeitern Verhandlungen statt. Die Notstandsarbeiten werden unverändert verrichtet. Im Beuthener Revier ist die Lage unverändert. Für heute rechnet man mit einer allgemeinen Entspannung.

Abgeordneter v. Graefe zum Küstriner Prozeß

tu. Berlin, 26. Oktober. Zu der Behauptung des „Vorwärts" und anderer Linksblätter, der Abgeordnete v. Graefe habe gekniffen, indem er es abgelehnt habe, sich als Zeuge im Buchrucker-Prozeß in Kottbus vernehmen zu lassen, teilt Abgeordneter v. Graefe mit, er sei bereits vor einiger Zeit bei der Voruntersuchung in Berlin von dem Vertreter der Anklagebehörde, Landgerichtsrat Hauke, vernommen worden, und er habe dabei klipp und klar ausgesagt, daß jene Behauptungen restlos in das Gebiet der Ammenmärchen gehören, die ihn und die Freiheitspartei mit den Putschisten in Verbindung brachten. Wenn aber das Gericht jetzt eine nochmalige Vernehmung des Abgeordneten über dieselbe Frage im Verhandlungstermin selbst wünsche, dann hat es die verfassungsmäßige Form zu wahren, d. h. es muß hierfür die Genehmigung des Reichstages für solche Vernehmungen zuvor einholen.

Fälschung und Blamage

Die verzweifelten Versuche des „Bayer. Kuriers", sich als gut deutsch und echt bayerisch, christlich und unschuldig hinzustellen, werden immer possierlicher. Aber wie es in Zuständen überreizter Nerven nun eben geht, fälscht man die Ausführungen des unbequemen Mahners und glaubt dann tatsächlich, wieder makellos dazustehen. Dies ist dem „B. K." seinen Lämmern gegenüber bisher immer ganz gut gelungen, da diese früher nur den „B. K." und ihm ähnliche Erzeugnisse lasen. Aber sie sind heute skeptisch geworden, und viele lesen auch den „Völk. Beob." Und das macht den „B. K." wild und unvorsichtig.

Unter dem Titel „Die wirklichen Separatisten" bekommt der „B. K." es neuerdings fertig, zu behaupten, wir hätten der bayerischen Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie den bayerischen Standpunkt vertreten habe. Das ist die bekannte „pia fraus", der „fromme" Betrug, der leise das Wichtigste unter den Tisch fallen läßt. In diesem Falle das Wörtchen nur. Das dürfte zur Charakterisierung des „christlichen" „B. K." genügen.

Dann aber wird er ganz unvorsichtig. Er schreibt über die Roten und uns: „Beide verkennen, daß Revolution, Hochverrat, Landesverrat und Separatismus am selben Holze wachsen und eine Wurzel haben." Wir verkennen das gar nicht, denn wir wissen ja, daß das Zentrum mit dem rotgoldenen Hochverrat und Meineid tapfer und unentwegt mitmarschiert ist und noch heute mitmarschiert. Und daß die „Bayer. Volkspartei" am Holze des Zentrums dessen schönste Blüte ist, wird sie ja nicht zu bestreiten wagen, obwohl wir glauben, daß die meisten noch aufrechten Deutschen und Christen, die den „B. K." noch ohne sichernde Handschuhe in die Hand nehmen, es nicht angenehm finden, einen Mann wie Monsieur Erzberger in ihm als großen Katholiken anstandslos verherrlicht zu finden. Ja, ja, man hat es nicht leicht, wenn man den Herrgott zum Agenten der Bayerischen Volkspartei machen möchte. Es gibt heute schon viele Menschen, denen der Herrgott dafür zu gut ist . . .

Dr. Heim und die Bayerische Volkspartei

Am 27. Oktober tritt die Bayerische Volkspartei zur ernsthaften Beratung über die schwebenden Probleme zusammen, um Beschlüsse zu fassen über ihre Haltung in der Zukunft. Wir können es verstehen, daß die Herren des patentierten Christen- und Bayerntums voller Sorge sind, scheint es doch, daß alle ihre Mühen und Plagen um die Aufrechterhaltung ihrer parteipolitischen Unfehlbarkeit doch umsonst gewesen sind. Das ist sicher schwer, und wir haben ein menschliches Mitempfinden mit den Ängsten und Sorgen der vielgeprüften Parlamentarier, die allmählich zu fühlen beginnen, daß ihre jetzigen Gesänge Schwanengesänge des parlamentarischen Systems und seiner christlichen und jüdischen Nutznießer sind. Um die ganze Herrlichkeit der Bayer. Volkspartei zu illustrieren, ist es notwendig, ihre höchste Blüte als bewunderungswürdiges Objekt der Mitwelt entgegenzuhalten, und diese Blüte ist ohne Zweifel der heimliche König der Bayer. Volkspartei, Heim, der Bauerndoktor. Wir müssen dieses schon der Gerechtigkeit halber tun, denn wie man einen Hochspringer und Dauerläufer nach seinen besten Leistungen einschätzt, so muß man auch eine politische Partei nach ihren Führern beurteilen. Dr. Heims beste Sprünge liegen nun fraglos in seinen Nachkriegsleistungen, wenigstens sind sie jetzt erst allem Volke offenkundig geworden.

In einer Polemik gegen die Nationalsozialisten sagte der Abg. der Bayer. Volkspartei, Herr Vielberth, es würde noch einmal die Zeit kommen, da die Bayer. Volkspartei ihr Programm darlegen würde. Mit anderen Worten: Alles, was die Bayer. Volkspartei bisher der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat, entspricht noch lange nicht dem eigentlichen Wollen dieser Partei, sondern wir müssen darauf gefaßt sein, noch ganz merkwürdige Dinge zu hören zu bekommen. Immerhin kommt man angesichts der Tätigkeit des Dr. Heim auf manchen Verdacht, der in den letzten Tagen im „Völkischen Beobachter" mehrfach angedeutet und ausgesprochen worden ist, nämlich daß die Tätigkeit der Bayer. Volkspartei in ihrer Auswirkung auf eine Separation Bayerns vom Reiche hinausläuft, und daß dieses zum mindesten im Plane der dunklen Hintermänner der Bayer. Volkspartei liegt.

Die zusammentretende Partei wird sicher Dr. Heim einen Ehrenplatz anweisen und nicht daran denken, ihn wegen seiner Unterhandlungen 1919 dem Staatsanwalt zu überantworten. Damals reiste Dr. Heim, wie er sagte, mit Einwilligung der Reichsregierung, nach Luxemburg und sprach dort mit dem General Desticker. Über den Inhalt der Unterredung berichtete der ehemalige Pressechef des Präsidenten Wilson, Baker, folgendes:

„An dem gleichen Tage, an dem Foch im Obersten Rate über Heims Angebot Bericht erstattete, fand in Luxemburg die Besprechung Dr. Heims mit dem General Desticker statt. Am 23. Mai 1919 ist das Ergebnis der Verhandlungen zur Kenntnis des Obersten Rats gebracht worden. Baker berichtet über jene Unterhaltung, daß Dr. Heim vertraulich von der Loslösung aller anderen größeren deutschen Staaten von Preußen und der Bildung eines neuen Bundes, einschließlich Deutschösterreichs, gesprochen habe. Dieser Bund sollte unter einem hauptsächlich wirtschaftlichen Protektorat der Entente stehen. Um dem Feinde diesen Bund schmackhaft zu machen, soll Dr. Heim dahin argumentiert haben, daß solch ein katholischer und konservativer Block eine wirkungsvollere Barriere gegen den Bolschewismus bilden würde, als ein preußifiziertes Deutschland je errichten könnte.

Über die Gründe, warum das Lostrennungsangebot nicht weiter verfolgt wurde, berichtet Baker: Der Franzose brachte gegen den Einschluß Österreichs Einwände vor und war nicht in der Lage, wirklich zufriedenstellende Versicherungen bezüglich der Reparationszahlungen zu erhalten. Frankreichs Abneigung, auf irgend etwas in dieser Richtung zu verzichten, war das hauptsächlichste Hindernis einer wirklichen Ermutigung separatistischer Bewegungen.

Danach wäre also jener Hochverratsversuch nicht an Heims schlimmem Willen, sondern an Frankreichs Unersättlichkeit gescheitert.

Diese ungeheuerlichen Anschuldigungen hat Dr. Heim bisher nicht zu entkräften vermocht. Er hat zwar mitteilen lassen, die Reichsregierung habe von seinem Schritt Kenntnis gehabt. Aber Philipp Scheidemann erklärte dazu, Dr. Mayer, der verstorbene deutsche Botschafter, habe bloß einmal unverbindlich angefragt, während Heim aus einiger Entfernung dem Gespräche zugesehen habe. Von den Ergebnissen der Unterhandlung habe er nachher nie etwas gehört. So wurde mit dem Schicksal Deutschlands gespielt und Frankreich mußte alle Ursache haben, anzunehmen, daß Bayern zum Abfall bereit sei, wo doch der Führer der größten Partei des Landes mit derlei Vorschlägen für Eventualfälle kam. Es handelte sich bloß darum, diese Eventualfälle zu schaffen. Dies geschieht seit Jahren nun an der Ruhr und im Rheinland.

Leoprechting sitzt im Zuchthaus, Kübles und Machhaus sind tot, Fuchs sitzt im Zuchthaus, Dr. Heim aber leitet die allerchristlichste Bayerische Volkspartei. . . .

Die weitere Christlichkeit des Bauerndoktors äußerte sich bekanntlich in seinem Eintritt in den Aufsichtsrat der alljüdischen Deutschen Bank. Er betonte sogar, daß er von seinen jüdischen Kollegen viel lernen könne. Wohl deshalb wurde er für würdig befunden, in der letzten Berliner Illustrierten neben Herrn Grünfelds Wüstentyp abkonterfeit zu werden. Herr Wassermann darf dabei nicht ungenannt bleiben. Dieser Direktor der Deutschen Bank erklärte am 18. (!) Januar 1923 offen, alle andern Rücksichten träten für ihn zurück, wenn es sich um die jüdische Sache handle; eine noch größere jüdische Vereinigung sollte geschaffen werden, als ehemals die Alliance israélite universelle es war. Lernt Dr. Heim auch bei Herrn Wassermann? Unlängst hat Dr. Heim den Antisemitismus als einen Blödsinn bezeichnet. Es tut deshalb gut, an folgendes zu erinnern:

Im November 1901 hatte Dr. Heim in der Kammer der Abgeordneten einen Antrag eingebracht betr. „die Anstellung von Israeliten im Justiz- und Verwaltungsdienst nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung". In der 204. Plenarsitzung am 28. November 1901 begründete er den Antrag wie folgt:

„Im Richteramt ist das Judentum in Bayern sechsmal so stark vertreten, als es auf Grund des Verhältnisses zur Bevölkerungszahl im Richteramt vertreten sein dürfte. Das Judentum ist ein Staat im Staate. Ein weiterer Grund für meinen Antrag ist der: Aus der Kriminalstatistik geht hervor, daß, wenn es sich um Verbrechen und Vergehen gegen das Eigentum handelt, um Urkundenfälschung, Wechselfälschung, betrügerischen Bankerott usw., wenn es sich um den Rebbach dreht, um den gewissenlosen Gewinn, leider das Judentum sehr stark beteiligt ist. Und wieviele Geschichten kommen gar nicht auf, wo das Judentum in seiner schmutzigen Weise seine Hand im Spiele hat. Nehmen Sie irgendeinen neuen Erwerbszweig her, der in moderner Form auftritt, die man bisher nicht gekannt hat, und die nicht ganz reinlich ist — es sind immer die Juden die Träger des neuen Gedankens.

Ich habe ehrliche und brave Juden kennengelernt, wenn es ihnen auch schwer fiel, unter ihren Stammesgenossen sich deshalb die Achtung zu erwerben, die sie anderswo hatten. Sie wurden für dumm angesehen, weil sie nicht so arbeiteten wie andere. Also wenn zwischen Christen und Juden eine Kluft besteht, dann möge man beim Judentum sich sagen: wir tragen hauptsächlich mit daran die Schuld.

Einige der jüdischen Staatsdienst-Aspiranten werden zwar inzwischen konfessionslos geworden sein, aber das verdunkelt höchstens die Statistik. Wenn Sie einen Kanarienvogel 20 Jahre auf einen Baum hinaufsetzen, wo vor ihm ein Specht gehämmert hat, so wird er doch nie hämmern. Dieses Konfessionsloswerden ist also eine Besserung.

Prof. Riehl, eine Zierde der deutschen Wissenschaft, sagt in seinem Buch „Deutsche Arbeit" u. a., es sei nicht bloß die Arbeit schlechthin, sondern die sittliche Auffassung von der Arbeit, die den Semiten von dem Arier trennt. Fichte hat in seinen „Reden an die deutsche Nation" und in seinem Buch über die Französische Revolution sich gegen die Verleihung der bürgerlichen Rechte an die Juden ausgesprochen, von der Zulassung zu den Staatsämtern gar nicht zu reden. Schmoller hat 1893 gesagt, man hätte die Gleichberechtigung der Juden als Staatsbürger nie zulassen sollen. Er findet, daß die Pfiffigkeit, die Beweglichkeit und Frechheit der Juden auch auf die christliche oder arische Bevölkerung nachteilig wirken müsse.

Eines möchte ich noch den Juden zur Warnung an die Wand schreiben: Wenn wirklich einen Katholiken besonders etwas zum Antisemiten machen könnte, so wäre es das Verhalten gewisser Juden gegen uns in Zeitungen, wie der „Frankfurter Zeitung" und dem „Berliner Tageblatt" mit seinem obszönen Sarkasmus und seinem zersetzenden Hohn, die ja dem Juden ganz besonders eigen sind, mit seiner ganz klaren, durchsichtigen Politik, die beiden christlichen Konfessionen niemals gegenseitig zur Ruhe kommen zu lassen. In Österreich reiben sich die krummnasigen Schufte die Hände und haben ihre Freude daran, daß die christlichen Konfessionen sich untereinander bekämpfen. Solche Erscheinungen, das möchte ich dem Judentum zurufen, führen dazu, daß auch eines Tages die Stunde der Abrechnung mit den Juden schlagen wird."

Dies müssen wir heute alles nochmals feststellen. Wenn vor zwei Tagen aber Dr. Heim in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei als **Säkularmensch** gefeiert wird, so schlägt das allerdings dem Faß den Boden aus. Auch finden wir es unangebracht, alle Angriffe gegen Dr. Heim dadurch abzuwehren, daß man erklärt, er sei am grauen Star erkrankt und deshalb könne er der „üblen Nachrede" nicht entgegentreten. Mit dem Appell an Sentimentalität hat man in Deutschland noch immer zu wirken verstanden. Für uns handelt es sich nicht um den gesunden noch um den kranken Dr. Heim, sondern um Dr. Heim als anerkannten Führer der Bayerischen Volkspartei. Diese allerbayerischste Partei hat den Dr. Heim nicht hinausgeworfen, als seine Unterhandlungen ruchbar wurden, sondern als Führer ausgerufen; die allerchristlichste Partei hat nichts dagegen einzuwenden gehabt, ihn in die Reihe der Grünfeld, Wassermann usw. einrücken zu lassen, sondern ihn noch dazu verteidigt. Deshalb haben wir uns mit ihm beschäftigen müssen. Der Abgeordnete der Bayr. Volksp., Rothmeier, hat noch vor zwei Tagen gesagt: „Die Auffassung Dr. Heims über die Notwendigkeiten der **Außenpolitik** sowohl wie der innern Staats- und Wirtschaftspolitik hat sich bisher restlos (!) als richtig erwiesen."

Jetzt weiß jeder Deutsche, **was** er von der Bayerischen Volkspartei zu halten hat.

Hintergründe

In der ersten Nummer des Jahres 1872 schrieb die „Civilta cattolica":

„Darum scheint das neue Reich bestimmt zu sein, wie ein leuchtendes Meteor bald zu verschwinden. Es scheint, als ob Preußen mit dem Degen Napoleons III. in Sedan auch dessen antichristliche Politik geerbt hätte. Darum wird schnell einer kommen, der auch ihm ein Sedan oder ein zweites Jena bereitet." Ein andermal schrieb dasselbe Blatt (zitiert nach Nippolds Kirchengeschichte, S. 730): „Der Kampf wird in Preußen, sei es in dieser oder einer anderen Gestalt, fortdauern, solange Preußen besteht, denn zu seinem wahren und Hauptgrund hat der Kampf die innerste Natur dieses Staates. Preußen steht sowohl seinem Ursprunge wie seiner Entwicklung alle Stufen hindurch im geraden Gegensatz zu der katholischen Kirche. Es ist wegen dieser seiner Natur der Haupt- und Todfeind Roms. Preußen in seiner jetzigen Gestalt und Zusammensetzung beruht auf dem Protestantismus und seinen Lehren; Preußen ist der Wall und die Festung des Protestantismus in Deutschland — mit Preußen steht und fällt der Kampf gegen die Kirche in Europa."

Das „Fränkische Volksblatt" in Würzburg schrieb am 26. September 1891: „In unserer Zeit bedeutet ‚nationale' Rücksicht nichts weiter als Preußentum. Deutschland bleibt immer, nur die Form muß wechseln: die preußische Hegemonie ist reif für Vernichtung, sie muß einer friedlichen, ehrlichen und befriedigenden Gestaltung des deutschen Vaterlandes Platz machen." Und warum? „Nichts ist so einleuchtend als der Satz, daß bei Königgrätz auch Frankreich, und daß bei Königgrätz Sedan die katholische Welt schlagen würde." („Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland", 1908, 142/I.)

Die „Augsburger Postzeitung" schrieb (laut Wiener „Neues Reich" vom 30. Oktober 1921): „Die Begründung für die Bekämpfung des habsburgischen Herrscherhauses lautet neuerdings, nachdem die Anschuldigungen des Verrats an Deutschland nicht mehr ziehen, die Errichtung einer Donaumonarchie unter den Habsburgern bedeute eine Gefahr für das Deutsche Reich, das beim Zustandekommen einer Donaukonföderation auch nach Südosten abgeriegelt würde. Es sind also scheinbar deutsche Interessen, die die Deutschnationalen zur Bekämpfung der Habsburger und zur Förderung der Anschlußbewegung an das Deutsche Reich veranlassen. In Wirklichkeit sind auch diese Gedanken rein preußisch eingestellt. Es ist eine kleinliche Auffassung des ‚großdeutschen Gedankens' und käme einer neuerlichen kleindeutschen-Lösung nahe, die alten großen Traditionen des römischen Reiches deutscher Nation einfach zur Seite zu schieben und auf jede Einwirkung auf die östlichen Kleinstaaten, über Deutschösterreich hinaus, zu verzichten. Staaten, die wohl momentan von Frankreich beeinflußt werden können, wie das von deutschnationaler Seite befürchtet wird, deren wirtschaftliche Bedürfnisse aber immer wieder zwangsweise auf Deutschland hinweisen. Wir Süddeutschen haben jedenfalls kein Interesse daran, uns auf das engnationalistische Deutschland festzulegen."

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 400 Millionen Mark und unter Streifband 60 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30000 Kr., Ungarn 12000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Franzosen oder „Deutsche" Werke

1. Die Franzosen haben willkürlich und ohne Rechtsgrund deutsche Gebiete besetzt.
2. Die Franzosen zerstören in sinnloser Wut deutsche Fabriken.
3. Die Franzosen rauben deutsche Maschinen und verschleppen sie nach Frankreich.
4. Die Franzosen vertreiben die pflichttreuen Deutschen aus ihren Stellungen und ersetzen sie durch ihnen willfährige Elemente.
5. Die Franzosen rauben deutsche Möbel, Wäsche, Einrichtungsgegenstände usw. und übereignen sie ihren Günstlingen.
6. Die Franzosen verbieten Instandsetzungsarbeiten an den von Deutschen bewohnten Häusern und lassen auf deutsche Kosten zu ihrer persönlichen Bequemlichkeit prunkvolle Häuser bauen.
7. Die Franzosen vertreiben Deutsche aus ihren Wohnungen, um darin Bordelle einzurichten.
8. Die Franzosen stellten den deutschen Eisenbahnverkehr ein, sausen aber selbst in herrlichen Autos umher.
9. Die Franzosen haben deutsche Fabriken stillgelegt und deren Einrichtungen, Vorräte usw. verkauft.
10. Die Franzosen versuchen, die Landeseinwohner zum Ungehorsam gegen die deutsche Regierung zu zwingen.
11. Die Franzosen setzen sich über Recht und Gesetz willkürlich hinweg.
12. Bei den Franzosen spielt das Denunziantenwesen eine bedeutende Rolle.
13. Die Franzosen werden von der deutschen Regierung höchstens mit Papierprotesten belästigt; denn man darf den Feind nicht reizen!

1. Die „Deutschen" Werke haben willkürlich und ohne Rechtsgrund die früheren bayerischen militärischen Betriebe besetzt (siehe Grundbucheinträge!).
2. Die „Deutschen" Werke haben in einem die Ententeforderungen weit übersteigenden Maße in bayerischen Werken Zerstörungen vorgenommen.
3. Die „Deutschen" Werke rauben bayerische Maschinen und verschleppen sie nach Norden.
4. Die „Deutschen" Werke vertreiben die pflichttreuen bayerischen Beamten und Arbeiter aus ihren Stellungen und ersetzen sie durch ihnen willfährige landfremde Elemente; weder in der Hauptverwaltung in Berlin, noch in irgendeinem in Bayern gelegenen „Deutschen" Werk gibt es jetzt auch nur einen einzigen Bayern in leitender Stellung (siehe Handelsregistereinträge!).
5. Die „Deutschen" Werke rauben aus bayerischen Staatsbeständen Möbel, Wäsche, Einrichtungsgegenstände usw. und übereignen sie ihren Günstlingen; alle bayerischen Angestellten und Arbeiter, denen von den früher bayerischen Werksleitungen gegen Ratenzahlungen Einrichtungsgegenstände usw. überlassen worden waren, müssen diese kurzfristig den landfremden Machthabern ausliefern.
6. Die „Deutschen" Werke verbieten an den von Bayern bewohnten Werkswohnhäusern selbst die unumgänglich notwendigsten Instandsetzungsarbeiten und lassen auf bayerische Kosten prunkvolle Palais für landfremde Direktoren bauen, da diesen Herren die ihnen angebotenen prächtigen Wohnungen, die früher von bayerischen Generalen bewohnt waren, nicht gut genug sind.
7. Die „Deutschen" Werke vertreiben Bayern aus ihren Wohnungen, um sie als Absteigequartiere für die häufigen „Dienstreisen" landfremder Direktoren, die natürlich in Begleitung von „Privatsekretärinnen" reisen, zu benützen.
8. Die „Deutschen" Werke stellten die unter bayerischer Leitung üblich gewesenen Arbeiterzüge vom Werk bis zu der mehrere Kilometer entfernten Station ein, so daß alle Arbeiter jetzt täglich mehrmals diese Wegstrecken laufen müssen (obwohl auf dem Gleisanschluß Transportfahrten betätigt werden), eingehüllt in die Staubwolken, die von den großen Autos der fremden Direktoren aufgewirbelt werden.
9. Die „Deutschen" Werke haben in Bayern gelegene Betriebe dadurch stillgelegt, daß sie die Ausführung von großen bayerischen Aufträgen, die diese Betriebe auf Jahre hinaus beschäftigt hätten, verboten haben; die Maschinen, Vorräte usw. haben sie großenteils außer Landes verschoben.
10. Die „Deutschen" Werke machen die Weiterverwendung von Angestellten und Arbeitern vielfach davon abhängig, daß diese sich ausdrücklich verpflichten, in jeder Richtung gegen die frühere bayerische Leitung zu hetzen.
11. Vor Schlichtungsverhandlungen usw. hat ein Vertreter der „Deutschen" Werke sich dahin geäußert, daß er von vorneherein für eine den „Deutschen" Werken genehme Entscheidung Sorge getragen habe.
12. Bei den „Deutschen" Werken in Bayern spielt das Denunziantenwesen eine bedeutende Rolle.
13. Die „Deutschen" Werke werden von der bayerischen Regierung nicht einmal mit Papierprotesten belästigt, denn man darf den Feind nicht reizen. Im übrigen sind Regierung und Landtag sehr glücklich und stolz, weil die landfremde Leitung der „Deutschen" Werke vor einiger Zeit die Gnade hatte, Regierung und Landtag zu einem Lichtbildervortrag einzuladen, bei dem die „dummen Bayern" gehörig eingeseift wurden; dieser Auszeichnung kann das Schicksal mehrerer Tausend von bayerischen Staatsangehörigen, die der Gewalt der „Deutschen" Werke ausgeliefert sind, ruhig geopfert werden.

Remmele klagt

Mannheim. Mit einer Beleidigungsklage des Ministers Remmele gegen die kommunistische Arbeiterzeitung befaßte sich die dritte Strafkammer. Die Arbeiterzeitung hatte unlängst in einem Artikel dem Minister parteiische Zwiespältigkeit vorgeworfen, weil er auf der einen Seite durch eine Verordnung die Bildung proletarischer Hundertschaften untersage, auf der anderen sozialdemokratische Selbstschutzorganisationen fördere und unterstütze. Wegen dieses Artikels wurde gegen den Verfasser Otto Weinbrecht aus Rastatt und gegen den kommunistischen Landtagsabg. Ritter als damaligen Redakteur der Arbeiterzeitung wegen Beleidigung vorgegangen. Bei der Zeugenvernehmung erklärte ein Zeuge, er sei selbst Mitglied einer solchen sozialdemokratischen Selbstschutzorganisation gewesen, während ein anderer Zeuge erklärte, es habe sich lediglich um die Bildung eines Versammlungsschutzes gehandelt. Während der Staatsanwalt die Verurteilung der Angeklagten beantragte, beschloß das Gericht, die Angelegenheit zu vertagen, um den Minister Remmele und den Abg. Schöpflin zu vernehmen.

Folgen des Ruhrverrates

Im Essener „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen" veröffentlicht Walter Frowein-Lennep unter der Aufschrift „Was erwartet Frankreich von der Beendigung des Ruhrkampfes?" sehr bemerkenswerte Ausführungen, denen wir folgenden Gedankengang entnehmen:

Die französischen Wirtschaftskreise denken sich die weitere Regelung sehr einfach und lediglich von kategorischen Forderungen abhängig.

Zu den Klagen über die geringe Koksausbeutung aus dem Ruhrgebiet, über die dadurch nötigen Deckungskäufe in England usw. traten in letzter Zeit infolge des immer höher werdenden Preises des deutschen Kokses ganz andere hinzu. Bekanntlich zwingt uns der Friedensvertrag, den an Frankreich gelieferten Koks zum jeweiligen Inlandspreis zu berechnen. Es ist dies eine Bestimmung, deren hauptsächlichste Auswirkung dazu geführt hat, daß wir den größten Teil der erfolgten Lieferungen direkt verschenken mußten. Heute, wo der deutsche Koks in erschreckendem Maße über Weltmarktpreis hinausgeht, wo in Frankreich erkannt wird, daß diese außerordentlich günstige Bezugsquelle jetzt besonders, wo sie wieder offen steht, versagt, geht ein Sturm der scheinheiligsten Entrüstung durch die beteiligten französischen Kreise. Die Auswirkung des billigen Kokses ging bekanntlich soweit, daß die französische Eisenindustrie Ausfuhrprämien zu gewähren in der Lage war, die sich bei allem, was Eisen und Stahl bedeutet und bis in die Fertigindustrie hinein bemerkbar machten. Es sei kurz bemerkt, daß der von uns an Frankreich berechnete Preis 1922 je Tonne 36 bis 85 Fr. ergab, während der Preis für September d. J. auf 225 Fr. liegen soll, und von England schon zu dieser Zeit zu 180 bis 190 Fr. franko französischer Häfen geliefert wurde.

Die erste Forderung dieser Kreise geht nun dahin, daß der französische Staat den Unterschied zwischen dem deutschen Kokspreise und dem des französischen Kokses übernehmen soll, oder aber (und hierauf wird natürlich das Hauptgewicht gelegt), **daß die Reparationskommission Deutschland vorschreiben soll, diese Differenz zu seinen Lasten zu nehmen.** Man stützt sich dabei auf eine Klausel des Friedensvertrages, nach der der an Frankreich zu berechnende Preis niemals höher liegen darf als der Weltmarktpreis.

Seit einiger Zeit wird in den französischen Zeitungen sehr energisch Stellung genommen gegen den Verkauf der im Ruhrgebiet bisher beschlagnahmten Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate. Man befürchtet durch deren Verkauf auf dem französischen Markt einen Rückschlag, nachdem bisher die Geschäftsmöglichkeiten durch das Ruhrunternehmen außerordentlich beschränkt worden waren und erst jetzt die Preise wieder anziehen. Man stellt diese Vorräte als außerordentlich groß hin, und würde es deshalb nicht ungern sehen, wenn deren Absatz abgelenkt werden könnte.

Im stärksten Maße greift man jetzt ebenfalls die Lieferung von Sachwerten auf Reparationskonto an. Man gibt zu, daß es Deutschland gestattet sein soll, seine Schulden teilweise in Sachwerten abzutragen, möchte aber die Wiesbadener Vereinbarungen und das später in Berlin getroffene Abkommen hinfällig machen. Man verlangt besonders, daß die Interessenvertretung der verwüsteten französischen Gebiete nicht wie bisher auch solche Rohstoffe und Fabrikate anfordern darf, die man in Frankreich zu annehmbaren Bedingungen selbst finden kann. Im „Echo National" hat schon Tardieu mit der ausdrücklichen Zustimmung der hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise verlangt, daß keinerlei Zahlungen mehr stattfinden sollen für die von Deutschland gelieferten Waren, selbst auch in solchen Fällen, wo diese nicht für die verwüsteten Gebiete bestimmt sind. Es wäre hierdurch schon eine ungeheure Summe, d. h. mehrere Milliarden Franken, an Deutschland bezahlt worden, die man am besten ganz oder doch wenigstens zum Teil auf Reparationskonto hätte gutbringen sollen. Man hält jetzt den Augenblick für gekommen, hier Wandel zu schaffen und schlägt vor, daß diese Zahlungen anstatt an Deutschland durch eine besondere Vermittlungsstelle zugunsten des Reparationskontos Frankreich und auch andern verbündeten Ländern zugewiesen werden sollen. Man macht natürlich diese These schmackhaft, indem man auf den hierdurch sich ergebenden Mehrbetrag hinweist gegenüber der Erhebung einer allgemeinen Abgabe auf den deutschen Export. Bei letzterer Maßregel hätte es Deutschland immer in der Hand, sich so einzurichten, daß so wenig wie möglich dem Reparationskonto zuflöße. Eine weitere Gefahr sieht man bei den demnächstigen Verhandlungen darin, daß man der Forderung Deutschlands gegenüberstehen wird, seine Gläubiger müßten ihm mit allen Mitteln seine eigene Ausfuhr erleichtern. Man erwartet damit, daß eine Ermäßigung der Zolltarife aller beteiligten Länder und besonders von Frankreich selbst verlangt wird. Man schlägt in großmütiger Weise vor, im Augenblick, wo Deutschland tatsächlich seinen passiven Widerstand aufgegeben hätte und demnach der Zeitpunkt der Reparationszahlungen gekommen sei, in gewissen Positionen den französischen Generaltarif, dem wir sofort nach dem Waffenstillstand gegenübergestellt wurden, herunterzusetzen. Man verlangt aber die genaueste Prüfung aller auf die französische Industrie zu nehmenden Rücksichten und vor allen Dingen eine enge Zusammenarbeit der französischen Regierung mit den beteiligten Kreisen.

Kathreiners Malzkaffee
Vielfach nachgeahmt, nie erreicht!

Das verjudete Eydtkuhnen

Wir erhalten folgende Zuschrift aus Eydtkuhnen:

Unser Städtchen Eydtkuhnen ist wohl das verjudetste Nest in ganz Deutschland, denn mehr als die Hälfte der Einwohner besteht aus Juden, die während des Krieges und nachher zugezogen sind, während wir vorher nur etwa 5 v. H. Juden zählten. Fast jedes zweite Haus und Grundstück ist von den Juden angekauft worden, so daß es einem Deutschen, der nach Eydtkuhnen ziehen wollte, nie gelingen würde, hier eine Wohnung zu erhalten, nicht einmal ein möbliertes Zimmer, da die Juden hierfür solche wahnwitzige Preise zahlen, wie solche ein Deutscher niemals aufzubringen vermag. Schon ein bloßer Gang durch die Straßen zeigt uns die schauerliche Verjudung von Eydtkuhnen.

Trotzdem wurde hier im August ein Jungsturm gegründet, worauf sofort seitens der Juden ein wahres Kesseltreiben gegen alle Mitglieder desselben begann. Die Führer der Eydtkuhner Judenschaft liefen alle Geschäfte und Fabriken ab und forderten die Besitzer auf, jeden Angestellten zu entlassen, der in den Jungsturm eingetreten sei. Erfreulicherweise haben sich aber nicht alle deutschen Geschäftsleute diesem Terror gefügt, aus verschiedenen Geschäften und Fabriken wurden die Judenführer glatt hinausgeworfen.

Ein gutes Wort

In der „Westfälischen Landeszeitung" wird eine Zuschrift an die Redaktion veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Die große geschichtliche Auseinandersetzung, die mit dem akuten Konflikt zwischen München und Berlin anhebt, wird auf die einfache Formel zu bringen versucht: ‚General v. Lossow war als ein meuternder General anzusehen.' Das ist nicht nur eine einfache, sondern auch eine äußerst geschickte Formel. Ich kann mir heute nicht mehr alle Berliner Zeitungen halten, und deshalb nicht nachprüfen, in welchen Berliner Blättern die Dinge dergestalt geschildert werden, aber ich bin fest überzeugt, daß Sie bei Nachprüfung Ihrerseits finden werden, daß der **Ursprung** (ich bitte, dieses Wort im Druck hervorzuheben; wenigstens hoffe ich, daß Sie meine Ausführungen der Öffentlichkeit vermitteln werden) der Berliner Darstellung nicht von einer Seite stammt, die in nationaler, deutscher oder sagen wir völkischer Einstellung unbedingt einwandfrei ist. Die Formel aber, ‚General von Lossow war als ein meuternder General anzusehen', ist auf die Wirkung in norddeutschen, in preußischen rechtsstehenden, konservativen Kreisen berechnet. **Die Dinge liegen aber bei uns im lieben deutschen Vaterlande leider so, daß der meuternde General unter Umständen der Retter unseres Volkes werden kann!"**

Wir bitten General von Lossow dringend, sich dieses Wort zu überlegen..

Fensterscheibe und Franzosenangst

Aus Runkel wird uns geschrieben:

In dem Dörfchen Sch., Amt Runkel, das eine Stunde vom besetzten Gebiet liegt, hat sich folgender, zwar nicht gerade bedeutsamer, aber für die Juden äußerst charakteristischer Vorfall zugetragen. Eines Morgens bemerkte ein jüdischer Einwohner, daß ihm eine Fensterscheibe während der Nacht eingeschlagen worden war. Er beschuldigte sofort, ohne auch nur die Spur eines Beweises zu haben, den Sohn seines Nachbarn, die Fensterscheibe zertrümmert zu haben. Darauf erwiderte der Vater, daß sein Sohn ihm versicherte, er hätte dies nicht getan. Wenn aber der Jude den Beweis für die Täterschaft seines Sohnes erbringen könnte, so würde er unverzüglich eine neue Scheibe einsetzen lassen. Der Jude gab sich aber damit nicht zufrieden, sondern antwortete, daß, wenn die Scheibe nicht bis zum Abend eingesetzt sei, er die Franzosen herbeiholen würde. Aus Angst vor dieser Drohung ließ der Bürgermeister selbst eine neue Scheibe in das Fenster hineinmachen.

Dieser Vorfall spricht für sich selbst. Wir lassen es dahin gestellt sein, ob der Jude wirklich so gute Beziehungen zu den Franzosen besitzt, daß er seine Drohung hätte ausführen können. Aber daß er eine solche Drohung ausstieß, beweist zur Genüge wieder einmal die wahre Gesinnung des Judentums.

Letzte Nachrichten

Der Finanzminister der rheinischen Hochverräter über seine Pläne.

tu. **Paris**, 27. Okt. Der Berichterstatter des „Echo de Paris" wurde von dem neuen Finanzminister der Separatistenregierung, Dr. Bolterhaf, empfangen, der ihm Angaben über die künftige Finanzpolitik der separatistischen Regierung machte. Er sagte u. a.: Eine ständige Währung ist unerläßlich. Ich beabsichtige eine **Rhein-Neumark** zu schaffen. Die Rheinlande benötigen eine Milliarde Goldmark, die ausreichen würden, um den Geldumlauf der Rheinlande sicher zu stellen. Ein Teil dieser Summe wird durch Gutscheine vom Staat aufgebracht werden können. Auch hofft die Regierung einen Teil der Summe durch die Begebung einer Hypothek auf die rheinischen Grundstücke sicherzustellen. Den Grundbesitzern fehlt es an flüssigem Geld und sie würden die Gelegenheit, sich Geld zu verschaffen, sich sicher nicht entgehen lassen. Der Rest wird durch Gutscheine, die von einem **Privatkonsortium** (!) oder einer ähnlichen Institution aufgebracht werden, herausgegeben. Dieses Konsortium wird zur Garantie seiner Vorschüsse eine **Hypothek auf die rheinischen Eisenbahnen** aufnehmen, die allerdings schon mit einer ersten **Hypothek zugunsten der Alliierten belegt sind.** Die rheinische Regierung denkt mit den Unterzeichnern des Versailler Vertrages in Verbindung zu treten, um sie zu bitten, daß die Hypothek des fraglichen Finanzkonsortiums zu einer erststelligen gemacht wird, und zwar in Höhe von 350 Millionen Goldmark.

Ein rheinischer Landesverräter festgenommen.

tu. **Mainz**, 27. Okt. Hier wurde im Verlaufe der Nacht der Oberbefehlshaber der separatistischen Rheinarmee, Leitner, der sich mit einem Begleiter auf der Durchreise von Duisburg nach Düren befand, festgenommen. Im Besitze des Verhafteten fand man umfangreiches Material, das ihn des Landesverrates sowie einer Reihe anderer Straftaten überführte. Ferner fand man bei ihm reichliche Geldmittel und Waffen. Die Insassen des Begleitautos konnten sich im letzten Augenblick durch Flucht ins belgische Hauptquartier der Festnahme entziehen.

Um die Sachverständigenkonferenz.

tu. **Paris**, 27. Okt. Baldwins Appell an Frankreich, einer neuen Konferenz unter Teilnahme Amerikas zuzustimmen, wird von der englischen Presse warm unterstützt. Wie verlautet, ist die Bereitschaft der Vereinigten Staaten, an der von der englischen Regierung und den Ministerpräsidenten der Dominions vorgeschlagenen neuen Erörterung des Reparationsproblems teilzunehmen, sowohl von Italien, wie auch von der belgischen und japanischen Regierung willkommen geheißen worden. Man glaubt deshalb zuversichtlich, daß auch Poincaré die Gefolgschaft nicht verweigern werde.

Pressenachrichten aus Paris zufolge hat die französische Regierung bereits ihre Zustimmung zur Teilnahme **an einem, von der Reparationskommission zu ernennenden Sachverständigenausschuß** notifiziert, der über die Höhe der deutschen Zahlungsfähigkeit vorschlagen soll.

Frankreich marschiert!

Frankreich marschiert, die deutsche Seele weint
Und schreibt erbittert winselnde Proteste.
Die Kette klirrt, die helle Sonne scheint,
Doch keiner wagt sich aus dem warmen Neste.

Der Gott, der Eisen wachsen ließ,
Ist, scheint's, nach Frankreich weggezogen.
Die Harfe, die einst Männersterben pries,
Hat Krämergeist zum Rednerpult gebogen.

Frankreich marschiert, die deutsche Seele weint
Und legt in Schoß die einst so starken Hände.
Der Teufel lacht, ob auch die Sonne scheint.
Er streicht sie ein des Untergangs Prozente.

*

Aus „Die Trommeln auf die Dome". Von Hanns Werner **Langer**, H. Hohmann Verlag, Darmstadt.

Des Esels Schatten

Die Theaterstücke Ludwig Fuldas gehören bereits der Literaturgeschichte an. Jawohl, denn sie verstauben und vergilben ungelesen und unaufgeführt in den Büchereien und Theaterarchiven. Jetzt schon, noch bei Lebzeiten des 1862 als Sohn eines reichen Kohlenhändlers in Frankfurt a. M. geborenen Verfassers. Wo sind die Zeiten hin, in denen man den „Talisman" bewunderte, bejubelte, der sogar 1893 des Schillerpreises würdig erachtet wurde, aber Kaiser Wilhelm II. bestätigte die Entscheidung der Kommission nicht ...

Verschollen! Vergessen! Inzwischen ist Ludwig Fulda, der sich selbst als einen Deutschen jüdischer Abstammung bezeichnete — wer lacht da nicht Tränen über einen solchen Rassenzwitter! —, ein alter Jüd geworden; das bißchen Talent ist schon längst bis auf den letzten Groschen ausgemünzt, aber was schadet das: Er macht es ähnlich wie die Novemberrepublik. Druckt diese Schwundgeld, so schreibt er Schundstücke, und eines der letzten ist „**Des Esels Schatten**", den das Münchner Schauspielhaus gestern Freitag zum ersten Male aufführte.

Die Dramaturgen an den „deutschen" Theatern sind in der Regel solche Juden, die zu nichts anderem taugen, weil sie bereits mit der für ihr Amt notwendigen Gehirnerweichung auf die Welt kommen. Nur ein Paralytiker kann ein solches, mühselig aus ganz eingeschrumpfter Gehirnsubstanz herausgepreßtes saft-, kraft- und witzloses Machwerk einer Aufführung wert erachten. Dieses sogenannte Lustspiel — lucus a non lucendo — ist denn auch überall durchgefallen, bis es endlich auf der jedem jüdisch abgestempelten Stück todsicheren Bühnenrundreise im Münchner Schauspielhaus, dieser Aufbügelungsanstalt von Herrschaften abgelegter Kleider, landete.

Die bekannte Abderitenfabel von dem Prozeß wegen des Esels Schatten hat Fulda zu einem Dreiakter ausgewalkt, aber da der Teig hierzu nicht ausreichte, tat er noch etliche Liebesgeschichten hinzu. Wie herrenlose Hunde laufen drei Handlungen nebeneinander her; wohl versucht sie der Verfasser zu verknüpfen, aber kaum kriegt er den Faden in die Hand, so entfällt er ihm auch schon wieder. Der Schluß löst sich in einem allgemeinen Gähnkrampf auf der Bühne auf; die Zuschauer gähnten schon im ersten Akte.

Sobald er einen Einfall auf das sexuelle Gebiet hinüberspielen kann, wird der Jude, der nur mit den Genitalien zu denken vermag, witzig; als aber Ludwig Fulda im Schatten seines Esels saß, war er offenbar bereits so altersschwach, daß er nicht einmal mehr den bei den Deutschen jüdischer Abstammung beliebten Weg zum Witzigwerden fand. Du könntest, wenn du möchtest, sagt die Tänzerin Iris zu dem Philosophen Demokrit. Ludwig Fulda aber kann man zurufen: Du möchtest, wenn du nur könntest!

Das Münchner Schauspielhaus brachte „Des Esels Schatten" in derb burlesker Aufmachung heraus und überließ es den Schauspielern, für die Heiterkeit zu sorgen, die der „Dichter" seinem Lustspiel schuldig blieb. Aber wo nichts ist, hat bekanntlich sogar der Kaiser das Recht verloren, und man wird in des „Esels Schatten" vergebens auch nur das kleinste Körnchen attischen Salzes suchen, weshalb es denn auch die griechisch halbnackten Männlein und Weiblein auf den Brettern mit dem besten Willen nicht fertig brachten, jenes zwerchfellerschütternde Lachen im Zuschauerraum hervorzubringen, das man von einem **Lustspiel** erwartet. Schade, daß alle so undeutlich sprachen, daß man die Hälfte, ja Zweidrittel des Dialoges nicht verstehen konnte, die Zuschauer hätten dann wenigstens einen Begriff von der erschreckenden Geistesarmut solch eines jüdischen Theaterstückfabrikanten erhalten. J. St—g.

Ausstellung der „Juryfreien"

(Prinzregentenstraße 2).

Unter der Flagge der „Juryfreien" sammelt sich alles Stürmische, Kämpferische, alles, was zu wild, zu eigenwillig ist, um sich in den Rahmen eines Juryprogramms einzwängen zu lassen — so stellt man sich die Ausstellung vor, ehe man sie gesehen hat.

Wie überrascht ist aber der auf starke Genüsse eingestellte Beschauer, wenn er die Räume betritt, von deren Wänden soviel Bravheit glänzt, soviel Fleiß und vorsichtiges Tasten sich zeigt. Manches Ängstliche, an Postkartenmotive erinnernde Bildchen und manch sorgsame akademische Studie hängt dort, rührendes Bemühen um unerreichbare Ziele, frohes Fortschreiten zu geahnten Erfolgen und weniges, was vollwertige Leistung bedeutet. Aber auch diese ist vertreten.

Ed. Muenecke zeigt große, freie und breite Landschaften, herbe und doch fröhlich im Bewußtsein starken Könnens. Ausgewogene, kräftig sitzende Farben, sicher erkannte und ebenso wiedergegebene Stimmung, Frische, Reife und Kraft.

Auch **Else Winterfeld** gehört zu den Höhepunkten der Ausstellung. Sie hat eine starke, rein malerische Begabung, eine gesunde und intensive Art, zu schaffen, und sichtbare Leichtigkeit in der Beherrschung der Mittel. Im Stilleben ist viel erreicht, und das Porträt verspricht Erfolg, wenn erst die Form als etwas Selbstverständliches in den Hintergrund tritt und das Wesen maßgebend wird.

Sonderbar stechen von solchem jungen Gestaltungswillen die schwächlichen Frauenköpfe von **Peter Hirsch** ab, wie auch manche andere Arbeit, in der der Schöpferwille hinter den bläßlichen Mitteln zurücksteht. Doch immer wieder stößt man auf einzelne gute Sachen: Die kleine Architekturstudie von **Ulmer** ist in der Stimmung energisch konzentriert, in Gehalt und Technik gänzlich harmonisch und darum von stärkster Wirkung. Der „blühende Apfelbaum" von **Wallbaum** wirkt in seiner Einfachheit unmittelbar und wirklich erquickend, das Wasser — eine glänzende Impression. Etwas ängstlich, aber fein in Luft- und Sonnenwirkung ist **Hackl-Brausers** „Parkinneres". Von **Kettner** ist ein in guter und ehrlicher deutscher Tradition gemalter Studienkopf zu sehen, von **Emil Brehm** Landschaften, unter denen besonders eine durch die angenehm-klare Zusammenstellung: Braun—Grau—Blau, und eine verklärte Wahrheit besticht. **Anni Schraders** Blumenstilleben in guter Schachteltechnik ist feurig, fröhlich und im besten Sinne schmückend.

In dem Raum für Graphik freut man sich an den einheitlich-großzügigen und technisch beherrschten Aquarellen von **Sergius Pauser**. **Schiedermanns** lebendiges Karikaturistentalent ist noch in den alleinseligmachenden Simplizissimusvorbildern befangen. Die Zeichnungen von **Bärmann** wecken den Wunsch, er möge bei Wilhelm Busch lernen, wie jede Kontur und jeder Strich eigenes Leben haben und von Humor oder Bosheit sprühen kann.

Bei aller Verschiedenheit der Werte und dem Vorherrschen der Impression: der Sensationslüsterne kommt hier nicht auf seine Kosten, wer sich aber die Mühe nimmt, zu suchen, der kann manche aufrichtige Freude erleben und zu den Bildern von Elsa Winterfeld, Ulmer, Kettner, Brehm u. a., vor allem zu Ed. Muenecke wird er gerne zurückkehren. O. v. K.

*

Berichtigung.

In Nr. 215 unserer Zeitung steht in einer Besprechung der Ausstellung des Feldgrauen Künstlerbundes etwas von „den geschmackvollen Schachtelmalereien Kennwarts. Es handelt sich selbstverständlich um „**geschmackvolle Spachtelmalereien Rennwarts**". Den in Kunstangelegenheiten nicht besonders bewanderten Druckfehlerteufel bitten wir zu entschuldigen.

Kleine Nachrichten

Residenztheater. Freitag, den 2. November, wird Wilhelm Schmidtbonns Drama unter Auswanderern „**Die Fahrt nach Orplid**" zum ersten Male aufgeführt. Inszenierung: Erwin **Faber**. Die neuen Dekorationen werden nach Entwürfen von Adolf **Linnebach** in den Werkstätten der bayerischen Staatstheater unter Leitung von Richard **Fischer** hergestellt. Anfang halb 8 Uhr. — Der **Vorverkauf** beginnt am Sonntag, den 28. Oktober, an der Tageskasse der Staatstheater und deren Nebenstellen.

Volkstheater. „Der Fürst von Pappenheim" bleibt nur noch kurze Zeit auf dem Spielplan und wird Samstag und Sonntag, abends 7¼ Uhr, sowie Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, wiederholt. In Vorbereitung befindet sich für Anfang November das beliebte Lustspiel „Im weißen Rößl". Für Donnerstag, den 1. Nov., wird das Raupachsche Schauspiel „Der Müller und sein Kind" neu einstudiert.

Theatergemeinde. 27. Okt., Residenztheater: „Jan, der Wunderbare", 52 701—52 800; 28. Okt., Residenztheater: „Die Kinder", 58 451—58 550; 28. Okt., Nationaltheater: Oper „Aida", 62 901—63 000; 28. Okt., Prinzregententheater: „Die Hermannschlacht", 63 101—63 900; 28. Okt., Prinzregententheater: „Die Hermannschlacht", 64 201—64 850; 29. Okt., Residenztheater: „Alles um Geld", 54 201—54 400; 29. Okt.: Nationaltheater: Oper „Das Nachtlager von Granada", 62 751—62 900; 30. Okt.: Herkulessaal: Violinabend „Rösli Spieß, Klavier Prof. Schmidt-Lindner", 62 650—62 750; 30. Okt., Nationaltheater: Oper „Ilsebill", 69 251—69 400; 31. Okt.: Prinzregententheater: „Weh dem, der lügt", 59 401 bis 59 800; 31. Okt., Prinzregententheater: „Weh dem, der lügt", 61 151—61 700; 31. Okt.: Nationaltheater: Oper „Vögel", 64 401—64 550; 1. Nov., Prinzregententheater: „Hanneles Himmelfahrt", 61 701—62 650; 1. Nov., Nationaltheater: Oper „Fidelio", 64 351—64 400; 1. Nov., Residenztheater: „Urfaust", 66 451—66 550; 2. Nov., Herkulessaal: „Klavierabend: Alexander Semler", 57 551—57 700; 2. Nov., Nationaltheater: Oper „Wilhelm Tell" (für diese Oper sind Stehplätze 2 Tage vor der Vorstellung auf unserer Geschäftsstelle erhältlich), 66 601—66 800; 2. Nov., Nationaltheater: Oper „Wilhelm Tell" 69 401—69 800; 3. Nov., Nationaltheater: Oper „Die lustigen Weiber von Windsor", 64 551—64 650; 4. Nov.: Prinzregententheater: „Lokalbahn, Medaille", 64 651—65 500; 5. Nov., Residenztheater: „Jan, der Wunderbare", 52 701—52 800; 5. Nov., Residenztheater: „Jan, der Wunderbare", 69 801—69 900; 5. Nov., Prinzregententheater: „Maß für Maß", 54 401—54 500; 5. Nov., Prinzregententheater: „Maß für Maß", 55 201—55 600; 5. Nov., Prinzregententheater: „Maß für Maß", 65 501 bis 65 900; 5. Nov., Nationaltheater: Oper „Maskenball", 57 101—57 200; 6. Nov., Bayer. Hof: „Auslese Beeth. Kammermusikabend (Bläser- und Streichquartett)", 58 651 bis 58 700; 6. Nov., Bayer. Hof: „Auslese Beeth. Kammermusikabend (Bläser- und Streichquartett)", 66 551—66 600. — **Die Aufzahlung für November beträgt 3 Milliarden und ist in der Woche vom 29. Oktober mit 3. November auf** unserer Geschäftsstelle und bei den Zahlstellen zu entrichten, da nach diesem Termin unbedingt ein Mehrfaches dieses Betrages bezahlt werden muß.

Geschichten

Das Traugeschäft.

Ein Engländer reiste mit seiner Braut nach Gretna-Green, einem Dorfe in Schottland, um sich dort im stillen trauen zu lassen.

Nach der Trauung fragte er den Geistlichen, wieviel die Gebühren betrügen?

„Zwei Guineen!"

„Ei, das ist viel. Ein Bekannter von mir, Sir J..., hat mir gesagt, daß er nur sechs Schillinge bezahlt habe."

„Ja, das ist etwas anderes. Sir J... hat sich schon fünfmal von mir trauen lassen, den behandle ich wie einen alten Kunden. Bei Ihnen ist es das erstemal, und wer weiß, ob Sie je wiederkommen."

Hernach.

Ein Verbrecher hatte dem Richter bei der Untersuchung durch sein halsstarriges Leugnen und durch eine Menge Winkelzüge sehr viele Mühe und Verdruß gemacht. Alle seine Ränke hatten indes nichts gefruchtet; er wurde zum Tode verurteilt und nach dem Richtplatze abgeführt. Als der Delinquent dort angekommen und der Richter eben im Begriff war, nach der vorgeschriebenen Form den Stab zu brechen und dabei zu sagen:

Der Stab ist gebrochen,
Das Urteil ist gesprochen,

indem er ihn den Händen des Henkers übergibt, sagt der Verbrecher: „Ich hab' Ihnen noch etwas zu entdecken."

Dieser, dem der Inquisit schon so viele Arbeit gemacht hatte, erwiderte lakonisch: „Hernach."

DER NATIONALSOZIALIST

Nummer 8 | Beilage zum „Völkischen Beobachter“ Nr. 220 vom 27. Oktober 1923 | Nummer 8

Dietrich Eckart

den ein Haftbefehl des sogenannten Staatsgerichtshofes zum Schutze . . . (wir wissen schon von wem) seinerzeit gezwungen hatte, München zu verlassen, ist nunmehr, nach Sistierung des Schmachgesetzes für Bayern, wieder zurückgekehrt und sprach in dem überfüllten Montagsprechabend im Mathäserfestsaal zum erstenmal wieder zu seinen Freunden und Parteigenossen. Die fast siebenmonatige Verbannung hat der um die Entstehung unserer Bewegung hochverdiente Vorkämpfer dazu benützt, ein neues Werk über die Judenfrage zu schreiben, das für die Erkenntnis der Ursachen des heutigen fürchterlichen Elends unseres Volkes und im Kampf zur Wiedererlangung der Freiheit und des sozialen Aufstieges bahnbrechend werden wird. Der Vortrag einiger Gedankengänge aus dem neuen Werk war denn auch für die Versammlung ein seltener Genuß und hinterließ tiefe Eindrücke. Eine mit beißender Ironie gewürzte kurze Betrachtung der gegenwärtigen politischen Lage und der Hauptspieler löste natürlich Beifallsstürme aus. Die vielseitigen Sympathiekundgebungen für Dietrich Eckart mögen ihm Beweis dafür sein, daß ihn seine Parteigenossen nicht vergessen hatten und erfreut darüber sind, daß er nunmehr neuerdings mit frischer Kraft aktiv in den Kampf eingetreten ist.

Falsche Propheten und Schwarmgeister

In den gewaltigen Frühlingsstürmen, die einer neuen Zeit vorausgehen, haben sich immer falsche Propheten zum Worte gemeldet, die spekulativ richtig die neue Zeit erfaßt und versucht haben, für sich daraus Kapital zu schlagen. Daneben erscheinen immer ganze Reihen von Schwarmgeistern, die guten Willens sind, und die auch einen Zipfel der Wahrheit richtig erkannt haben. Meistens fehlt diesen Leuten die nötige gründliche Vorbildung, und überwältigt von dem Strahlenglanz eines Teils der Wahrheit, werden sie geblendet, verrennen sich in ihre fixen Ideen, werden zu Sektierern und kleinen Wunderheiligen, die nun jeden mit ihrem „Anathema“, ihrem Bannfluch, belegen, der ihnen nicht recht gibt oder der gar wagt, sie auf ihre Irrtümer hinzuweisen.

Solche Wunderdoktoren und Quacksalber pflegen sich dann mit großer Hartnäckigkeit und Unverschämtheit an die großen Bannerträger der neuen Zeit heranzumachen. So wird die Oberleitung des Nationalsozialismus durch eine Flut von Zuschriften überschwemmt, die alle die Lösung gefunden zu haben glauben und sich als Retter empfehlen.

Der gefährlichste dieser deutschen Propheten war und ist Silvio Gesell. Seine Lehre von Freiland und Freigeld hat geradezu Verheerungen angerichtet in vielen deutschen Köpfen. Erst nach vielen Irrwegen haben sich viele unserer besten Vorkämpfer von Gesellschen Gedankengängen losmachen können, nachdem schon im Jahre 1921 auf dem zwischenstaatlichen Vertretertag der Nationalsozialisten Großdeutschlands die Lehre Gesells geradezu als tödlich für das deutsche Volkstum abgelehnt worden war.

In einer Artikelserie ist diese Auseinandersetzung mit Silvio Gesell in den nationalsozialistischen Monatsheften „Volk und Gemeinde“ im Jahre 1922 noch vertieft worden, so daß die restlose Ablehnung und wissenschaftliche Erledigung der Gesellschen Irrlehre heute als Gemeingut des Nationalsozialismus angesehen werden kann.

Unter den Schwarmgeistern ist einer der rührigsten Lehrer Hadenfeld in Dollerup (Schleswig) mit seinem Reichsgegenzinsbund. Hadenfeld hat eine gute und richtige Idee, die einen kleinen Ausschnitt auch aus unserem Programm für eine völkische Erneuerung unseres Geldwesens betrifft, dagegen ist seine Hauptidee des Reichsgegenzinses vollkommen abwegig.

An sich lieben wir es keineswegs, ja wir finden es geradezu unleidlich, daß wir gezwungen werden, gegen Leute Stellung zu nehmen, die wenigstens auf das gleiche Ziel steuern wollen. Jedoch sind die Methoden des Herrn Hadenfeld sowohl sachlich wie persönlich derartig, daß ihm eine gründliche und endgültige Abfuhr erteilt werden muß.

In einem Briefe an Adolf Hitler vom 30. September verlangt Hadenfeld in der für ihn so bezeichnenden Art und Weise höhnend und frech: „Sollten Sie in ihrem ganzen Stabe keinen einzigen Kopf haben, der, ohne auf die Herren Feder, Rosenberg & Co. hineinzufallen (!), die Zinsfrage soweit durchschaut, daß er uns Reichsgegenzinsler... so abzutun vermag, daß wir das Haupt nicht wieder zu erheben wagen, oder...“. Nun, dem Manne kann geholfen werden. An anderer Stelle des gleichen Briefes schmäht er die übrigen Redakteure des „Völk. Beob.“ und wirft ihnen vor, daß sie seit Jahren aus mangelndem Mut oder mangelnder Befähigung einer Auseinandersetzung ausgewichen seien.

Zur Sache. Hadenfeld fordert: „Vom 1. Januar jedes Jahres ab ist alles umlaufende Papiergeld des Vorjahres unter Zahlung einer Gebühr (1 Prozent oder 10 Prozent Reichsgegenzins) gegen neues einzutauschen! Umtauschfrist ein Jahr.“

Das ist die ganze Weisheit Hadenfelds, die den Kopf seines Vereinsblättchens auf jeder Nummer ziert. Wie namenlos oberflächlich dieser Vorschlag ist, erhellt ohne weiteres. Zunächst richtet er sich wieder, wie die meisten Verbesserungsvorschläge, nur gegen das umlaufende Papiergeld, das so unschuldig und nichtsnutzig ist, daß es bald überhaupt keinen Wert mehr hat. Daß die Zinsherrschaft aber sich in gar keiner Weise auf das umlaufende Papiergeld stützt, sondern auf die zahllosen Schuldtitel aller Art, wie Anleihen, Aktien, Schuldverschreibungen, Kriegsanleihen, Wiedergutmachungs-Anleihen, Weltanleihen, Schatzanweisungen usw., also auf alle möglichen Rechtstitel, scheint dem Herrn Hadenfeld immer noch nicht klargeworden zu sein. Also mit einer irgendwie gearteten Änderung des Geldes im Sinne einer sogenannten neuen Währung, oder durch die Einführung eines sogenannten Schwundgeldes im Gesellschen Sinne, oder mit der Hadenfeldschen Abart dieses Gesellschen Schwundgeldes kann niemals irgend etwas gegen die völkerausbeutende Zinsherrschaft erreicht werden.

Was soll es denn eigentlich bedeuten, daß die armen Teufel der Lohn- und Gehaltsempfänger — denn diese sind es doch, in deren Händen sich in Form von Lohn oder Gehalt die Hauptmasse des umlaufenden Papiergeldes befindet — eine Umtauschgebühr für das neue Geld bezahlen sollen? Im besten Fall ist dies eine Geldsteuer, die dem Staate 1 Prozent oder 10 Prozent einbringt, während ihm die jährliche Neuausgabe der Scheine und die ungeheure Umtauscharbeit höchstwahrscheinlich nicht viel weniger kostet.

Bekanntlich tragen nun die Herren Billionäre ihre Billionen gewöhnlich nicht in der Brieftasche spazieren, sondern sie besitzen Devisen und Aktien, Wertgegenstände und Wertpapiere aller Art, die ihnen die Arbeit tributpflichtig machen. Denen tut also der Hadenfeldsche Reichsgegenzins gewiß nicht weh! Höchstens würden sich die Papierfabriken und Banknotendruckereien für den Hadenfeldschen genialen Einfall erwärmen, denn wenn die Papiergeldsintflut alle Jahre gegen neue Scheine ausgetauscht werden müßte, so würde dies eine Verdoppelung für diese einzige Industrie Deutschlands bedeuten, die eine geradezu märchenhafte Produktionssteigerung gegenüber dem Frieden aufzuweisen hat.

Hadenfelds zweites Steckenpferd ist die Postscheckkasse. Dies ist nun gar nichts Neues. Die Postscheckämter bestehen und sind in der Tat das Muster für einen einwandfreien völkischen Geldverkehr. Unsere Freunde und Parteigenossen wissen, daß ich seit einer Reihe von Jahren darauf hingewiesen habe, daß die Postscheckämter nach Beseitigung mancher Schönheitsfehler in einem völkischen Staate noch eine weit größere Rolle zu spielen berufen sein werden als heute.

Hier handelt es sich aber nur um den Ausbau einer schon vorhandenen gut funktionierenden Einrichtung — und nicht um eine Erfindung des Herrn Hadenfeld. Dies hat nicht Herr Hadenfeld allein erkannt, sondern schon während des Krieges hat im feindlichen England die „Fabian Society“ an den Lordschatzkanzler eine Denkschrift gerichtet, in welcher sie die Vorzüge des deutschen Postscheckwesens hervorhebt.

Gottfr. Feder.

„Aufreizung zum Klassenhaß“

In unserem Kampfblatt „Deutscher Volkswille“, Nürnberg, war am 2. März 1923 ein Gedicht erschienen mit der Überschrift „Der Jud' im Land“. Es lautete:

Der Jude im Lande! Ein brennendes Wort;
Unser herrliches Deutschland den Juden ein Hort!
Beschimpft und bespien von diesem Geschmeiß,
Verloren die Ehr' auf dieser Hunde Geheiß.

Verraten das Blut, das für uns gestritten,
Verlottert durch diese Verführer die Sitten.
Verhungernd fleh'n Kinder ums tägliche Brot:
Wer bracht' uns in diese so gräßliche Not?

Der Jude! Der Jude! Es gelle das Wort
So lange in aller Ohren fort,
Bis alle Herzen entbrennen in Wut,
Bis alle fühlen den Haß im Blut,

Bis unter gerechten Zornes Streichen
Muß dieser Auswurf der Hölle weichen! —
Wann, o mein Vaterland, kommt uns das Heil
Von Rutenbündel und Rächerbeil?

Dieses Gedicht erhielt seine besondere Bedeutung dadurch, daß Herr Staatsminister a. D. Dr. Preuß (Jude!), der den Entwurf zur Verfassung der schwarzrotgoldenen Republik verfaßt hat, kurz vorher im Hinblick auf die Erfolge der Fascisten in Italien öffentlich das Wort gesprochen hatte: „Er hoffe, daß bald die Zeit komme, wo man in Deutschland gegen die Völkischen mit Ruten und Beilen vorgehen werde!“ Diese Zusammenhänge waren jedem gebildeten Zeitungsleser klar, und somit auch der Sinn dieses Gedichtes, der noch besonders hervorgehoben war durch die Umrahmung, in der es veröffentlicht war: voran stand ein Aufsatz „Das Gottesgesetz der Arterhaltung“, dahinter folgte das Gedicht „Der Hufschmied von Buer“ von Schauwecker.

Die Kerngedanken des Aufsatzes (von General Alfred Krauß im Grazer „Michel“) lauteten:

„Die völkische Einstellung, d. h. die höchste Verpflichtung auf die Gesamtheit eines geschlossenen Volkes, stellt die höchste menschliche Sittlichkeit dar, weil sie auf dem ersten und höchsten Natur- und Gottesgesetz der Arterhaltung beruht.

Ohne Hecht verkommen die Karpfen. Und so hat auch der Herrgott nicht gleiche Menschen erschaffen, sondern ganz verschiedene: Weiße und Schwarze, Gelbe und Braune. Der Franzose und der Italiener sind vom Deutschen so verschieden, wie der Wolf und die Hyäne vom Lamm. Der Jude steht für sich.

Vermessenheit ist es daher, die Menschen (im Weltbürgertum und Pazifismus) gleichmachen zu wollen.

Gott schuf das Gesetz: Kampf allein ist Leben; deshalb schuf er die Gegensätze Licht und Schatten, Liebe und Haß und legte in jedes Wesen den Naturdrang, seine Art durch Kampf zu erhalten, sie gegen alle anderen Arten zu wahren, sie rein in seiner Nachkommenschaft fortleben zu lassen.

Die höchste Gemeinschaft artgleicher Menschen ist das Volk.“

Und darauf folgte das Gedicht: „Der Jud' im Land.“

Infolgedessen fühlte sich der „Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ so schwer in seiner durch Verfassung und Gesetz gewährleisteten öffentlichen Ruhe und Sicherheit bedroht, daß er durch seinen Vorsitzenden — den hünenhaften Makkabäer Dr. Berlin, von mindestens 1,80 Meter Größe, mit dem E. K. I auf dem Cutaway — Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den Schriftleiter Kellerbauer stellen ließ aus § 130 des RStGB. „wegen Aufreizung zum Klassenhaß“! Dieser Kautschukparagraph, der so verschiedentlich ausgelegt wird, daß über ihn eine dicke juristische Reichsgerichtsliteratur vorhanden ist, lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden und die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufreizt, wird ... bestraft.“ Pflichtgemäß fühlten sich also die Staatsbürger jüdischen Glaubens als verschiedene Bevölkerungsklasse, befürchteten Gewalttätigkeiten, so daß sie beschlossen, am Passahfest ihre Frauen und Kinderlein nicht zur Synagoge gehen zu lassen — was der Zeuge Dr. Berlin vor dem Volksgericht leider verschwiegen hatte! —, und liefen zum Kadi. Die bedrohten und geängstigten Juden — sie ließen doch nicht etwa in ihrer Angst den Dollar fallen? — fanden auch den benötigten Kadi, denn die Staatsanwaltschaft ist eine Einrichtung, mittels der die verschiedene Bevölkerungsklasse zu ihrem Rechte zu kommen weiß; deshalb fand sich auch in Deutschland kein Staatsanwalt, der Herrn Dr. Preuß vor das Volksgericht geholt hätte!

Das Volksgericht Nürnberg, vor dem Kellerbauers Verbrechen am 9. Mai im beschleunigten Verfahren — da pressiert's! — zur Aburteilung gebracht werden sollte, kam weder zu der für eine Verurteilung noch für eine Freisprechung erforderlichen Mehrheit von vier aus fünf Stimmen. Also mußte zum Schutze für die in ihrem Synagogenbesuch angeblich bedrohte jüdische Weiblichkeit der große Apparat des Schwurgerichts von Staats wegen in Betrieb gesetzt werden. Fünf Stunden währte die Verhandlung! Vor beiden Tribunalen erhielt Kellerbauer ausreichende Gelegenheit, mit dem Gedichte, seinem Tatsacheninhalt und seiner Zielrichtung das nationalsozialistische Bekenntnis in seiner kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bedeutung für Volk und Staat vor Gericht zu verteidigen; denn er vertrat den Standpunkt, daß sich in diesem Prozesse zwei Weltanschauungen gegenüberstünden, die heute in einer Weltenwende miteinander um die Entscheidung ringen. Es war nicht schwer, den Wahrheitsbeweis für die in dem Gedichte behaupteten Tatsachen zu führen: Zeile für Zeile hätte sich mit tausend Beispielen belegen lassen! Auch der Beweis, daß es sich in den beiden Schlußstrophen nicht um eine Aufreizung der deutschen „Klasse“ der Bevölkerung gegen die jüdische Klasse handelt, war für jeden Deutschen ohne weiteres klar; war doch schon der Wortlaut keine solche Aufforderung, sondern eine schmerzliche Frage an die Zukunft und eine Hoffnung auf deutsche Gerechtigkeit! Und so entspann sich zwischen dem Vorsitzenden und dem Angeklagten ein kleines Frage- und Antwortspiel darüber, was Recht ist im Zusammenhang mit Rasse, und daß wir in Deutschland kein deutsches Recht haben; und daß die Juden infolge ihrer anderen, uns entgegengesetzten Rasse ein Volk anderen, eigenen Rechtes sind; denn der „jüdische Glaube“ der deutschen Staatsbürger des Zentralvereins bedeutet jüdisches Gesetz, das unserem Gesetze sittlich und praktisch zuwiderläuft. Daraus versteht sich auch das zynisch offene Bekenntnis des Hebräers Loeb in einer Versammlung „gesetzestreuer Juden“ 1912 in Berlin: „Wir leben (in Deutschland) in einem christlichen Staate, das ist mit den Interessen des Judentums unvereinbar, der christliche Staat muß beseitigt werden!“ Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Rechts! Gesetzes!) vertritt aber die „Interessen“ des Judentums in Deutschland. Gegen diese Gefahr für das Deutschtum kämpft die nationalsozialistische deutsche Arbeiterbewegung, um auf völkischer, sozialer und christlicher Grundlage alle deutschen Stämme in einem Großdeutschland zu einigen. Das Programm der Partei aber kennt keinerlei Gewaltmittel gegen die Juden, sondern fordert unter Ausweisung der nachkriegszeitlichen Ostjuden ein Fremdenrecht (also eine gesetzliche Regelung) für die „Staatsbürger jüdischen Glaubens“.

Der einzige „Zeuge“, der als Angeber unterschriebene Rechtsanwalt Dr. Berlin, sagte nur unbedeutendes Zeug aus über die angebliche Angst der Juden vor den Wirkungen des Gedichtes. (Mag sein, daß die „Ruten und Beile“ — die auch im Schwurgerichtssaale als Insignien der Gerechtigkeit und Gerichtsbarkeit eingemeißelt sind! — den Juden angesichts des von uns geforderten deutschen Staatsgerichtshofes Hosenfülle erzeugt haben!) Kellerbauer hatte darauf hingewiesen, daß der Verband „nationaldeutscher“ Juden vom „Zentralverein“ grimmig bekämpft werde: ein Beweis, daß sich die Zentralvereinsjuden eben als „Gesetzes“-Juden eigener Rasse und nicht als nationaldeutsche Bevölkerung fühlen! Infolgedessen wurde der Zeuge nach diesen Verbänden gefragt; die zahlenmäßige bzw. prozentuale Stärke des Zentralvereins vermochte er nicht anzugeben; er behauptete aber, letzterer umfasse den überwiegenden Teil der deutschen Juden. Woraus Kellerbauer den Schluß zog, der Zentralverein, Ortsgruppe Nürnberg, habe kein Recht, im Namen aller Juden, als ob diese bedroht seien, die Bestrafung des Schriftleiters zu verlangen, da ihm nicht einmal alle „deutschen“ Juden die Wahrung ihrer Rechte anvertraut haben. Auch fehle, um Gerechtigkeit zu schaffen, eine entsprechende Organisation der nichtjüdischen „Klasse“ der Bevölkerung und ein Gesetzesparagraph, der dem Staatsanwalt ermöglicht, auch die deutsche „Klasse“ gegen Aufreizungen und Bedrohungen der Juden in Schutz zu nehmen!

Noch eines ist erwähnenswert. Kellerbauer hatte darauf hingewiesen, daß der einzige „Zeuge“ der Denunziant war, und daß dieser als Vorstand des Zentralvereins fremder Rasse die Aufgabe habe, das Deutschtum zu bekämpfen, er sei in diesem Zusammenhang auch von der „Weißen Fahne“ im Rahmen einer jüdischen Geheimorganisation Nürnbergs genannt! Obwohl Dr. Berlin noch gar nicht im Saale war, als dies ausgesagt wurde, vermochte er als Zeuge doch darauf zu antworten!! Es war inzwischen ein anderer Jude aus dem Zuhörerraum draußen gewesen!!!

Von der unbedeutenden Rede des Staatsanwaltes ist nur zu berichten, daß er natürlich warm für die geängstigten Juden eintrat!

Als Rechtsbeistand unterstützte vor beiden Tribunalen der treffliche deutsche Anwalt Dr. Hans Marx (Winklergasse 20, Nürnberg) den Angeklagten sowohl hinsichtlich der juristischen als auch der völkischen Momente.

Bei der Rechtsbelehrung konnte sich der Vorsitzende, der sonst sehr sachlich handelte, nicht enthalten, einen Wink für Bejahung der Schuldfrage zu geben, indem er schloß: „Wenn der Angeklagte sein „Recht“ verlangt als Freispruch, so bedenken Sie, daß auch der „Verletzte“ zu seinem Recht kommen muß, und das ist in diesem Falle die öffentliche Ruhe und Sicherheit.“ Er hatte sich vorher über Kellerbauers Ausdruck „Juristerei“ im Gegensatz zu „deutschem Recht“ geärgert.

Als Kellerbauer nach der Beratung der Geschworenen den Saal betrat, um ihren Spruch entgegenzunehmen, grinste ihm als erster Anblick das scheinbar hämisch lachende Profil des Dr. Berlin entgegen, als ob sich Juda seines Triumphes zu freuen habe; es war aber nur die krampfhaft verlegene Fratze eines blamierten Hebräers: die Geschworenen hatten die Schuldfrage verneint, und so wurde Pg. Walter Kellerbauer freigesprochen, die Kosten der Staatskasse überbürdet. Mit Recht bemerkte später ein Zuhörer, eigentlich hätten Dr. Berlin und sein Zentralverein zur Kostentragung verurteilt werden müssen!

Die gesamte Presse Nürnbergs hatte durch fast restlose Abwesenheit geglänzt! — Uns genügt, daß es dem Hasse Judas nicht gelungen ist, einen völkischen Vorkämpfer mit den listig geknüpften Gesetzesschlingen zu Fall zu bringen. Die Geschworenen haben nach deutschem Rechtsempfinden wahrgesprochen. —ue—

Ein merkwürdiger Fall

Ein merkwürdiger Fall. Um es gleich vorweg zu nehmen, dieser merkwürdige Fall bin ich selbst. Mein einstiger hochgeschätzter Vorgesetzter, als ich während des Weltkrieges über ein Jahr in Serbien lag, der Generalmajor a. D. Kerchnave, wird erstaunte Augen machen, wenn er im „Prager Tagblatt“, in der bolschewistischen Zeitung „Nakanune“ und anderen Judenblättern liest, daß sein früherer alter Fähnrich beim Wiener Hausregiment „Hoch- und Deutschmeister“ nebenbei auch an der Spitze der Sokoltruppen stand. Also unbedingt ein merkwürdiger Fall, der sich nur so erklären läßt, daß mein zweites Ich mir da einen üblen Streich gespielt hat, von dem ich nichts weiß. In meinem ganzen Leben habe ich mich nur 1911 zwei oder drei Tage als Gast bei einer befreundeten Familie in Aussig a. E. aufgehalten, sonst die Gebiete der heutigen Tschechoslowakei nur im Eisenbahnzuge auf meinen Reisen zwischen Wien und Berlin passiert. Ich bin mir also wirklich nicht bewußt, wie ich da zu der „hohen“ Ehre gekommen sein soll, an der Spitze der Sokoltruppen gefochten zu haben.

Kommt da in der Zeit des jüngsten Verbots des „Völk. Beobachters“ ein junger Mensch in die Schriftleitung und weist sich als der Vertreter des in Mailand erscheinenden, angeblich von einem Neffen Mussolinis geleiteten Blattes „La Sera“ aus. Er bittet mich, als den einzigen Schriftleiter, der gerade anwesend war, um eine Darlegung der politischen Lage in Deutschland. Ich habe ihm seine Fragen selbstverständlich mit der nötigen Zurückhaltung um so lieber beantwortet, als uns doch daran gelegen sein muß, daß in ausländischen Blättern richtige Darstellungen unserer Zustände erscheinen; ich dachte aber nicht daran, daß er mich regelrecht interviewen wollte, denn was sollte es für ein Interesse haben, die Ansichten eines solch unbedeutenden Mannes, wie ich einer bin, mit meinem Namen groß und breit der Öffentlichkeit bekanntzugeben? Zudem ist es wirklich nicht Gebrauch, daß ein Journalist den andern interviewt. Wenn wir etwas zu sagen haben, so schreiben wir dies halt selbst in unserer Zeitung nieder. Zur Vorsicht bat ich noch den Herrn „Kollegen“, mir die Reinschrift seiner Aufzeichnungen vor der Drucklegung vorzulegen, was er auch zusagte; ich wollte damit verhindern, daß er Unrichtigkeiten verbreite.

Er hielt jedoch sein Versprechen nicht, und jetzt wird mir das sogenannte Interview vorgelegt, wie es bereits in einer Anzahl von Judenblättern steht. Es enthält so viele Lügen und Entstellungen, daß ich es wohl begreife, daß der Kerl es vorzog, mir das Manuskript nicht zu zeigen, denn ich hätte es ihm sonst um seine nassen Löffel geschlagen. Das Geringste, was ich von einem anständigen Journalisten erwarten kann, ist, daß er wissentlich keine Unwahrheiten verbreitet, aber was der Lump da zusammengelogen hat, geht auf keine Kuhhaut.

Da heißt es z. B. gleich in der Einleitung, daß im Vorzimmer etwa ein Dutzend junger Leute Wache halte, in alten österreichischen Uniformen und mit Revolvern bewaffnet. Es kommen tagaus, tagein viele Leute in unsere Schriftleitung, und ich bitte, daß sich derjenige melden möge, der bei uns je eine solche Wache gesehen hat. Was mich betrifft, so habe ich nach meiner Entlassung von den Fahnen meine österreichische Offiziersuniform niemals mehr öffentlich getragen, die Rangabzeichen als Fähnrich sind längst vom Kragen entfernt, die Bluse ziehe ich noch ab und zu als Bürorock an. Der Kerl läßt mich aber in österreichischer Uniform paradieren!

Von dem, was mich der Lump sagen ließ, ist mindestens die Hälfte erstunken und erlogen. Dabei fällt mir auf, daß in den betreffenden Blättern der Text Unterschiede aufweist; so lese ich im „Prager Tagblatt“, daß ich von 1000 Geschützen gesprochen hätte, die wir im geheimen besäßen, während ich nach dem „Nakanune“ auf die Frage, ob wir einen Krieg gegen Frankreich ohne Waffen führen wollten, keine Antwort gab, was auch zutrifft.

Vollständig erfunden ist es, daß diesem Menschen eine „Audienz“ bei Adolf Hitler bewilligt wurde. Er hat unseren Führer nicht gesprochen. Daß er diesen in einem Sportkostüm auftreten läßt, beweist gleichfalls, wie niederträchtig er geschwindelt hat, denn Adolf Hitler trägt bekanntlich niemals ein solches.

Daß dieser Lügenbold weiter behauptet, daß der Herausgeber des „Heimatland“, der Fliegerhauptmann a. D. Wilhelm Weiß, identisch sei mit unserem Dietrich Eckart, wird bei unseren Lesern eine Lachsalve hervorrufen.

Wirklich ein merkwürdiger Fall, geradezu ein Schulbeispiel für die schamlose Verlogenheit der Judenpresse. Zum Schlusse leistet sich der Kerl noch die Lüge, daß er mir ein Bild Mussolinis geschenkt hätte: „Herr Stolzing ist tief gerührt, und alle im Zimmer Anwesenden sind begeistert von dem Anblick ihres Führers.“ Schade, daß nicht ein Photograph zugegen war, um diese Szene auf der Platte zu verewigen; er müßte zu diesem Zwecke allerdings einen Apparat zur Verfügung gehabt haben, der genau so schwindeln konnte wie dieser Interviewer.

Eines aber hat er nicht gesehen. In dem Vorzimmer unserer Schriftleitung steht nämlich eine österreichische Motormörserbatterie, die Adolf Hitler aus Frankreich in der Westentasche mitgebracht hat...

Ich konnte es mir doch nicht verkneifen, dem Berliner Vertreter des „Giornale La Sera“ in einem Briefe meine Verwunderung über den jungen Mann auszusprechen, den er nach München geschickt hatte. Darauf erhielt ich nachstehendes Schreiben:

„Ich bekomme mit dem größten Erstaunen Ihr Schreiben vom 23., und mit Bedauern nehme ich Nachricht von dem, was Sie mir sagen über Herrn Hermann. Ich kenne Herrn Hermann seit mehreren Monaten, und er wurde mir empfohlen von anderen Kollegen, so daß ich ihm, als er mir seine Dienste angeboten hat, gern geholfen habe mit einer schriftlichen Empfehlung. Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie sehr ich das bedauere, um so mehr, weil ich ihm seine Nachrichten geglaubt habe, die, wie Sie mir sagen, absolut nicht stimmen. Jedenfalls soll gesagt sein, daß Herr Hermann kein Italiener ist, sondern ein Österreicher. Von meinem Teil weiß ich, was meine Pflicht ist, und ich werde nach diesem bedauerlichen Zwischenfall Herrn Hermann selbstverständlich nie mehr benützen. Da kein Mißtrauen zwischen uns bestehen soll, werde ich versuchen, nächstens persönlich nach München zu kommen. In dieser Erwartung grüße ich Sie hochachtungsvoll

gez. Roberto Suster.“

Diesem Schreiben habe ich nichts hinzuzufügen. Für alle anständigen Journalisten ist wohl dieser Hermann aus Österreich erledigt.

Joseph Stolzing-Cerny.

Deutschösterreich
Nach den Wahlen

Die Wahlen in Österreich sind nun vorüber. Das, was wir Nationalsozialisten vorher schon als sicher angenommen haben, ist eingetreten, die Christlichsozialen und die Marxisten sind die beiden Parteien, die nunmehr Österreich beherrschen. Es war ein Glück, daß sich die Nationalsozialistische Partei trotz des scharfen Kampfes, den gewisse Leute gegen den Salzburger Parteibeschluß auf Wahlenthaltung geführt haben, nicht von der geraden Linie abbringen ließ, und dem Wahlschwindel fernblieb. Was wäre auch durch eine Wahlbeteiligung unserer Partei geändert worden? Höchstens, daß die großdeutschen Schaukelpolitiker anstatt den Verlust von über einem Dutzend Mandate, vielleicht nur 10 verloren hätten. An den tatsächlichen Verhältnissen und an der moralischen Niederlage der großdeutschen Politik hätte das nichts geändert, unsere ehrliche Volksbewegung aber wäre auf das übelste kompromittiert worden. Wenn in wenigen Wochen nunmehr alles wieder beim alten sein wird, der parlamentarische Schlendrian wieder seinen alten Trott gehen wird, und die Lebensbedingungen des schaffenden Volkes, die man vor der Wahl künstlich etwas verbesserte, wieder schlechter werden, dann wird die Zeit kommen, an der wir **Nationalsozialisten die ersten reifen Früchte unserer ehrlichen Haltung einheimsen werden.**

Daß der Nationalsozialismus in Österreich stürmisch vorwärts schreitet, zeigt in unübertrefflicher Weise das Landtagswahlergebnis in Kärnten, wo mit Rücksicht auf die slowenischen Bestrebungen von unserer Partei eine Liste aufgestellt worden ist und rund 5000 Stimmen erhielt.

Es ist klar, daß die österreichischen Parteigenossen besonders in Kärnten in ihrem harten Kampfe auch von Bayern aus unterstützt wurden. Wenige Tage vor den Wahlen fanden in den kärntnerischen Städten **Spittal, Villach** und **Klagenfurt große Massenkundgebungen** der Nationalsozialisten statt, in denen Hermann Esser sprach. Sämtliche Kundgebungen, zu denen auch überall Formationen des Kärntner-Heimatschutzverbandes erschienen waren, nahmen einen imposanten Verlauf. Den Schutz der Versammlungen besorgten die Sturmabteilungen, alle bereits einheitlich nach bayerischem Vorbild gekleidet und tadellos diszipliniert.

In **Innsbruck** sprach am Vorabend der Wahl Parteigenosse Max Weber ebenfalls mit großem Erfolg, und am selben Tag Hermann Esser auch in **Kufstein**, wo die Nationalsozialistische Partei damit zum ersten Male an die Öffentlichkeit trat.

Sämtliche Kundgebungen vor der Wahl bestätigten den Eindruck, den man aus anderen Berichten über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Bruderpartei bekommt, daß die Kampf- und Werbekraft der Partei durch ihre in Salzburg erfolgte Umstellung außerordentlich verstärkt worden ist.

Bayern

Kempten i. A. Der „Alg. Ztg.“ schrieb „man“, „gewisse Leute“ hätten kürzlich die Wohnungen und Geschäftsräume hiesiger israelitischer Firmen mit Hakenkreuzen verschmiert und besudelt. Dabei seien besonders Firmen gewesen, deren „Wohltätigkeitssinn stadtbekannt sei“ usw. Selbstverständlich sind, wie versteckt angedeutet wird, die „gewissen Leute“ Nationalsozialisten gewesen, aber zur Ehre der Parteileitung müsse man annehmen, daß es „recht jugendliche Mitglieder“ waren, und die Parteileitung so etwas sicher **nicht** billigt. Weit gefehlt, verehrte Herrschaften! Zunächst allerdings glauben wir nicht, daß die Täter Nationalsozialisten waren, weil es auch genügend andere Leute gibt, die Antisemiten sind, und weil wir vor allem ja auch wissen, daß es genug Judenbuben gibt, die derartige Geschichten machen, damit hinterher wieder gegen die Hakenkreuzler gehetzt werden kann. Was dann die Wohltätigkeit (daß i net lach!) der betroffenen israelitischen Firmen anbetrifft, so werden wir darauf noch zurückkommen. Wenn aber die Täter wirklich Nationalsozialisten gewesen wären, so wäre die Parteileitung weit davon entfernt, die Parteigenossen zu verurteilen. Im Gegenteil, die Parteileitung freut sich außerordentlich, wenn den jüdischen Herrschaften das Leben möglichst sauer gemacht wird. Dazu sind wir ja da. Ganz abgesehen davon, daß die jüdische Oberleitung auch nichts dagegen hat, wenn das Judentum und seine jüngsten Mitglieder die Christen nach allen Richtungen der Kunst schikanieren, siehe Talmud und dgl. Im übrigen ist es uns Wurscht, was die „wohltätigen Juden“ von Kempten und Umgebung über uns denken.

Kirchenlaibach. Am Sonntag, 21. Okt., fand in den Räumen des Schindlerschen Saales eine vaterländische Versammlung mit Vortrag der N.S.D.A.P., Ortsgruppe Kirchenlaibach, statt. Herr Stier aus München, der über Wesen und Ziele der Partei in Anbetracht der heutigen gespannten Lage sprach, verstand es durch seinen glänzenden Rednergabe uns das deutsche Elend vor Augen zu führen und deckte mit einer rücksichtslosen Offenheit die Mängel und Fehler auf, die ganz Deutschland im allgemeinen, besonders aber die vom Volke an die Spitze berufenen Männer begangen und daher am heutigen Elend mitschuldig geworden. Vor allem tadelte er mit unerschrockener Schneid die Regierungskreise, die selbst heute vor dem allgemeinen Zusammenbruch nur mit halben Maßnahmen Wucher- und Schiebertum bekämpfen, so daß letzteres ruhig weiter blühen und gedeihen kann. Besonders rückte er diesen Wucherern und Schiebern auf den Leib, geißelte diese Blutsauger und Vampire des Volkes mit energischen Worten und prophezeite die Abrechnung des Volkes als gewiß. Herr Stier begnügte sich nicht, nur das heutige Elend des Volkes und seine Ursachen vorzuführen, er zeigte auch die Wege, die aus diesen trostlosen Zuständen wieder herausführen können, vor allem, daß die Wegbereiter nur die völkisch nationalsozialistisch eingestellten Kampfverbände sein werden. Stürmischer Beifall der großen Zuhörerschar bewies, daß die Worte des Herrn Stier auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Der Erfolg seiner Rede hat sich bereits in zahlreichen Beitritten zur Ortsgruppe Kirchenlaibach der N.S.D.A.P. gezeigt.

Solln und Umgebung. Am 18. September sprach unser Pg. Dipl.-Ing. G. Feder in einer überfüllten Sprechabend-Versammlung über unsere Stellung zum Kapitalismus und den Wirtschaftsproblemen der Gegenwart. Die tiefgründigen Ausführungen wurden ebenso aufmerksam wie dankbar entgegengenommen. Es ist bedauerlich, daß diejenigen, die an den jetzigen Zuständen herumdoktern, und diejenigen, welche hinter ihnen stehen, sich von solchen Vorträgen meist fernhalten. Es wäre ja sonst unvermeidlich, daß sie angesichts der fürchterlichen Tatsachen ihre durch Sachkenntnis nicht getrübte Kritik einstellen und sich umstellen müßten, und zwar zur entschiedenen Tat.

Kundgebung des Jungdeutschen Ordens in Bayern

Am Sonnabend, 6. Oktober 1923, haben sich in Koburg sämtliche Bayerischen Ordenseinheiten mit weit über 10 000 Ordensbrüdern in über 150 Ortsgruppen zu einem „Jungdeutschen Orden in Bayern“ zusammengeschlossen. Mit Entrüstung hat dieser neue, von einem einzigen Willen erfüllte, starke Verband Kenntnis genommen von dem Aufruf des Jungdeutschen Ordens in Preußen, worin dieser der Reichsregierung den Rat gibt, gegen den internationlen marxistischen Klassenkampf als dem Grundübel des Zerfalls in Deutschland zu Felde zu ziehen, und sich ihr zu diesem Kampf bis auf den letzten Mann zur Verfügung stellt.

Wir jungdeutschen Ordensbrüder in Bayern verwahren uns dagegen, mit diesem Aufruf irgend etwas gemein zu haben. Wir sehen in dem schauerlich wütenden Klassenkampf nur eine der Folgeerscheinungen des Grundübels in unserem Vaterland. **Die Ursache alles Elends im Lande ist der unheilvolle Einfluß des Judentums auf die äußere und innere Gestaltung unseres Staatswesens, auf Börse und Geldmarkt, auf Handel und Wandel, auf Presse und Geistesleben.** Hier gilt es die Axt anzulegen! Wir wollen nicht ruhen und rasten, bis wir Hand in Hand mit den anderen völkischen Verbänden diese Macht des internationalen Judentums in wirtschaftlicher, staatlicher und geistiger Beziehung ein für allemal in Deutschland gebrochen haben.

Wir setzen uns ein für die Beseitigung der Weimarer Verfassung! Wir erstreben die Beseitigung des Schandfriedensvertrages von Versailles! Wir verfechten den großdeutschen Gedanken, der der Eigenart jedes Bundesstaates freien Spielraum gewährt! Wir werben für die innere Erneuerung unseres Volkes auf christlicher Grundlage! Wir kämpfen für die Einheit, Reinheit und Freiheit unseres deutschen Vaterlandes!

In ernster Stunde erklärt der Jungdeutsche Orden in Bayern, daß er bis zu seinem letzten Bruder bereit ist, mit Gut und Blut sich für diese Hochziele einzusetzen.

Coburg, den 12. Oktober 1923.

Dietrich, Lehrer. Johnsen, Pfarrer.

Gedenkt der erwerbslosen Mitglieder der N.S.D.A.P.

Während es den unausgesetzten Bemühungen der Parteileitung und des Erwerbslosenausschusses gelungen war, während der Sommermonate allen Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen, ist jetzt die Zahl derselben wieder auf zirka 150 gestiegen. In einer Zeit, in der selbst vollbeschäftigte Parteigenossen sich kaum über Wasser halten können, erübrigt sich die Schilderung des Elends und der Not unserer Erwerbslosen. Der unterzeichnete Ausschuß richtet daher in erster Linie an völkisch gesinnte Arbeitgeber und Großbetriebe die herzliche Bitte, bei Vergebung von Stellen unsere Erwerbslosen zu berücksichtigen. Ferner bitten wir alle Parteigenossen dringendst, zur Linderung dieser Not mit allen Kräften beizutragen. Gerade unsere Mitglieder und Gönner, die außerhalb Deutschlands sich aufhalten, könnten uns in hervorragendem Maße unterstützen. Es ist euer aller heiligste Pflicht, hier helfend einzugreifen; denn nur in der Tat äußert sich der wahre Nationalsozialismus. Spendet uns, was ihr entbehren könnt. Sehr willkommen sind getragene Kleider, Schuhe, ebenso Brot, Mehl, Kartoffeln. Geldspenden bitten wir entweder im Parteilokale (Schalter 1) einzubezahlen, oder an Ludwig Völll, Postscheckkonto 44075, Postscheckamt München, zu richten. Der fortwährend steigenden Portosätze wegen, können wir leider nur über größere Spenden eine schriftliche Empfangsbestätigung erteilen; dagegen sprechen wir jetzt schon allen unseren Spendern im voraus unseren herzlichsten Dank aus.

Der Ausschuß der Erwerbslosengruppe der N.S.D.A.P., Corneliusstraße 12.

Zur Beachtung!

Einsendungen für die Beilage „Der Nationalsozialist“ (einseitig und sehr deutlich geschrieben!) müssen bis spätestens Mittwoch abend in der Schriftleitung, Abt. „Aus der Bewegung“ eingeliefert sein.

Verantwortlich: Hermann Esser.

Münchener Beobachter

G'spaßige Zeiten

12.

Die letzten Wochen des Oktober sind für empfindsame Naturen eine schlimme Zeit. An empfindsamen Naturen haben wir zwar heutzutage keinen Überfluß mehr, denn die meisten etwa zur Empfindsamkeit Neigenden haben rasch eingesehen, daß sie mit den heutigen Zeitströmungen höchst unvereinbar ist. Mit ihr kommt man auch weder zu einem Effekten- noch zu einem Devisenbündel, was immerhin ein erstrebenswertes Lebensziel sein soll. So kommt es, daß die Empfindsamkeit heute nicht mehr der Schmuck einer edlen Seele, sondern der Ballast eines geistig zurückgebliebenen Menschen ist.

Da ich die Aufrichtigkeit liebe — heutzutage gleichfalls das Zeichen eines geistig zurückgebliebenen Menschen —, gestehe ich offen ein, daß ich noch zu diesen vorsintflutigen Menschen zähle. Wenn die letzten Blätter von den Bäumen fallen und die Nebel über die kahlen Wiesen ziehen, werde ich von Wehmut geschüttelt. Früher pflegte ich diesem unangenehmen Zustand dadurch abzuhelfen, daß ich einige Gedichte von mir gab und damit die Schriftleiter schöngeistiger Zeitschriften beunruhigte. In der Zwischenzeit bin ich harmloser geworden. Die Empfindsamkeit zwar ist mir noch geblieben. Aber ich mache keine Gedichte mehr, sondern lasse es dabei bewenden, in mich selbst zurückgezogen hinter einem Schoppen Wein meine Wehmutsstimmung verdampfen zu lassen.

Leider ist die Zeit jetzt derart, daß einem auch das nicht mehr ungestört vergönnt sein soll. Ich sitze hinter meinem Glas Essigsprit mit einem Gesicht, daß ich glaube, vor jeder unerwünschten Gesellschaft gesichert zu sein. Wie man halt dreinschaut, wenn man seinen Jahrestrauertag „feiert". Aber — entweder meine Trauer war nicht ausdrucksvoll genug, oder es gibt noch mitleidige Menschen, die einen Traurigen aufheitern wollen —, jedenfalls, ich blieb nicht allein.

Drei ausgewachsene Mannsbilder treten auf den Plan und setzen sich ausgerechnet an meinen Tisch. Sie sind in einer Laune, wie sie üblich ist, wenn Mannsbilder bereits ein gewisses Quantum Alkoholintus haben. Zuerst redeten sie von Geschäften, wie es sich heute für jeden, der die Zeit begreift, gehört, woraus ich zu meiner Beruhigung erfuhr, daß sie die Gunst der Stunde besser zu nutzen wußten und wissen, als ich. Dann machten sie Witze, wie sie angeheiterte Ehemänner zu machen pflegen, um sich auf billige Weise für die beschwerlichen Lasten des Ehestandes zu entschädigen.

Auf einmal fällt einer aus der Rolle, schnauft tief auf und sagt: „Was werd' na jetzt no werd'n!" — Der andere: „Der Kahr machts. Er hat mein voll's Vertrau'n." — Der Dritte: „Da hat er scho was."

Damit war man vom Sauglockenläuten zur Politik übergegangen, und die zuvor so einträchtigen Geister schieden sich. Das kann sich jeder selber vorstellen, wenn er sich vergegenwärtigt: der eine war Bayer. Volksparteimann und Kahrjünger, der andere „parteilos" und Anhänger des „Ausgleichs und der Verständigung", der Dritte Nationalsozialist. Die drei gerieten scharf aneinander und beschlossen mißgestimmt den kostspieligen Abend. Mir hatten sie die schöne Trauerstimmung verpatzt. Die verfluchte Politik! Ich dachte an „Heilig' Land", wo einer des öfteren versichert: „Die Politik bringt mich noch um." Ja, wenns noch lange so weitergeht, nicht nur jenen Bedauernswerten, sondern uns alle. Die Politik, die bei uns in Deutschland gemacht wird, ist auch darnach.

Spirifankerl.

*

Die November-Miete.

Nach einer Veröffentlichung des Sozialministeriums geschieht die Berechnung der Miete für November in der Hauptsache in der gleichen Weise wie bei der Oktobermiete. Dagegen sind verschiedene Bestimmungen getroffen, die eine allzu starke Steigerung des Mietzinses verhindern sollen. Die Prozentsätze zur Berechnung der Zuschläge für Betriebskosten und Instandsetzungsarbeiten wurden herabgesetzt. Die Zuschläge für Betriebskosten betragen in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern 9 Proz. und in kleineren Gemeinden 7 Proz. der Friedensmiete, während bei Regelung der Oktobermiete hierfür 11 bzw. 8 Proz. angesetzt waren. Die Zuschläge für die Instandsetzungsarbeiten wurden auf 2 Proz. gegen 4 Proz. im Oktober festgesetzt. Diese Zuschläge sollen, wie bei der Oktoberregelung, mit dem Reichsindex für Lebenshaltungskosten vervielfacht werden. Und zwar in der Weise, daß bei Vorauszahlung der Novembermiete der Index vom 1. November, bei Nachzahlung der Novembermiete der Index vom 29. November maßgebend sein soll. Bei wöchentlicher Mietzinszahlung ist der Index maßgebend, der vor der Zahlung zuletzt bekanntgegeben wurde. In allen Fällen ist der als Multiplikator dienende Lebenshaltungsindex auf volle Milliarden nach unten abzurunden.

Als weitere wichtige Neuerung bringt die Novemberregelung die Bestimmung, daß zur Aufbringung der Betriebskosten (Wasserzins, Kaminkehrer-, Straßenreinigungs-, Kanalgebühren usw.) durch Beschluß der örtlichen Ausschüsse für Mietzinsbildung das Umlageverfahren eingeführt werden kann. Wird dasselbe für eine Gemeinde beschlossen, so ist nur ein Verwaltungskostenzuschlag zu erheben, der sich in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern auf 3 Proz. der Friedensmiete, in den übrigen Gemeinden auf 2 Proz. der Friedensmiete, vervielfacht mit dem Reichsindex, beläuft.

Der Zuschlag für gewerbliche Räume wurde beibehalten, wie er bei der Oktobermietenregelung erfolgte. Der Zuschlag für Untermiete ist bei der Neuregelung in Wegfall gekommen. Den Vermietern wird empfohlen, bei Berechnung der Mietschuld die Grundmiete wegen ihrer geringen Höhe überhaupt nicht in Ansatz zu bringen. Die monatliche Mietzinsschuldigkeit errechnet sich also in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern, in denen das Umlageverfahren für die Betriebskosten nicht eingeführt wird, in der Weise, daß 11 Proz. der Friedensmiete (9 Proz. Betriebskosten und 2 Proz. Instandsetzungskosten) mit dem auf volle Milliarden nach unten abgerundeten Lebenshaltungsindex vom 1. bzw. 29. November vervielfacht werden. Bei wöchentlicher Mietzinszahlung werden zunächst 11 Proz. der Friedensmiete errechnet, dieser Betrag wird durch 4 geteilt und dann mit dem auf volle Milliarden nach unten abgerundeten Lebenshaltungsindex, der zuletzt vor der Zahlung bekanntgegeben wurde, vervielfacht. Würde z. B. der Lebenshaltungsindex, der am 1. November bekanntgegeben wird, 6730 Millionen betragen, so ergäbe sich bei Vorauszahlung der Miete für einen Mieter, der monatlich 100 M. Friedensmiete zu zahlen hatte, die Mietzinsschuldigkeit 11 mal 6 Milliarden = 66 Milliarden.

Milchpreise nach der Goldmarkrechnung. Der paritätische Ausschuß zur Festsetzung der Frischmilchpreise im schwäbisch-oberbayerischen Milchgebiet und für sonstige Lieferungen nach München vereinbarte die Milchpreise zweimal wöchentlich nach dem Goldmarkindex festzusetzen. Hierfür wurde ein Grundpreis von 13 Goldpfennigen vereinbart, ein Frischmilchzuschlag von 1 Goldpfennig, somit 14 Goldpfennige Stallpreis (frei Molkerei oder örtliche Sammelstelle). Der neue Milchpreis tritt am Samstag, 27. Oktober in Kraft, errechnet auf der Goldmarkbasis vom Donnerstag, 25. Okt. und gilt bis Mittwoch, 31. Oktober einschließlich. Am Donnerstag, 1. November tritt ein neuer Milchpreis in Kraft, errechnet auf der Goldmarkbasis vom Dienstag, 30. Oktober. Die Vereinbarung gilt zunächst bis 15. November, weil nach Einführung der stabilen Währung neue Vereinbarungen in Aussicht genommen sind.

Als Begründung dieser Maßnahmen teilt der paritätische Ausschuß folgendes mit: Das bisherige Milchpreissystem lieferte den Milcherzeuger schutzlos der Geldentwertung aus. Der jeweils am Mittwoch errechnete Milchpreis trat am Samstag in Kraft und wurde neun Tage später an den Bauer bezahlt. Der z. B. am 3. Okt. errechnete Milchpreis betrug 11 Goldpfennig, am Zahltag, den 15. Okt., erhielt der Bauer noch einen Goldpfennig. Der am 10. Okt. errechnete Milchpreis von 4 Goldpfennigen war am Zahltag, 22. Okt., wiederum auf einen Goldpfennig gesunken. So erhielt der Milchbauer im Oktober nur $^1/_{15}$ des Friedenspreises, der 13 bis 15 Goldpfennige betrug. In der Sitzung des paritätischen Ausschusses wurden verschiedene Abänderungsvorschläge des bisherigen Milchpreissystems erwogen, die eine Verbesserung sowohl der Errechnungs- wie der Zahlungsart der Milchpreise herbeiführen sollten. Ein Vorschlag ging dahin, die Milch an den Bauern im Voraus bezahlen zu lassen, so daß auch der städtische Verbraucher die Milch hätte im voraus bezahlen müssen, denn der Milchhandel ist nicht in der Lage, die entsprechenden Summen im voraus aufzubringen. Staatskredite für diese Zwecke konnten aber nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Vorauszahlung der Milch durch die Verbraucher wurde vom Milchhandel als praktisch undurchführbar erklärt.

Brotverbilligung für Minderbemittelte. Die Stadtgemeinde verteilt, wie bereits berichtet, im Laufe des Monats November, unentgeltlich je 6 Pfund Brot an die Minderbemittelten. Das Brot erhalten ohne weiteren Antrag alle in Dauerfürsorge bei den Bezirkswohlfahrtsämtern und in Erwerbslosenfürsorge stehenden Personen. Sie bekommen die Bezugsmarken gelegentlich der Empfangnahme ihrer Geldunterstützung in der 1. Hälfte des Monats November bei ihren Zahlstellen. Zum Bezuge dieses unentgeltlichen Brotes sind aber auch berechtigt jene Haushaltungen und einzelstehenden Personen, **deren Einkommen nicht höher ist, als das der Erwerbslosenfürsorge.** Zur Zeit gelten pro Tag folgende Erwerbslosenunterstützungshöchstsätze:

1. für männliche Personen über 21 Jahren	3600 Mill. M.
2. für männliche Personen unter 21 Jahren	2160 Mill. M.
3. für weibliche Personen über 21 Jahren	2880 Mill. M.
4. für weibliche Personen unter 21 Jahren	1680 Mill. M.
5. als Familienzuschläge für	
a) den Ehegatten	1320 Mill. M.
b) die Kinder und sonstige zuschlagsberechtigte Familienangehörige	1080 Mill. M.

Diese letztgenannten Personen haben Antrag zu stellen und zwar soweit sie wohnen:

In den Stadtbezirken	1, 2, 3, 4, 9, 10, 11, 13, 19, 20, 24, 25 bei der bisherigen Lebensmittelabgabestelle Thalkirchnerstr. 104.
In den Stadtbezirken	8, 21, 23, 28 bei der bisherigen Lebensmittelabgabestelle im Schulhaus an der Hirschbergstr.
In den Stadtbezirken	5, 6, 7, 22, 26, 27 bei der Lebensmittelabgabestelle Hohenzollernstr. 16.
In den Stadtbezirken	14, 15, 29 in dem Bezirkswohlfahrtsamt X, Auß. Wiener Str. 42.
In den Stadtbezirken	12, 16, 17, 18 bei der früheren Lebensmittelabgabestelle in derSchule an der Silberhornstraße.

Nachdem das Einkommen geprüft werden muß, haben diese Personen zur Abkürzung des Verfahrens auf ihre Familien- und Einkommensverhältnisse bezügliche Unterlagen aus er jüngsten Zeit, wie Steuerquittungen, Lohn- und Gehaltszettel, Krankenkarten usw. mitzubringen. Die Anträge können gestellt werden ab Montag, den 29. Oktober 1923.

Einführung der Millionenmarkrechnung bei der Post- und Telegraphenverwaltung. Infolge der starken Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen Aufblähung des Zahlensystems sieht sich die Reichspostverwaltung genötigt, ihren gesamten Zahlungs- und Rechnungsverkehr und das Gebührenwesen vom 1. November an auf die Millionenmarkrechnung einzustellen. Postanweisungen, Nachnahmen, Postaufträge, Wertangaben bei Wertsendungen, Zahlkarten, Postüberweisungen, Ersatzüberweisungen, Postschecks und Zahlungsanweisungen dürfen vom 1. Nov. an nur über volle Millionen Mark lauten. Bei der Angabe des Betrages in Ziffern ist dabei an Stelle der sechs Nullen das Wort „Million" zu schreiben. Die Stammeinlage, die auf jedem Postscheckkonto zu halten ist, wird auf 10 Millionen festgesetzt. Bruchteile von 1 Million, die über den 1. Nov. hinaus als Guthaben auf dem Postscheckkonto stehengeblieben sind, werden gestrichen werden.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen ist in der Woche vom 15. bis 20. Okt. von 9431 auf 11 331 gestiegen. — Die Zahl der unterstützten **Kurzarbeiter** war am 20. Oktober 37 200.

Bekämpfung der Hundetollwut. Am 7. Juli wurde der Erstausbruch der Tollwut festgestellt. Am 9. Juli wurde über München die Hundesperre verhängt. Um der Anordnung der Hundesperre die nötige Geltung zu verschaffen, und so die Bevölkerung und die Hunde vor der weiteren Ausbreitung der Seuche zu schützen, waren umfangreiche und energische Maßnahmen nötig. Zur Aufklärung über die Seuche und über die zu übernehmende Tätigkeit der Beamten ihr gegenüber, hielt Herr Dr. Blaim sowohl für die Gemeindebeamten wie für die Polizei, die zur Unterdrückung der Seuche mit der Gemeinde im engsten Zusammenarbeiten steht, entsprechende Vorträge. Es wurden Streifkontrollen veranstaltet, dergestalt, daß dreimal in der Woche zu bestimmten Stunden ein Kontrolloffiziant mit zwei Beamten der Landespolizei die ihm zugeteilten Bezirke zwecks Aufgreifung herrenloser Hunde oder um Hundebesitzer, die sich gegen den angeordneten Beißkorb- und Leinenzwang ihrer Hunde vergingen, festzustellen, kontrollierte, ein Vorgehen, das bald den gewünschten Erfolg zeitigte. Es wurden im 3. Vierteljahr 62 Anzeigen wegen Freilaufenlassens von Hunden bzw. Führen derselben ohne Beißkorb erstattet. Herrenlose Hunde wurden nicht angetroffen.

Um einer Ausbreitung der Seuche nach auswärts möglichst entgegenzuarbeiten, wurde die Ausfuhr von Hunden und die Erlaubnis dem Besitzer nur nach vorheriger Untersuchung des Hundes gegen entsprechende Gebühr erteilt. Die Besitzer wurden angehalten, den Hund binnen drei Tagen bei dem Bürgermeister des jeweiligen Ausfuhrortes anzumelden und auch dort die Münchner Sperrvorschriften genauestens zu beachten. An Ausfuhrscheinen wurden erteilt: nach dem Inland 2646, nach dem Ausland 162; Anzeigen wegen Verletzung der Sperrvorschriften wurden erstattet: von unseren Kontrollbeamten 497, von der Schutzmannschaft 1080. An herrenlosen Hunden wurden eingeliefert von Privaten 51, von der Schutzmannschaft 112, von unseren Kontrollbeamten 15; Zahl der getöteten Hunde 165; Zahl der untersuchten, unverdächtigen Hunde, die Menschen gebissen haben, 174. Von wutkranken oder wutverdächtigen Hunden gebissen wurden 10 Personen, die nach Berlin zur Impfung eingewiesen wurden.

Jüdische Angsthitzen. Die jüdischen Gemeinden innerhalb und außerhalb Bayerns wenden sich jetzt an die „Angehörigen ihrer Nation" mit Rundschreiben, aus denen die blasse Angst spricht. In einem solchen Rundschreiben heißt es u. a.:

Den breiten Massen ist es unverständlich, daß in dieser Zeit der Not Dielen, Bars, Cafés und andere Luxusstätten mit schlemmenden Müßiggängern überfüllt sind. Leider befinden sich unter diesen auch Juden in größerer Anzahl. Neid und Erbitterung muß es erregen, wenn Dienstboten von häuslichem Schlemmerleben erzählen, wenn Kinder in der Schule vor ärmeren Mitschülern mit dem Wohlstand der Eltern sich brüsten, wenn die Väter mit Luxusautos prunken und die Mütter mit Schmuck und auffälliger Kleidung protzen.

Darum:

Zeigt Verständnis für Deutschlands Notlage!
Zeigt euch hilfreich allen Bedürftigen gegenüber!
Befleißigt euch des Anstandes, der Einfachheit und des Lebensernstes!
Beweist in der Gefahr Mut und Entschlossenheit, gepaart mit Ruhe und vornehmem Takt!
Kleidet euch und eure Kinder schlicht und einfach!
Legt euch Zurückhaltung in eurem Auftreten in der Öffentlichkeit auf!
Meidet die bekannten Cafés und Vergnügungsstätten!
Unterlaßt alle überflüssigen Aufkäufe, die die Allgemeinheit schädigen!
Meidet das Autofahren in der Stadt!
Meidet überhaupt das Autofahren am Sonntag!
Meidet laute Unterhaltungen in Straßenbahn und Eisenbahn!
Macht Geschäfte nur in euren Kontoren, nicht in der Öffentlichkeit!
Meidet Streitigkeiten und unnötige Prozesse!

Öffentliche Anerkennung. Am 5. August wurde der Schreinerlehrling Max Riggl von München beim Baden in der mittleren Isar bei Grüntal von Krämpfen befallen und ging unter. Der verh. Architekt Julius Selmayr von München, der gelegentlich einer Radtur an die betreffende Stelle kam, sprang trotz seines erhitzten Zustandes sofort ins Wasser und rettete den Riggl vom Tode des Ertrankens. Für diese entschlossene und menschenfreundliche Tat wurde dem Architekten Selmayr die öffentliche Anerkennung der Regierung von Oberbayern ausgesprochen.

Die tägliche Wettervorhersage, welche seit dem Jahre 1881 an den Postanstalten zum Aushang gebracht wurde, wird vom 1. November bis 30. April auf diesem Wege nicht mehr verbreitet werden. Trotz des Entgegenkommens des Reichspostministeriums, welches die Gebühren für den Prognosenanschlag auf die Hälfte der bisherigen Sätze herabgesetzt hat, um Bayern die Erhaltung der beliebten Einrichtung zu erleichtern, war es der Landeswetterwarte nicht möglich, die Fortführung auch während des Winterhalbjahres zu erreichen. Es wurde erwidert, daß für diese Zeit die Verbreitung durch die Zeitung genügen müsse. Indem die Landeswetterwarte von dieser betrüblichen Auswirkung der Finanzlage des Staates Mitteilung macht, bittet sie davon Kenntnis zu nehmen, daß telephonische Anfragen nach der Wettervorhersage wegen der starken Inanspruchnahme ihrer Leitungen für die Dienstaufgaben nicht beantwortet werden können. Dagegen besteht die Möglichkeit, bei der zuständigen Postanstalt auf den Zuspruch der täglichen Wettervorhersage zu abonnieren.

Allerseelenfest. Die Polizeidirektion hat aus Anlaß des Allerseelenfestes ortspolizeiliche Vorschriften erlassen, deren Wortlaut aus den Anschlägen im Polizeigebäude, bei den Polizeiämtern und in d enFriedhöfen ersichtlich ist. — Am 1. November sind in Theatern einschließlich der Lichtspielunternehmen, in Kleinkunstbühnen, in Konzertsälen usw. nur Aufführungen und Darbietungen zugelassen, die dem Ernste dieses Tages entsprechen.

Die in Haft befindlichen Kommunisten. Zu der Aushebung der Kommunistenversammlung in der „Villa Flora" wird mitgeteilt, daß die Einvernahme der in Haft befindlichen 34 Kommunisten noch andauert. Einzelheiten können deshalb noch nicht bekanntgegeben werden.

Eine zweite Devisenrazzia. Am Freitag nachmittag stattete die polizeiliche Devisenkontrolle den Cafés „Mercedes", „Blumensäle", „Gassner" und „Germania" Besuche ab, um sich nach den wilden Händlern umzusehen. Die Ausbeute war gut. Eine Reihe Personen wurden polizeilich vorgeführt, darunter auch solche, die unerlaubt Gold- und Silberhandel treiben, und auch solche, die unangemeldet in Bayern leben. Das Schönste war aber die Festnahme eines amtsbekannten Mannes, der vom Devisenbettel bei Ausländern lebt und die geschenkt erhaltenen Devisen verkauft. Dieser „Devisenbettler" hatte in seiner Unterhose versteckt 300 000 österr. Kronen, 150 000 tschech. Kronen, 20 Schweizer Franken, 101 Lire, eine Dollarschatzanweisung und eine Abrechnung über 10 000 verkaufte österr. Kronen.

Kleine Chronik. Aus einer Schiffshütte in Diessen wurden zwei ganze Segel, weißgelb, ein Tau mit Blöcken, Wert 1½ Billionen, gestohlen. — Aus einem Schneiderladen in der Lindwurmstraße wurden 150—200 Meter Tuchstoffe gestohlen. — Festgenommen wurden in der Schleißheimer Straße ein Schuhmacher und ein Maschinist, die mit vollbepacktem Wagen am Morgen stadteinwärts fuhren. Auf dem Wagen waren 4 Zentner Kartoffeln und 4 geschlachtete Schafe, die sie in Hollern bei Freising gestohlen hatten. Die Diebe sind überführt, in Neufahrn mehrere Tage zuvor Hühner, Gänse und Enten gestohlen zu haben, im Gut Marhof bei Schleißheim 21 Hühner und einen Magnet und in Grüneck einen Motor.

Wissenschaftliche Unterrichtskurse für Frauen und Mädchen. Herr Oberstudienrat Dr. N. Urlichs beginnt seine Vorlesung über „Rom und Pompeji" am kommenden Dienstag, den 30. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im großen Saal der Schule Von der Tannstraße 2. Karten sind noch bei der Geschäftsstelle, Rathaus, Zimmer 341/III, erhältlich.

Feldzugsoldatenbund Haidhausen. Sonntag, den 28. Oktober 1923: Beteiligung beim Minenwerfergedenktag. Zusammenkunft: 7 Uhr, Bundeslokal. — Allerheiligen: Trauerserenade im Haidhauser Friedhof. Treffpunkt 1 Uhr Bundeslokal. Samstag, 3. Nov. 23: Monatsversammlung.

Zahlung der Ruhegehaltsgebührnisse. Das Hauptversorgungsamt München teilt mit: Die Zahlung der Ruhegehaltsgebühren für November nach der Meßzahl 63 000 war am 24. Oktober beendet. Am gleichen Tage wurde mit der Nachzahlung für die 3. und 4. Oktoberwoche auf Grund von Listen des Reichspensionsamtes begonnen. Mitten in der Arbeit ist die Nachricht eingetroffen, da ßdie Meßzahl für die 4. Oktoberwoche sich erhöht und für die 3. Oktoberwoche ein Zuschlag von 55% zu zahlen ist. Die Listen waren damit ungültig. Nach Benehmen mit dem Reichspensionsamte wird als Erhöhung für die 3. und 4. Oktoberwoche der 1,8fache Betrag der Novembergebühr gezahlt. Die Zahlung konnte bereits am 25. Oktober aufgenommen werden.

Hinweis. Ein Pg. sucht zur Verwertung einer im vaterländischen Interesse gelegenen Erfindung 500 Goldmark. Näheres siehe im Anzeigenteil dieser Nummer.

Ingenieur-Büro Werle & Wellner. Diese Firma liefert Geldschränke, Luftdruckpumpen für Benzin, Petroleum u. dgl., sowie die Büro-Druckmaschine „Effa Spezial Roller" und kann als rein deutsches Unternehmen allen unsern Lesern bestens empfohlen werden. Vgl. Anzeigenteil dieser Nummer!

Gegen das Streikverbot. Die am 23. Oktober versammelten, im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (D.H.V.), Ortsgruppe München, organisierten Mitglieder der vaterländischen Verbände erblicken in der Streikverordnung des Generalstaatskommissars einen grundsätzlichen Eingriff in ihre Rechte im wirtschaftlichen Kampf um die Sicherstellung ihrer Existenz. Sie begrüßen das nachdrückliche Eintreten des D.H.V. für den sozialen Gedanken und stellen sich einmütig hinter die Forderung: Wer national regieren will, muß in erster Linie sozial regieren!

Diese Forderung ist angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Wochen und im Hinblick auf die vielfach unverständliche Haltung großer Arbeitgeberverbände um so bedeutsamer, als bis heute dem Eingriff in die Rechte der Arbeitnehmerschaft keinerlei Maßnahmen gefolgt sind, welche eine Sicherstellung des Einkommens, bzw. dessen Kaufkraft und damit die Aufrechterhaltung der Lebenshaltung gewährleisten würden. Die versammelten Angehörigen der vaterländischen Verbände sprechen die Erwartung aus, daß die derzeitige bayerische Staatsgewalt in aller Kürze geeignete Schritte unternimmt und erachtet hierfür Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des D.H.V. als geeignete Grundlagen. Allgemein spricht die Versammlung den Wunsch aus, es möge in allen vaterländischen Bewegungen Bayerns immer mehr der soziale Gedanke gepflegt werden, damit aus gegenseitigem Verstehen und gemeinsamer nationaler Opferbereitschaft eine wirkliche, wahre Volksgemeinschaft entsteht.

Schutz des Arbeitnehmers gegen Lohnentwertung. Halbamtlich wird mitgeteilt: Im Sekretariat des Generalkommissariats fanden Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeber statt. Es wurde beraten, wie der Arbeitnehmer gegen die Entwertung geschützt werden könne, die zwischen dem Zahltag und dem für die Berechnung der Löhne maßgebenden Stichtag eintritt. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, anfangs nächster Woche Vorschüsse auf die Löhne zu zahlen, soweit sie Zahlungsmittel flüssig machen können. Des weiteren werden die Arbeitgeber mit größter Beschleunigung die Einführung eines wertbeständigen Geldes beraten. Das hört sich recht schön an, herauskommen wird dabei aber wohl recht wenig.

Die Preisbildung im Einzelhandel

Auf die in Nr. 216 unseres Blattes enthaltene Notiz „Preisanarchie" schreibt uns die darin genannte Firma Otto Schellhorn: „Die von mir mit 300 Millionen angebotene Gardinenstange kostete am 13. Oktober im Einkauf nachweisbar 220 Millionen. Es entspricht dies also einem Aufschlag von 35%, was in Berücksichtigung der heutigen enormen Geschäftsunkosten sicher mäßig zu nennen ist. Wenn nun mein Konkurrent die gleiche Stange, wie angegeben, für 28 Millionen abgegeben hat, so ist dies ein schlagender Beweis dafür, wie heute an dem Bestand des Einzelhändlers Raubbau in unerhörtester Weise getrieben wird. Bedenkt man, daß dieser Geschäftsmann für 8 Stangen, die er verkauft hat, noch — ein — Stück nachkaufen kann, so ist auch gleich das Rätsel gelöst, warum man heute in den meisten Geschäften seinen Bedarf nicht mehr so decken kann, wie es auch im Interesse der Verbraucher gelegen wäre. Unter diesen Umständen muß eben der an und für sich schwer um seine Existenz ringende Einzelhändler zugrunde gehen.

Ich möchte nun an den rechtlich denkenden Verbraucher die Frage richten, ob der Geschäftsmann welcher mit einem Aufschlag von 35% verkauft, ein „Preisanarchist" ist, deshalb, weil ein Konkurrent in Unkenntnis des tatsächlichen Preises seine Ware verschleudert? Gegen den Vorwurf, daß ‚die Geschäfte ihre Preise willkürlich bilden', möchte ich mich ebenfalls, auch im Interesse des gesamten Einzelhandels, verwahren. Es kann wohl ohne weiteres angenommen werden, daß wir Einzelhändler an der derzeitigen Preisgestaltung — hier gehe ich mit Ihrer Bezeichnung ‚Preisanarchie' einig — nicht den geringsten Einfluß haben, sondern lediglich die Preise in Ansatz bringen, die uns von den Lieferanten berechnet werden. Der Einzelhändler ist in diesem Punkte nicht der schiebende, sondern der geschobene Teil. Gerade der Einzelhändler würde es lebhaft begrüßen, wenn die Preisgestaltung wieder normale Formen annehmen würde; denn jetzt ist er in der wenig erfreulichen Lage, den Prellbock zwischen Lieferanten einerseits und Verbraucher anderseits machen zu müssen."

Wir schließen uns dieser Ansicht gerne an, da wir stets die Forderung vertreten haben, daß gegen die Preisdiktatur der Lieferantenkonzerne und Trusts vorgegangen werden muß.

Zu der gleichen Angelegenheit schreibt uns ein Geschäftsmann in Garmisch: „In Nummer 216 bringen Sie im Münchener Teil Ihres Blattes eine Zuschrift, in der sich der Schreiber beklagt, daß ihm für eine Gardinenstange, 1,10 m lang und 8 mm stark (in hohler Ausführung) in einem Geschäfte (Schellhorn) 300 Millionen abverlangt wurden, während er die gleiche Stange in einem anderen Geschäfte (Wepper) für 28 Millionen kaufen konnte. Das war am 13. Oktober. Der Unterschied ist also hier gewaltig. Zur Sache selbst sei gesagt; der Großhandelspreis für eine verzinnte Gardinenstange (die fragliche Stange ist allenfalls verzinnt, weil sonst die Kleider Rostflecken bekommen) stellte sich am 13. Oktober auf rund 0,17 Goldmark = $^1/_6$ Goldmark. Da nun am 13. d. M. die Goldmark mit rund 950 Millionen bewertet wurde, so ergibt sich für 0,17 Goldmark rund 160 Millionen. Die Gardinenstange kostete infolgedessen am Verkaufstage den Verkäufer im Wiedereinkauf rund 160 Millionen. Wenn nun das eine Geschäft (Wepper) die Ware um den sechsten (annähernd) Teil des Wiederbeschaffungspreises selbst verkauft, so ist die logische Folgerung die, daß ein solcher Kaufmann innerhalb kurzer Zeit vor leeren Regalen stehen muß. Der Preis von 300 Millionen ist, wenn auch hoch erscheinend, einschließlich Spesen, Geschäftsunkosten, Geldentwertung und Verdienst als normal anzusehen, wenn die Nachbeschaffung der Ware nicht sofort erfolgen kann. (Lager eines Grossisten oder Werkes muß zu diesem Zwecke am Platze sein und liefern können.)

Wenn ein Kaufmann heute mit Papiermark bezahlt wird, und er muß erst bestellen und kann vor einigen Wochen nicht auf den Eingang der Ware rechnen, so ist es doch auch dem Laien verständlich, daß ein jedes Geschäft heute ein Vermögensverlust ist. Das heutige Geschäft ist nur mehr ein Ausverkauf, um die notwendigen Lebensbedürfnisse beschaffen zu können. Je größer der Vorrat in einem Geschäfte ist, desto länger dauert der Ausverkauf, desto länger kann der Geschäftsinhaber durchhalten. Angenommen, ein Geschäft ist heute noch ein gewinnbringendes, warum beschränken denn die Geschäftsinhaber die Verkaufszeiten auf einige Stunden? Eben deswegen, um möglichst lang mit dem Vorrat an Waren auszureichen und die Lebensbedürfnisse bestreiten zu können.

Ich selbst habe in meinem Geschäfte seit einem halben Jahre nicht das geringste mehr nachbeschaffen können und kann mir annähernd ausrechnen, wie lange es dauert, bis der Boden in meinem Vorrat zu sehen ist. Dies ist dann gleich mit dem Ende. Die proletarische Herrlichkeit kann dann beginnen. Der völkische Kaufmann und Geschäftsinhaber muß aber heute auf dem Standpunkt

In 5 Minuten

sind Sie erlöst von den quälenden Kopfweh- und Neuralgieschmerzen bei Gebrauch von Germosan-Kapseln (gesetzl. geschützt). — Nach vielfachen und ärztlichen Urteilen ein glänzendes Mittel der Gegenwart. Der geradezu frappante Erfolg soll auf der einzigartigen Verbindung ihrer Bestandteile beruhen (Amidophenaz., Phenaz. sal., Chin Coff.), denn eine einzige Kapsel bringt auch in schwierigsten Fällen unbedingt sicheren Erfolg. Machen Sie einen Versuch! — Erhältlich in allen Apotheken.

Opfer des Wahnsinns

16 **von J. A. Rodionoff.**

Der von Natur aus weiche Bogajewsky, der mit dem Unglück seiner Nächsten Mitleid fühlte und noch an das Gute im Menschen glaubte, ließ sich erweichen.

Golubow brach vor ihm in Tränen aus, fiel auf die Knie, raufte sich die Haare und schwor, daß er seine Handlungen bereue, und daß er nur den einen Gedanken, den einen Wunsch habe — dem Don zu dienen und der roten Hydra den Kopf zu zertreten. Und darum bäte er um eins — ihm doch beim Ataman Kaledin Verzeihung zu erwirken und seine Freilassung zu befürworten. Und er, Golubow, der einen riesigen Einfluß auf die Frontkosaken besäße, auf die Regimenter 10, 27 und 44, bei denen er während des Krieges gestanden und in denen die Bolschewisten jetzt besonders eifrig Propaganda trieben, er könnte sie dazu bringen, daß sie auf die Seite des Don träten und das rote Ungeziefer von der Erdoberfläche kehrten.

Der Vorschlag Golubows klang Bogajewsky verlockend.

Um die Zeit war die Kampftüchtigkeit der weißen Truppen am Don vollkommen erwiesen.

Tschernezow träumte davon, nur ein gutes Kosakenregiment in alter Kriegsstärke zur Verfügung zu haben, und von den roten räuberischen Diebsbanden wäre im Dongebiet nichts als die Erinnerung übriggeblieben.

Der scharfsinnige, kluge Kaledin zweifelte an der Aufrichtigkeit der Reue des ungestümen und rebellischen Oberstleutnants, aber er war seinem auserkorenen „Sohn" Mitrophan Bogajewsky aufs innigste zugetan und hielt ihn für fähiger, sich in der verwickelten politischen Lage der damaligen Zeit zurechtzufinden, als er selbst es war.

So folgte Kaledin den Ratschlägen Bogajewskys und Agejews, und unterschrieb den Befehl, der Golubow die Freiheit wiedergab.

Auf diese Weise lieferten die „Johann Chrysostomusse" des Don, den Don dem Untergang aus.

Golubow betrog sowohl Bogajewsky wie Kaledin.

Ohne eine Minute zu verlieren, fuhr er in die Standquartiere der Donschen Reiterregimenter Nr. 10, 27 und 44, gab ihnen auf Kosten der Bolschewisten große Festessen und nachdem er die Kosaken betrunken gemacht hatte, hielt er ihnen in den Versammlungen zündende Reden und forderte sie auf, auf die Seite des „schwerarbeitenden" Kosakentums zu treten und gegen den Kosaken-Ataman und die Regierung vorzugehen, die den „Volksbedrückern" und „Blutaussaugern", den Generälen, Offizieren, Gutsherren, Fabrikbesitzern und Fabrikanten Unterkunft gewährt hatte.

Golubow selbst plante, auch die Bolschewisten zu betrügen.

Er brauchte sie nur dazu, um mit ihrer Hilfe die Macht des Kosaken-Atamans und der Regierung zu stürzen. In seinem betrunkenen Hirn malten sich andere Perspektiven. Er wollte die Zeiten Rasins, Bulawins und Pugatschews wieder aufleben lassen.

Er wollte Macht, Blut, Trinkgelage, Geld und sinnliche Genüsse.

Die Schicksalswage senkte sich auf bolschewistische Seite.

Die Kosaken folgten Golubow.

Indessen hatte der Stern des jungen Feldherrn noch nie so hell geleuchtet wie in diesen letzten Tagen, als schon Verrat herankroch.

Tschernezow entriß am 17. Januar nach einem glänzenden Sieg den Bolschewisten die Staniza Kamensk, am 18. Januar die Station Glubok — beides wichtige strategische Punkte — und in den folgenden Tagen lieferte er den Roten nach einer Reihe gut kombinierter, schnell aufeinanderfolgender Schläge ein entscheidendes Gefecht im Don-Bassin. Der junge Feldherr und seine Jünglinge übertrafen an Heldenmut und Opferwilligkeit sich selbst.

Zu diesen Siegen gratulierte Kaledin Tschernezow telegraphisch und beförderte ihn zum Oberst.

Am 22. Januar fiel Tschernezow mit einem kleinen Häuflein seiner Partisane, mit denen er sich von der Hauptmacht getrennt hatte, den Roten in den Rücken und vernichtete sie endgültig.

Der Weg nach dem Dongebiet war rein. Kein einziger organisierter roter Truppenteil stand ihm mehr gegenüber.

Der Don war am Vorabend seiner Befreiung und in der Richtung nach Woronesch hin von Bolschewisten vollständig gesäubert.

Doch der am Bein verwundete Held wurde mit 34 seiner Kampfgenossen ganz plötzlich und unerwartet von einigen Kosakenschwadronen unter dem Kommando Golubows und eines Unterleutnants Podtelkow — eines blöden, kaum des Lesens und Schreibens kundigen Kosaken — umzingelt.

Die Kosaken hatten ihre Neutralität fallen gelassen, und dies war ihr erstes Auftreten auf seiten der Roten.

Die Hauptabteilung Tschernezows erwartete ihn, gemäß seinem Befehl, am Abend desselben Tages auf einer der Stationen der Bahnstrecke.

Doch weder abends noch nachts kehrte er zurück.

Alle seine Untergebenen waren an die größte Pünktlichkeit ihres Führers gewöhnt.

Das Ausbleiben jeglicher Nachricht versetzte sie in die größte Unruhe.

Erst am Morgen und Mittag des 23. Januar fanden sich einzeln und in Gruppen einige der Partisane, die an der Expedition mit Tschernezow teilgenommen hatten, bei der Hauptabteilung ein.

Sie brachten entsetzliche Nachricht.

Sie erzählten, daß der verwundete Held, als er unerwartet von den rebellischen Kosaken umzingelt worden war und merkte, daß er in eine Falle geraten und es nutzlos wäre, sich noch weiter zu verteidigen, entschlossen erklärt hätte, daß, wenn die Sache schon so weit gediehen sei, daß selbst die Kosaken gegen ihren teuren stillen Don, gegen ihre Väter und ihren selbstgewählten Ataman, also sozusagen gegen sich selbst aufständen, dann lege auch er die Waffen nieder. Die Sache wäre verspielt und der Don durch seine eigenen Söhne vernichtet worden. Die von den Juden geleiteten Bolschewisten würden das Kosakentum von der Erdoberfläche wegfegen. Kosakenblut vergießen wolle er nicht, es wäre auch nutzlos und ginge gegen sein Gewissen.

Es begannen Verhandlungen, deren Resultat war, daß Tschernezow sich mit all den Leuten, die sich bei ihm befanden, ohne Widerstand den Kosaken ergab, unter der Bedingung, daß ihm vollständige Unantastbarkeit der Gefangenen zugesichert wurde.

An Ort und Stelle wurde auf einem Papierfetzen mit Bleistift der Vertrag aufgesetzt und von beiden Seiten durch Unterschrift bestätigt und dem Kosaken-Ataman zugeschickt.

Da der verwundete Tschernezow nicht gehen konnte, wurde er auf ein Pferd gesetzt und ritt allen voran neben dem riesigen Podtelkow.

Zwischen den beiden hatte dann ein kurzes Gespräch stattgefunden.

Der unbewaffnete Tschernezow schlug plötzlich dem Podtelkow mit der Faust ins Gesicht, rief seinen Partisanen zu: „Verrat! Rette sich, wer kann!" und gab seinem Gaul die Sporen.

Es dämmerte schon.

Die Partisane rannten auseinander. Allem Anschein nach hatten die immer noch schwankenden und noch nicht ganz vertierten Kosaken ihnen Gelegenheit gegeben, sich zu retten.

Einige der Partisane erzählten, daß es auch Tschernezow gelungen war, davonzugaloppieren und sich zu verbergen, doch Woloschinow und Pawlow behaupteten das Gegenteil.

„Ich sah," erzählte Woloschinow den sich im Kreise um ihn herumdrängenden Offizieren und Partisanen, „wie der Oberst angaloppierte. Nach seinem Schrei: ‚Verrat! Rette sich, wer kann!' rannte ich los und nach rechts herunter, denn ich hatte schon vorher dort eine Schlucht gesehen. Dachte, so zu entwischen. Kenne die Kosaken. Selbst hätten sie uns nicht angerührt, aber vielleicht den Roten ausgeliefert. Na, und dann war's Essig. Der Oberst saß auf einem gewöhnlichen Kosakenpferd, es war ganz munter, aber klein. Wahrscheinlich hatten sie ihm absichtlich so eins gegeben, damit er nicht ausreißen konnte. Podtelkow aber saß auf einem prächtigen braunen Halbblüter ... Er zog den Säbel und setzte mit einem fürchterlichen Fluch dem Oberst nach. Der Oberst hatte sich ganz vornübergelegt, bis auf die Mähne von seinem Gaul, und sah über die Schulter zurück. Das steht mir noch deutlich vor Augen, sie waren ja höchstens sieben bis acht Schritt vor mir. Mir stand das Herz still. Ich wollt' mich auf Podtelkow stürzen, aber was konnt' ich zu Fuß ausrichten?! Hätt' ich nur das Gewehr in Händen gehabt, ich hätt' ihn schon vom Pferd heruntergeholt. Was mir dann geschehen wäre, ist 'ne andere Sache ... Darauf holte Podtelkow den Oberst schnell ein und hieb ihm eins mit dem Säbel runter. Ich sah, wie der Oberst kopfüber stürzte, sein Gaul galoppierte weiter, und ich hörte, wie die Kosaken, die an mir vorbeijagten, brüllten: ‚Feiner Hieb! Der ist tot und muckst nicht mehr!'"

„Vielleicht ist er zu unserem Glück doch noch leben geblieben? ..." bemerkte im halben Frageton Hauptmann Kalmykow.

Schon immer brünett, mit pechschwarzen Haaren und östlichem Typus, sah er jetzt ganz dunkel aus. Er zupfte an seinen Fingern, kaute seinen schwarzen Schnurrbart und blickte dabei unruhig forschend dem Erzähler ins Gesicht, als wollte er ihm wenigstens ein Hoffnung lassendes Wort entlocken.

„Ich weiß nicht. Gott geb's. Nur ich glaube kaum ..."

„Aber wie habt ihr euch denn alle gerettet?" fragte Leutnant Kluschin.

„Es war da ein fürchterliches Kuddelmuddel", fuhr Woloschinow in seiner Erzählung fort. „Die Kosaken jagten alle in einem Haufen, sie wollten uns wohl rauslassen. Haben sie doch keinen angerührt, hätten uns dabei wie Kohlköpfe kleinhacken können. Nu, dachte ich, aus, verloren. ‚Walja,' hör' ich da plötzlich am Ohr eine Stimme, ‚bist du's wahrhaftig?' Ich seh' mich um, ein Kosak biegt sich vom Pferd dicht bis an mein Gesicht und frißt mich fast mit den Augen. Das Gesicht kommt mir bekannt vor. ‚Wer sind Sie?' frag' ich. ‚Na, kick man, kennst mich nich? Von deinem Dorf, Gurows Fried. Nu aber, unsere Gärten liegen doch nebeneinander.' Ich seh' ihn an — ja, wirklich, einer von unseren Zimlanskern, und um uns 'rum ein ganzer Haufe Kosaken, und alle reißen die Augen auf. Gurow bückt sich noch tiefer, als ob er an seinem Sattelzeug was in Ordnung bringen muß, und flüstert mir zu: ‚Lauf' schnell, solang' noch Zeit is, wenn die zur Besinnung kommen — dann is es vorbei. Denn gibt's noch en Unglück ...' Und selbst tut er so, als ob er am Bügel etwas schnallt und winkt mir mit dem Kopf zu, nach rechts, und verdeckt mich mit dem Pferd und drängt mich abseits und abseits, bis er mich aus dem Haufen rausgestupst hatte. ‚Nu lauf, un kick dich nich um.' ‚Ja, warum bist du denn mit denen?' fuhr mir die Frage heraus. Er zuckte hoffnungslos mit den Schultern. ‚Das is nu mal schon so. Wir haben jetzt auf den Vasammlungen beschlossen, daß wir jeien dem Ataman un alle Affziere uns kehren wollen und jeien alle Herrens. Die haben uns dotgeschrien. Ganz den Kopp verdreht. Wir verstehen nuscht nich. Nu lauf man, lauf man fix ...' und ich lief ..."

„Sie hat ein Kosak gerettet ... Vielleicht findet sich, Gott geb's, auch eine gute Seele, die unseren Oberst rettet ...", sagte mit unterdrücktem Seufzer der gespannt der Erzählung Woloschinows lauschende Kalmykow.

„Was muß das schon für ein Hieb sein, der einen Menschen gleich ganz tot schlägt?!" entfuhr es Kluschin.

Niemand von den Partisanen wollte so recht an den Tod ihres Helden glauben, und jeder drehte im Geiste alle möglichen glücklichen Zufallsmöglichkeiten herum, durch die ihr Führer gerettet worden sein könnte.

Am anderen Tage kreiste das Gerücht, Tschernezow lebt, er hält sich auf einem Gehöft in der Steppe versteckt, kuriert seine Wunden aus und wird bald von neuem bei seiner Schar erscheinen.

Alle wollten daran glauben und warteten in Sorge und Unruhe tagelang auf sein Erscheinen. — Doch vergeblich.

(Fortsetzung folgt.)

stehen, dem wirtschaftlich Schwachen durch entgegenkommende Preise und Zahlungsweise das Durchhalten zu erleichtern. Entweder wir schließen den Ring zu einer Not- und Volksgemeinschaft und kommen als Nation wieder hoch, oder wir jagen nur dem Materialismus nach, dann sind wir dem völkischen Untergange überantwortet und reif dazu.“

Gerichtssaal

Die Schlacht in Neuhausen.

Im Laufe des Freitags wurde die endlose Beweiserhebung, die aber insofern ihr Gutes hatte, als sie die angeklagten Nationalsozialisten immer mehr entlastete, abgeschlossen. Einen besonderen Punkt bildete noch die Feststellung, wer eigentlich mit der Schießerei nach dem Rückzug der Nationalsozialisten von der Gastwirtschaft „Zur Volkshalle“ begonnen hat. Der Verdacht richtete sich von Anfang an gegen den Marxisten Steer, der sich unter den Leuten befand, die von der Wirtschaft „Zur Baugenossenschaft“ in der Donnersbergerstraße kamen, um den bedroht geglaubten Genossen Hilfe zu bringen, in Wirklichkeit aber, um sich an der nächtlichen Hetze und Gaudi zu beteiligen und allenfalls an unbewaffneten Nationalsozialisten ihr Mütchen zu kühlen.

In den Plaidoyers hatte Staatsanwalt Hägele Strafen von 6 Wochen Gefängnis bis herab zu 5 Tagen Haft für die Angeklagten beantragt. Die Verteidiger, R.A. Saenger für die Marxisten, R.A. Rober für die Nationalsozialisten, beantragten Freisprechung, für den unerlaubten Waffenbesitz die geringsten Geldstrafen.

Das Schöffengericht verurteilte die Marxisten Weinzierl wegen gefährlicher Körperverletzung und verbotenen Waffentragens zu 2 Tagen Gefängnis und 3 Tagen Haft, Steer wegen verbotenen Waffenbesitzes, verbotenen Schießens und verbotener Waffenführung zu 14 Tagen Gefängnis, 4 Wochen und 1 Tag Haft, Etterer wegen einfacher Körperverletzung und verbotenen Waffenbesitzes zu 3 Tagen Gefängnis und 3 Milliarden Geldstrafe, Eschbaumer wegen verbotenen Waffenbesitzes zu 3 Tagen Haft, Gillitzer wegen des gleichen Reates zu 3 Milliarden Mark Geldstrafe, Bertl zu 1 Tag Haft. Die Strafen der beiden Erstgenannten sind durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Von den Nationalsozialisten erhielten Rubelt wegen versuchter Nötigung und verbotenen Waffentragens 3 Tage Gefängnis, Rucher und Liebermann wegen verbotener Waffenführung je 5 Milliarden Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten, zwei Marxisten und drei Nationalsozialisten, wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung hob das Gericht ausdrücklich den mehr persönlichen als politischen Charakter der Keilerei unter den jungen Leuten hervor. Die Anklage ist durch die Beweiserhebung als zutreffend erkannt worden. **Weinzierl hat am 26. April mit den „Genossen“ die Niederlage vom Vortage rächen wollen. Auch die Schießerei ging von marxistischer Seite aus,** und zwar von Steer, dem Manne **mit dem rotschwarzen Spenzer, der als erster unter die Menge schoß.**

So endete die Neuhauser Schlacht im Gerichtssaal. **Eine Riesenblamage für die „Genossen“** und den Arizona Kicker vom Altheimereck, eine Rechtfertigung des Abwehrverhaltens der Nationalsozialisten!

Getreidezurückhaltung

Bei dem Landwirt Korbinian Stadler in Tal, Gemeinde Schiltern bei Dorfen, wurden bei einer Kontrolle durch einen Beamten der Landeswucherabwehrstelle zu Anfang September große Getreidemengen, aus der Ernte 1922 und teilweise noch aus jener von 1921 stammend, vorgefunden, die zwecks Erzielung eines höheren Preises bei späterem Verkauf zurückgehalten wurden. Von dem Vorrat wurden 145 Zentner Roggen, etwa 40 Ztr. Weizen, 37 Zentner Hafer und etwa 16 Ztr. Roggen beschlagnahmt. Stadler hatte sich nun wegen Warenzurückhaltung vor dem Wuchergericht München zu verantworten. Der Angeklagte, der in sehr guten Vermögensverhältnissen lebt — er besitzt ein schuldenfreies Anwesen mit 74 Tagwerk Grund, 30 Stück Vieh, 6 Ochsen und eine Anzahl Schweine —, stellte sich in der Verhandlung so, als ob ihn die ganze Sache nichts angehe. Er erklärte, er habe den ganzen Betrieb seinem erwachsenen Sohn überlassen, er mußte aber zugeben, daß er der Besitzer des Hofes ist und diesen nicht etwa seinem Sohne übergeben hat. Weiter wurde festgestellt, daß er erst an einen Verkauf des Getreides dachte, als er von einem entlassenen Knecht eine Anzeige befürchtete. Beim Verkauf des beschlagnahmten Getreides stellte sich die, angesichts unserer traurigen Ernährungsverhältnisse bedauerliche Tatsache heraus, daß ein großer Teil desselben bereits für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden war.

Der Staatsanwalt geißelte mit scharfen Worten die Handlungsweise des Angeklagten und führte aus, während in der Großstadt der Hunger immer mehr umgehe und die bitterste Not aus den verhärmten Gesichtern heraus- Aus reiner Gewinnsucht wollen noch immer Leute, die für die bittere Not und für die Pflichten der Gegenwart kein Verständnis haben. Aus reiner Gewinnsucht wollten noch immer viele nichts von der Abgabe des Entbehrlichsten wissen. Zu diesen Leuten gehöre auch der Angeklagte, der auf seinen aufgespeicherten Getreidemengen gesessen sei, bis der Wucherbeamte erschien. Gegen solche Leute müsse im Interesse der Allgemeinheit mit aller Schärfe vorgegangen werden. Er beantrage deshalb gegen ihn eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten, 100 Milliarden Geldstrafe und Einziehung des Erlöses aus dem beschlagnahmten Getreide. — Das Urteil lautete wegen vorsätzlicher Warenzurückhaltung auf 6 Monate Gefängnis, 500 Milliarden Mark Geldstrafe, evtl. weitere 50 Tage Gefängnis, Einziehung des Erlöses aus dem beschlagnahmten Getreide.

Beginn der Schwurgerichtssitzungen. Am kommenden Montag beginnen unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Singer die Sitzungen des Schwurgerichts, und zwar sind folgende Fälle angesetzt: Montag, 29. Okt., vorm. 9 Uhr: Richard Freilinger, Kaufmann in München, wegen Urkundenfälschung; nachm. 4 Uhr: Kath. Seibl, Zimmervermieterin in München, wegen Lohnabtreibung. — Dienstag, 30. Okt., vorm. 8½ Uhr: Joh. Hoiß, Taglöhner in München, wegen Körperverletzung mit Todesfolge. — Mittwoch, 31. Okt., vorm. 8½ Uhr: Peter Draseeg, Zimmermaler in Görz, wegen Münzverbrechens; nachm. 8½ Uhr: Friedrich Hugl, Hilfsarbeiter in München, wegen Körperverletzung mit Todesfolge. — Freitag, 2. Nov., vorm. 9 Uhr: Johann Andreas Ruttmann, Eisenbahnassistent in München, wegen Urkundenfälschung u. a.; nachm. 4 Uhr: Franziska Mayer, Fabrikarbeiterin in München, wegen Lohnabtreibung. — Samstag, 3. Nov., vorm. 8½ Uhr: Max Scheßl, Postsekretär in Wasserburg, wegen Amtsunterschlagung. — Montag, 5. Nov., vorm. 9 Uhr: Korbinian Bäcker, Installateur in Altjoch, Johann Kirchberger, Säger in Tölz, Johann Siegert, Zimmermann in Tölz, Karl Sachs, Hilfsarbeiter in Donawitz, Gregor Vogl, Hilfsarbeiter in Altjoch, Joseph Fuchs, Hilfsarbeiter in Seehof, Johann Dürr, Maurer in Urfeld, wegen Körperverletzung mit Todesfolge u. a. — Dienstag, 6. Nov., vorm. 8½ Uhr: Konrad Riggl, Gastwirt in München, wegen Meineids; nachm. 4 Uhr: Adam Endres, Dienstknecht in Spielhof, wegen Meineids. — Mittwoch, 7. Nov., vorm. 8½ Uhr: Paul Böttcher, Zeichner in München, Friedrich Böttcher, Buchbinder in München, wegen Münzverbrechens.; vorm. 11 Uhr: Johann Zanner, Maschinenschlosser in München, wegen Lohnabtreibung; nachm. 4½ Uhr: Klara Görlitz, Damenschneiderin in München, wegen Lohnabtreibung. — Donnerstag, 8. Nov., vorm. 8½ Uhr: Martin Baudach, Praktikant in München, wegen Urkundenfälschung u. a. — Freitag, 9. Nov., vorm. 8½ Uhr: Lina Rothbauer, Zimmermädchen in München, Joseph Wipper, Eisenbahnarbeiter in Rumertsham, wegen Meineids.

Gottesdienste

Sonntag, 28. Oktober.
Donnerstag, 1. November (Allerheiligen).
Freitag, 2. November (Allerseelen).

Katholische Kirchen.

Frauenkirche: ½6 Uhr hl. Messen, ½9 Uhr Predigt, 9 Uhr Hochamt, 10 Uhr Schulgottesdienst, 11 Uhr hl. Messe mit Vortrag und Volksgesang, 3 Uhr Oktober-Rosenkranz. — Mittwoch 3 Uhr Pont.-Vesper, dann Chorgebet. — Donnerstag ½6—12 Uhr hl. Messen, ½9 Uhr Predigt, 9 Uhr Pont.-Amt, 11 Uhr hl. Messe mit Vortrag und Volksges., 2 Uhr Vesper, Proz. und Totenvigil, 4 Uhr Rosenkranz. — Freitag 9 Uhr Requiem, Libera und Proz., 10 Uhr Requiem für die Wohltäter des städt. Armenfonds. — **Allerheiligenkirche** (Gottesdienst der Schola Gregoriana): ½9 Uhr Terz, kurze liturg. Predigt, Hochamt, 10 Uhr hl. Messe. — **Theatinerkirche:** 6, ½7, 7, ½8, 8 und ½9 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Predigt, ¾10 Uhr hl. Messe, 10 Uhr Amt, 11 Uhr hl. Messe, 4 Uhr Rosenkranz. — **St.-Michaelskirche:** 3.50, ½6, ½7 und 7 Uhr hl. Messen, ½8 Uhr Gen.-Kommunion des weibl. Jugendvereins München, 9 Uhr Militärgottesdienst der Pioniere (kein Amt), 10¼ Uhr hl. Messe, ½12 Uhr letzte hl. Messe mit Anspr., abends 7 Uhr Predigt mit Segen. — Donnerstag 3.50, ½6, 6, ½7 7 und 8 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Amt und Predigt, 10¼ Uhr hl. Messe, ½12 Uhr letzte hl. Messe mit Anspr. — Freitag 8 Uhr Requiem. — **St.-Peterskirche:** 5—8 Uhr halbstündl. hl. Messen, 6 Uhr Frühlehre, ½9 Uhr Predigt, 9 Uhr lev. Amt und hl. Messe, 10 Uhr Schulgottesdienst, 11 Uhr hl. Messe mit Predigt, ½12 und 12 Uhr hl. Messen, 3 Uhr Sühn.-Bruderschaft mit Pred., 6 Uhr Rosenkranz. — Donnerstag 2 Uhr Totenoffizium mit Libera und Proz., 6 Uhr Allerseelenandacht mit Predigt. — Freitag 5—½12 Uhr hl. Messen, 8 Uhr Proz. und Requiem des kath. Begräbnisv., ½5 Uhr Rosenkranz. — Samstag 9 Uhr Requiem. — **Heiliggeistkirche:** Haupt- und Titularfest der Wallfahrer-Bruderschaft, 6—9 Uhr hl. Messen, 7 Uhr Kinderkomm. mit Vortrag und hl. Messe, ½10 Uhr Predigt, 10 Uhr Hochamt, 11¼ Uhr hl. Messe, 3 Uhr Andacht, ½6 Uhr Rosenkranz. — Donnerstag Ewige Anbet., 6 Uhr Ausf., hl. Messe mit Allerh.-Litanei, ½7—9 Uhr hl. Messen, 8 Uhr gef. hl. Messe d. leb. Ros., ½10 Uhr Pred., 10 Uhr Hochamt, 11¼ Uhr Schulmesse, 12, 1, 2 und 3 Uhr Betstunden, 4 Uhr Betstunde d. Wallf.-Brudersch., 5 Uhr Predigt, Abendandacht, gef. Litanei, Proz., Tedeum und Einsetzung. — Freitag, Samstag und Sonntag Triduum für die armen Seelen. — **Herzogspitalkirche:** 6—11 Uhr hl. Messen, 8 Uhr Amt, 5 Uhr Rosenkranz. — Donnerstag wie Sonntag — **Damenstiftkirche:** 7 Uhr hl. Messe, 8 Uhr Amt des Marian. Musikbündnisses, 9 Uhr Studiengottesd. der Kreisoberrealschule III. — **Dreifaltigkeitskirche:** 7 Uhr hl. Messe, 8 Uhr Amt zu Ehren des hl. Judas Thadd., 9 Uhr Schulgottesd., 10¼ Uhr Pred., ½11 Uhr gef. hl. Messe, ½6 Uhr Theresienpredigt mit Andacht, 7 Uhr Andacht. — **St. Elisabethenkirche:** 9 Uhr hl. Messe. — **St.-Johann-Nepomukkirche:** ½6 Uhr hl. Messe, 6 Uhr Frühlehre, ½7, ½9 und 10 Uhr hl. Messen, ½7 Uhr Andacht. — **St. Ludwigskirche:** ½6—¾9 Uhr hl. Messen, 6 Uhr Frühlehre mit hl. Messe, ¾8 Uhr Monatskomm. der Kinder, ¾9 Uhr Schulgottesd., ½10 Uhr Pfarrgottesd. mit Predigt und Amt, ½12 Uhr letzte hl. Messe, 3 Uhr Bruderschaftsandacht mit Proz., ½7 Uhr Volkskatechese, 7 Uhr Abendandacht. — Donnerstag ½6 bis ¾9 hl. Messen, ½8 Uhr Quartalskomm. des kath. Arbeitervereins St. Ludwig, ¾9 Uhr Schulgottesd., ½10 Uhr Pfarrgottesdienst mit Predigt und Amt, ½12 Uhr letzte hl. Messe, 3 Uhr Totenoffizium mit Libera, 7 Uhr Allerseelen-Rosenkranz. — Freitag ab 5 Uhr hl. Messen, 8 Uhr Requiem für die Volksschulen, 9 Uhr Pfarr-Requiem mit Libera, ½7 Uhr Allerseelen-Rosenkranz. — **St. Bonifatiuskirche:** 5—9 Uhr hl. Messen, 7 Uhr Frühlehre mit Monatskomm. der weibl. Organisationen, 9 Uhr Schulmesse, ½10 Uhr Predigt, 10 Uhr Pfarramt mit Beimesse, 11 Uhr gef. hl. Messe mit Vortrag, 3 Uhr Konvent der Marian. Kongr. — Donnerstag 5—9 Uhr hl. Messen, 9 Uhr Schulmesse, ½10 Uhr Pred., 10 Uhr Pont.-Amt mit Beimesse, 11 Uhr stille hl. Messe, 3 Uhr Toten-Matutin, 5 Uhr Rosenkranz, 7 Uhr Müttervereinsandacht. — Freitag 9 Uhr Requiem für die Verstorbenen der Pfarrei, ½5 Uhr Rosenkranz. — **Fronleichnamskapelle:** Das Allerh. ist täglich von morgens 6 [illegible]

Altkatholische Kirche.

(Pfarramt: Kanalstr. 31, Ruf: 23 453.)
(Wochendienst: Pfarrer Gatzenmeier.)

[illegible]

Protestantische Kirchen.

[illegible]

Bestattungen

am 28. Oktober.

[illegible]

Am 29 Oktober.

[illegible]

Bayern

Wer verhandelt in Bayern?

In Berlin wird hartnäckig immer wieder behauptet, daß man mit Bayern verhandle; man spricht sogar von einem Handschreiben Eberts, wogegen der Generalstaatskommissar entschieden erklärt, daß er nicht daran denke, mit der gegenwärtigen Regierung zu verhandeln. Da man unmöglich annehmen kann, daß die Reichsregierung oder Dr. von Kahr mit der Wahrheit nicht gerade besonders respektvoll umspringen — **Gott bewahre uns vor** solchem Zweifel an unseren Staatsautoritäten —, —, so bleibt nichts anderes übrig, als die Annahme, daß Berlin zwar mit München verhandelt, aber mit einer anderen Stelle als mit Dr. von Kahr. Es ist ja schließlich kein Geheimnis, daß unser Generalstaatskommissar nicht allein regiert, sondern daß auch noch die bayerische Staatsregierung und daneben der Landtag, wenn auch hinter den Kulissen, mitregieren.

Der Verdacht drängt sich daher von selbst auf, daß da wieder einmal sich dunkle Kräfte regen, um den Anlauf, den jetzt Bayern in seinem Kampfe mit dem Marxismus nimmt, zu sabotieren, wie dies schon in der Frage der Einwohnerwehren und beim Sturze Kahrs als Ministerpräsident geschehen ist.

Wir fordern daher im Namen des bayerischen Volkes restlose Aufklärung darüber, was es mit den Berliner Meldungen von Verhandlungen mit Bayern für eine Bewandtnis hat und mit welcher bayerischen Stelle eigentlich verhandelt wird.

Keine Verhandlungen

Gegenüber neuesten Berliner Nachrichten über angebliche Verhandlungen zwischen der bayerischen und der Reichsregierung im Falle Lossow wird bayerischerseits erneut erklärt, daß bisher irgendwelche sachlichen Verhandlungen über Lösung der Meinungsverschiedenheiten im Falle Lossow nicht gepflogen worden sind. — Unerschütterlich fest bleiben. Bayern muß in Berlin den Frieden diktieren, nachdem es den Marxismus aus ganz Deutschland ausgetilgt hat.

Der Scheintote meldet sich

Der Landtagsabgeordnete Dr. Müller (Demokrat) hat dem Landtag einen Antrag vorgelegt, wonach unverzüglich die sämtlichen allgemeinen Verfügungen und Verordnungen des Generalstaatskommissariates dem Landtag mitzuteilen sind. — Die Redebedürfnisanstalt in der Prannerstraße soll gefälligst den Mund halten. Sie hat nichts mehr zu sagen, sondern nur schweigend ihre Auflösung zu erwarten. — Ferner wurden im Bayerischen Landtage von Abgeordneten der Bayer. Volkspartei mehrere Anfragen eingereicht, die sich gegen ungerechtfertigte Preisberechnungen richten. — Die Diätenschlucker sollen doch endlich einmal aufhören, so zu tun, als ob sie etwas täten. Sie haben sich in ihrer absoluten Unfähigkeit lange genug blamiert.

Die Ostjudenausweisungen

Wie wir in unserer vorgestrigen Ausgabe mitteilten, geht man nun in Bayern erfreulicherweise an die Ausweisung der Ostjuden, aber man umgibt sich dabei mit einer Geheimnistuerei, für die wir absolut kein Verständnis haben. Mit der bloßen Ausweisung ist es nicht getan, Hand in Hand damit muß auch die Vermögensbeschlagnahme erfolgen.

Dann möchten wir unsere Polizeibehörden darauf aufmerksam machen, daß zur Nachtzeit seit etlichen Tagen zahlreiche Kraftwagen beobachtet werden, die aus München kommen. Wäre es nicht angezeigt, die Straßen zu besetzen, alle Kraftwagen anzuhalten und genau zu durchsuchen?

Von einem Berichterstatter wird uns dazu noch gemeldet: In den letzten Tagen ist allgemein bekannt geworden, daß aus München eine Anzahl Ostjuden ausgewiesen wurden. Wie wir dazu erfahren, handelt es sich um solche, die seinerzeit mittellos nach München kamen und sich durch Schiebergeschäfte, Spekulationen, Devisenhandel, unlauteres Geschäftsgebaren wie Warenzurückhaltung große Vermögen erwarben, hochelegante Wohnungen und Autos besitzen, also um ausgesprochene Volksschädlinge. Unter den Ausgewiesenen befinden sich auch zum Teil solche, die schon jahrelang in München leben. Dieses Verfahren soll in ganz Bayern mit aller Strenge durchgeführt werden. Infolge dieser Ausweisungen dürften Anfang November eine Anzahl Wohnungen frei werden. Namen werden vorerst nicht genannt.

Schweigen ist Gold

Die Altheimereckerin druckte einen Teil der Rede des Reichskanzlers in Hagen i. W. ab, ließ aber just aus dem Teil, den sie zu veröffentlichen für gut befand, folgende Stelle aus:

Vor kurzem hat der französische Ministerpräsident nochmals gesprochen von dem Überfall Deutschlands. Darin liegt nur die Wiederholung eines alten Vorwurfs. Ich weise diese Kriegsschuldlüge mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland hat sich bereit erklärt, vor einem internationalen Gerichtshof die Frage prüfen zu lassen. Wer ein gutes Gewissen hat, der tue das gleiche.

Warum wohl? Weil die Marxisten seit fünf Jahren mit zähester Energie bestrebt sind, jegliches Aufrollen der Kriegsschuldfrage zu verhindern. Wissen sie doch sehr genau, daß in dem Augenblick, wo das deutsche Volk erkennt, welch ungeheuerlichem Betruge es mit der Vorspiegelung, daß Deutschland schuld am Weltkriege sei, zum Opfer fiel, der ganze Marxismus zusammenbricht.

Erklärung

Fürst Karl Wrede hat der Redaktion des „Miesbacher Anzeigers“ folgende Berichtigung übersandt:

Im Hinblick auf Ihre Notiz „Wrede“ in Ihrer Nummer 240 vom 17. 10. 23, Seite 1, ersuche ich Sie unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme einer Berichtigung in Ihrem Blatt dahingehend, „daß in meinen Adern weder jüdisches Blut fließt, noch meine Mutter eine Jüdin ist. Sowohl väterlicher als mütterlicher Seite ist mein Geschlecht rein arischer Abstammung.“

Der gescheiterte Pfalzverrat

Scheinbar erledigt

Speyer, 26. Oktober.

Die neue Erklärung des Generals de Metz:

Bei der auf heute angesetzten Besprechung einiger Vertreter des politischen u. Wirtschaftslebens der Pfalz mit dem französischen Kreisdelegierten, General de Metz, erklärte dieser, daß, nachdem die Verhandlungen in der Pfalz ergebnislos verlaufen seien, **die Sache für ihn erledigt** und der Zustand wie er am vergangenen Montag bestand, wiederhergestellt sei.

Im Anschluß an diese Aussprache fand eine Erörterung der Frage des wertbeständigen Zahlungsmittels statt. Es wurde von französischer Seite verlangt, daß die Industrie und die Landwirtschaft die Sicherheit für ein solches übernehmen. Von seiten der Industrie wurde die Übernahme einer Bürgschaft abgelehnt, von seiten der Landwirtschaft lag eine Erklärung vor, unterzeichnet von vier Vertretern der Freien Bauernschaft, daß sie auf der Schaffung eines wertbeständigen Geldes bestehe und ihre Erzeugnisse nur noch gegen wertbeständiges Geld abgeben wolle.

Gerüchte von einem Putsch in Speyer sind **vorläufig** unbegründet. In Speyer ist zur Zeit alles ruhig.

De Metz über den marxistischen Hochverrat

Speyer, 26. Okt.

Zu der heute nachmittag abgehaltenen Besprechung der Vertreter des politischen und Wirtschaftslebens der Pfalz teilt man weiter mit, daß der Kreisdelegierte, General **de Metz,** zunächst feststellte, daß der vor einigen Tagen unterbreitete Vorschlag **von den Sozialdemokraten Kleefort, Wagner und Hoffmann ausgegangen sei.** Diese hätten ihm soeben mitgeteilt, daß sie ihren Beschluß nicht weiter verfolgen wollen. Der General fragte die Anwesenden, ob jemand einen Vorschlag für die Bildung der provisorischen Regierung machen wolle. Als sich niemand äußerte, fuhr er fort:

Ich erkläre feierlich, daß ich persönlich nichts machen werde, was im Widerspruch zum Versailler Vertrag steht (Echt welsche Heuchelei.), und daß ich seit fünf Jahren den Standpunkt vertreten habe, nicht in die Politik einzugreifen. Der Präsident der Pfälzischen Kreisbauernkammer, Steits, erklärte darauf, mit der Besatzungsbehörde in voller Loyalität zusammenarbeiten zu wollen, aber einer autonomen Republik nicht zustimmen zu können.

In der weiteren Aussprache wurde die Frage eines wertbeständigen Zahlungsmittels behandelt. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden. Zum Schlusse betonte der Kreisdelegierte, daß er jede Verantwortung für die infolge der wirtschaftlichen und politischen Lage entstandenen Verhältnisse für die Zukunft ablehnen müsse. Die Besprechung war hauptsächlich von Vertretern der Landwirtschaft besucht. Die Herren Kleefort, Wagner und Hoffmann waren nicht anwesend.

tu. Speyer, 27. Okt. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg.“ von unterrichteter Seite erfährt, sei in Speyer eine große Anzahl bewaffneter Separatisten eingetroffen. Die maßgebenden bayerischen Stellen haben auf Grund der französischen Waffenvorschriften dem General de Metz davon offiziell Kenntnis gegeben. In den Abendstunden versuchten die Separatisten, sich der öffentlichen Gebäude in den größeren Städten zu bemächtigen. Die pfälzischen Behörden setzten den Separatisten Widerstand entgegen.

Marxistische Heuchelei

Ludwigshafen, 26. Oktober.

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei der Pfalz hat heute folgende Erklärung beschlossen:

Der Verfassungsbruch der bayerischen Kahr-Regierung hat in den freiheitlichen Kreisen der Pfalz große Empörung ausgelöst. Alle Warnungen wurden zuletzt noch von der Regierung Knilling in den Wind geschlagen. Zugleich kamen aus allen Teilen des besetzten Gebietes alarmierende Nachrichten über die letzten Zurüstungen der Sonderbündler.

Als Protest gegen den bayerischen Verfassungsbruch und zum Schutz gegen die drohende Separatistengefahr kam die Leitung der pfälzischen sozialdemokratischen Partei zu dem Entschluß, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Verbande des Deutschen Reiches zu bilden.

Diesen Standpunkt hat die pfälzische Sozialdemokratie in keinem Stadium der Verhandlungen verlassen. Nachdem die Absicht der pfälzischen Sozialdemokratie in verschiedenen Kreisen der Pfalz erheblichen Widerstand gefunden hat, und nachdem die Reichsregierung eine Abtrennung der Pfalz von Bayern unter Verbleib des Landes beim Reichsverband nicht anerkennen werde, für die sozialdemokratische Partei der Pfalz aber grundsätzlich eine Aktion der Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Deutschen Reiches nicht in Frage kommt, sehen wir von der Durchführung unseres Vorhabens ab.

Wir wollen durch unsere Aktion die durch die Separatisten drohende Gefahr der Abtrennung der Pfalz von dem Reiche vermeiden. Nachdem man unsere Aktion verkannt und uns unlautere Motive unterschoben hat, müssen wir die Verantwortung für die kommenden Geschehnisse den anderen Parteien überlassen.

Diese Erklärung ist für die ganze nationale Charakterlosigkeit des roten Hochverräterpacks so bezeichnend, daß wir uns jede Bemerkung dazu ersparen möchten.

Bayerische Rundschau

Kempten. (Überall Bargeldmangel.) Gestern Donnerstag, abend fand im Rathaus eine Besprechung der Banken, der Arbeitgeber- und -nehmer statt, um die Maßnahmen zu besprechen, die zur Beseitigung der Bargeldnot notwendig und möglich sind. Ausdrücklich wurde dabei festgestellt, daß die Bargeldnot keine spezifisch bayerische Erscheinung ist, sondern daß die Reichsbank den Bedarf an Bargeldmitteln nicht decken kann. Es wurde beschlossen, daß die Stadt Kempten sofort Schecks ausgibt in Stücken von 10 Milliarden, und daß weiter die Stadt in einigen Tagen Notgeld herausgibt in Stücken zu je 20 Milliarden bis zum Höchstbetrage von 1000 Billionen Mark.

Deggendorf. (Haberfeldtreiben.) Aus der Schöllnacher Gegend weiß der „Donaubote“ zu berichten, daß in Reichenbach eine Rotte von Burschen, die mit Revolvern und Armeepistolen bewaffnet waren, ohne jeden begründeten Anlaß ein Haberfeldtreiben veranstalteten, wobei Dutzende von Fensterscheiben eingeworfen und zerschossen wurden. Im übrigen sind in dieser Gegend Einbrüche und Diebstähle an der Tagesordnung.

Augsburg. (Die Gefährdung der Brotversorgung.) In einer Versammlung des Augsburger Bäckergewerbes wurde erklärt, daß eine außerordentliche Gefährdung der Brotversorgung eingetreten sei, da viele Bäcker nicht mehr imstande seien, Mehl einzukaufen. Verschiedene Bäckereibetriebe stehen vor der Gefahr, ihre Betriebe einstellen zu müssen; andererseits seien bei einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit sehr viele Familien nicht mehr in der Lage Brot einzukaufen. Schon jetzt seien erschütternde Szenen in den Bäckerläden zu erleben. Der städtische Ernährungsreferent teilte mit, daß am Freitag im Augsburger Rathaus eine große Versammlung in der Brotversorgungsfrage stattfinden werde.

Briefkasten

Dringende Hilfe! Spende von 5000 K. 5. erhalten. Besten Dank!

Nürnberg H. V. Abbestellung f. Nov. vorgemerkt. 60 Mill. M. Bezugsgebühr erhalten. Bitte noch 490 Mill. M. einzusenden. Fehlende Nummern folgen.

Turn- und Sportnachrichten

Vorschau für Samstag und Sonntag.

Fußball.

Spiele der Bezirksliga.

In **München** finden zwei Spiele der **Bezirksliga statt:** Am Samstag um 3 Uhr treffen die

Bayern und M.T.V. Fürth

aufeinander. Nach der augenblicklichen Papierform haben die Münchener wenig Aussichten, gegen die Auswentigen zu gewinnen.

Das zweite Spiel findet am Sonntag um ½3 Uhr auf dem M.T.V.-Platz an der Marbachstraße statt:

Wacker gegen Nürnberger Fußball-Verein.

Auch das Spiel steht für die Gäste, die letzten Sonntag gegen Sp.Vgg. Fürth ein Unentschieden erzwingen konnten, recht günstig.

In **Augsburg** stehen sich

F.A. Schwaben und 1860 München

in einem Treffen gegenüber, das recht offen ist; doch sollten die Münchener mehr vom Spiele haben.

Die wichtigste Begegnung ist zweifellos die zwischen den beiden Lokalgegnern

Spielvereinigung Fürth — 1. F.C. Nürnberg,

die in Fürth stattfindet und eine große Zuschauerzahl nach Fürth ziehen wird. Das Ergebnis ist durchaus ungewiß, da jeder der beiden Gegner alles daransetzen wird, um die wertvollen Punkte zu erobern.

Die Kreisligaspiele

im **Kreis Altbayern** finden am Sonntag je um ½3 Uhr auf dem Platz des zuerstgenannten Vereines statt. Es spielen: **M.T.V. 79** gegen Neuhausen an der Marbachstr.; **M.S.V.** gegen Armin (Balanstr.); **Landshut** gegen Rosenheim 1860 u. endlich noch **M.T.V. Ingolstadt** gegen Helios.

In der A-Klasse

deren Spiele ebenfalls jeweils um ½3 Uhr beginnen, treten sich — auf dem Platz des erstgenanten Gegners — gegenüber: **Bajuwaren** — Laim; Pfeil — Dachau; Pasing gegen Eintracht; 1880 — Sendling und Sportfreunde gegen Hansa. Die 10 Vereine der

B-Klasse

spielen wie folgt: **Alemannia** — Oberföhring; **Rastlos** gegen A.S.C., **Phönix** — Biederstein, **Vorwärts** — Stern und **Feldkirchen** — Bruck.

Ferner spielen noch in

München-Land:

Ammerland — Schongau, Starnberg — Weilheim und Wolfratshausen — Kochel.

Städtewettkampf: Kopenhagen — Berlin in Kopenhagen.

Handball.

Die Verbandsrunde findet ihre Fortsetzung mit folgenden Spielen:

Am **Samstag, ¼4 Uhr, Hansastraße: 1880 II — Armin.**

Am **Sonntag** je um 10 Uhr: Turngemeinde — Turnerbund und M.T.V. — Pasing auf dem M.T.V.-Platz an der Marbachstraße; ferner 1880 I — Armin an der Hansastraße.

Hockey.

Die Meisterschaftsspiele finden sämtlich um ½11 Uhr vorm. statt. Es spielen: Neuaubing — Münchener Hockey-Club in Neuaubing; Teutonia — M.S.C. an der Lerchenfeldstraße und M.T.V. 79 — Jahn an der Marbachstraße.

Leichtathletik.

Die **Deutsche Sportbehörde für Leichtathletik** hat für Samstag und Sonntag in Dachau den **Technischen Ausschuß** zur alljährlichen Tagung zusammenberufen. Mit Ausnahme von Südostdeutschland und dem Baltischen R.- u. W.Sp.-Verband werden die Vertreter aus dem ganzen Reiche erscheinen.

Bezeichnend für die Art und Weise, wie in Sachsen öffentliche Meinung gemacht wird, ist die Absage des südostdeutschen Vertretern **„wegen politischer Unsicherheit“.** Offenbar wird dort von Unruhen und Putschen in München gesprochen; Nachrichten, die einen sehr durchsichtigen Zweck verfolgen. — Aus Berlin kommen Wagener und Weidner als Sportwarte und Kohlmey als Vertreter des V.A.V., Kolvenbach für West- und Lieninger für Mitteldeutschland. Auf der Tagesordnung stehen u. a. Erweiterung des Frauensportes, Stellung zur Vereinigung deutscher Geher und Satzungsänderungen.

Boxen.

Der **Bayerische Amateur-Faustkämpfer-Verband** hält am Sonntag vorm. ½9 Uhr seine diesjährige Tagung in den Räumen des T.S.V. Jahn, Wiedenmayrstraße 40, ab.

Schwerathletik.

Anläßlich des

15. Stiftungsfestes des S.C. Apollo

finden im großen Saale des Hackerbräukellers am Sonntag sportliche Kämpfe im **Ringen, Stemmen** und **Boxen** statt, deren ins einzelne gehende Vorschau uns hier zu weit führen würde. Als Hauptkonkurrenz sei die Begegnung von Gauß (Stuttgart) und Bogner (Apollo) genannt.

Handel Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Reichsschulden

Nach dem am 10. Oktober veröffentlichten Ausweis belief sich die schwebende Schuld des Reiches auf 89 142.2 Billionen Mark. Bis 15. Oktober war nach Blättermeldungen dieser Betrag auf 170 581 Billionen gestiegen und erreichte am 22. Oktober die Höhe von 408 000 Billionen.

Ausgabe der Goldmarknoten

Das Reichskabinett beschloß die Abänderung des Bankgesetzes. Danach ist die Reichsbank berechtigt, Goldmarknoten auszugeben. Die Deckung der Goldmarknoten besteht zu einem Drittel in Gold und Devisen und zu zwei Dritteln in Goldmarkhandelswechseln. Der Goldbestand, der als Deckung für die Goldmarknoten der Reichsbank dient, wird getrennt geführt von dem übrigen Goldbestand, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Die Goldmarknoten der Reichsbank sind jederzeit einlösbar in Gold, englischen Pfund oder Dollars nach der Wahl der Reichsbank. Ferner erhält die Reichsbank die Berechtigung, unverzinsliche, wertbeständige Schuldverschreibungen auszugeben. Die Emission erfolgt, um den Bedürfnissen des Verkehrs nach kurzfristiger wertbeständiger Anlage von Geldern Genüge zu leisten. Die Schuldverschreibungen finden in den wertbeständigen Krediten der Reichsbank die entsprechende Deckung. Das Maximum der Emission dieser Schuldverschreibungen ist auf den dreifachen Betrag des Goldbestandes festgesetzt, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Schließlich kann die Reichsbank nach Abänderung des Bankgesetzes gewisse Serien der jetzt umlaufenden Noten einziehen. Da heute außerordentlich hohe Forderungen nach Zahlungsmitteln an die Reichsbank gestellt wurden, die nicht weniger als eine Trillion Reichsmark betrugen, mußte die Bank zu Repartierungen schreiten. Die Bank ist jedoch bemüht, den Anforderungen in Zukunft gerecht zu werden. Sie hofft, vom Samstag ab eine Produktion von 300—400 Billionen pro Tag zu erreichen. Es sollen nur noch sehr hoch lautende Noten gedruckt werden. So ist die Billionennote in Vorbereitung. Um jedoch den Verkehr weiter zu erleichtern, werden Interimsscheine für die Goldanleihe, die seit gestern gedruckt werden, alsbald, vielleicht schon morgen, ausgegeben werden.

Steuerabzug vom Arbeitslohn

Vom Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern wird amtlich mitgeteilt:

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt ab 28. Oktober „Sechstausend“. Unter Zugrundelegung dieser Verhältniszahl ergeben sich z. B. folgende

Wochenermäßigungen:

für die Zeit	f. Steuerpfl. u. Ehefr. je M.	f. 1. minderjähr. Kind M.	f. Werbungsk. M.
vom 19.—30. 9. 23 (Grundzahl)	172 800	1 152 000	1 440 000
vom 1.—6. 10. 23 (sechsfach)	1 036 800	6 912 000	8 640 000
vom 7.—13. 10. 23 (achtfach)	1 382 400	9 216 000	11 520 000
vom 14.—20. 10 23 (32 fach)	5 529 600	36 864 000	46 080 000
vom 21.—27. 10 23 (210 fach)	36 288 000	241 920 000	302 400 000
vom 28.—3. 10 23 (6000 fach)	1 036 800 000	6 912 000 000	8 640 000 000

Der Wert der Sachbezüge wird mit Wirkung vom 1. November auf das Sechstausendfache für die zweite Septemberhälfte in Geltung gewesenen Anschläge erhöht. Die sich hiernach berechnenden Sätze sind gleichzeitig mit den ab 28. Oktober geltenden Steuerermäßigungen in der gemeinsamen Bekanntmachung der drei bayerischen Landesfinanzämter vom 26. Oktober („Staatsanzeiger“ vom 27. Okt.) veröffentlicht, desgleichen diejenigen Barlöhne, von welchen an bei Empfängern freier Station im Monat Oktober unter den dort angegebenen Voraussetzungen ein Steuerabzug einzubehalten ist. Bei weiblichen Hausangestellten ist danach auch im Oktober in der Regel kein Steuerabzug einzubehalten.

Der im Wege des Steuerabzuges einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Millionen nach unten abzurunden.

Arbeitsmarkt in Bayern

Die Lage des Arbeitsmarktes am 18. Oktober hatte sich, nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes, gegenüber dem Stichtag vom 18. September sowohl für männliche wie für weibliche Arbeitskräfte abermals stark verschlechtert. Auf dem männlichen Arbeitsmarkt wurden am 18. Oktober 56 914 Arbeitsuchende und 422 offene Stellen, am 18. September nur 36 624 Arbeitsuchende und noch 784 offene Stellen gezählt. Von den Arbeitsuchenden war der weitaus größte Teil arbeitslos, nämlich 54 915, von den Arbeitslosen waren 1043 in Notstandsarbeiten untergebracht, 32 125 erhielten Erwerbslosenunterstützung. Besonders hohe Ziffern von Arbeitsuchenden wiesen die Metallverarbeitung und Maschinenindustrie, das Bekleidungsgewerbe, das Baugewerbe und die Lohnarbeit wechselnder Art auf. Offene Stellen waren nur in der Land- und Forstwirtschaft und in der Lohnarbeit wechselnder Art in etwas größerer Zahl vorhanden. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt wurden am 18. Oktober 19 390 Arbeitsuchende (darunter 18 521 Arbeitslose, in Notstandsarbeiten untergebrachte und 6323 unterstützte Erwerbslose) und 2641 offene Stellen gezählt. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat sich gegenüber dem letzten Stichtag also insgesamt um 4 565 vermehrt, die Zahl der offenen Stellen um 1 670 vermindert. Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft und der häuslichen Dienste übertraf auch hier in sämtlichen Berufsgruppen die Zahl der Arbeitsuchenden die Zahl der offenen Stellen. Die meisten Arbeitsuchenden wies die Metallverarbeitung und Maschinenindustrie und die Lohnarbeit wechselnder Art auf. Offene Stellen waren nur in der Land- und Forstwirtschaft, in der Gast- und Schankwirtschaft und in den häuslichen Diensten in größerer Zahl vorhanden.

Wirtschaftsrundschau

Eine italienische Handelskammer in München. Die seit einiger Zeit in Gang befindlichen Verhandlungen über die Errichtung einer italienischen Handelskammer in München stehen vor dem Abschluß. Das italienische Ministerium für nationale Wirtschaft hat der Handelskammergründung, die besonders in Triest regstem Interesse begegnet, moralische und materielle Unterstützung zugesagt. In diesem Jahre ist der Warenverkehr zwischen Triest und Süddeutschland um 23 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen und der anfangs November in Triest stattfindende italienische Außenhandelskongreß wird sich eingehend mit der Frage der weiteren Verdichtung der gegenseitigen Handelsbeziehungen beschäftigen.

Wertbeständige Obligationen. Der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen und der Norddeutschen Grundkreditbank in Weimar wurde unter Vorbehalt des Widerrufs die allgemeine Genehmigung erteilt, nach Maßgabe des Hypothekenbankgesetzes, der Banksatzung, des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 23. Juni 1923 und der Verordnung zur Durchführung des letztgenannten Gesetzes vom 29. Juni 1923 im Einverständnis mit dem jeweiligen Staatskommissar der Bank, auf den Inhaber lautende wertbeständige Hypothekenpfandbriefe, Kommunalobligationen und Kleinbahnobligationen auszugeben.

Die Währungsanarchie. Das Reichskabinett nahm heute eine Verordnung zur Änderung des Gesetzes über die Ausgabe und Einlösung von Notgeld an. Dieses Notgeld darf nur auf einen Betrag oder einen Teil des Betrages der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches lauten. Das Notgeld muß von den Ausstellern spätestens am 15. Dezember 1923 aufgerufen werden. Zur Deckung des jeweils auszugebenden Notgeldes müssen in Höhe des Nennbetrages Schatzanweisungen der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches bei einer zur Aufbewahrung von Depots ermächtigten Reichsbankanstalt hinterlegt werden. — Im Anschluß an die Verordnung zur Regelung des wertbeständigen Notgeldes wird dem W.T.B. von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß es sich für den Zweck der Ausgabe wertbeständigen Notgeldes empfiehlt, im Interesse der Verkehrssicherheit und Vereinfachung der Kontrolle das Notgeld für größere Bezirke oder ganze Berufszweige auszugeben und von Anträgen kleiner Unternehmungen auf Genehmigung möglichst abzusehen.

•

Die Stadt Berlin gibt wertbeständiges Geld in einer Gesamthöhe von 3 Millionen Goldmark aus. Es gelangen zwei verschiedenartige Scheine über ¼ Dollar gleich 1,05 Goldmark, und über einen ganzen Dollar gleich 4,20 Goldmark zur Ausgabe.

•

Da die Versorgung der Verkehrsämter mit Zahlungsmitteln sich in den letzten Tagen immer schwieriger gestaltete, bringt die Abteilung München des Reichspostministeriums für die Dauer der Zahlungsmittelnot Gutscheine über je 100 Milliarden Mark in den Verkehr. Die Gutscheine werden auf Überweisungsformblätter der Postscheckämter München und Nürnberg gedruckt. Das Papier ist rosafarben und hat ein Wasserzeichen mit Kreuz- und Ringmuster. Die Gutscheine tragen den Hochdruckstempel der Postscheckämter München oder Nürnberg und einen Abdruck der Unterschrift des Staatssekretärs der Abteilung München des Reichspostministeriums Dr. Schätzel.

Alle Kassen der Post- und Telegraphenverwaltung in Bayern lösen die Gutscheine auf Verlangen zum vollen Betrag in bar ein. Auch die Bayerische Staatsbank und die Eisenbahndienststellen in Bayern werden die Gutscheine in Zahlung nehmen.

•

Nach einer Meldung des Tageblattes aus Breslau genehmigten das Reichsfinanzministerium und das preußische Handelsministerium die Ausgabe eines wertbeständigen Not-

geldes für die Provinz Nieder- und Oberschlesien. Das Geld wird von der Industrie anfangs nächster Woche in kleiner Stückelung für Lohnzahlungen ausgegeben. Als Sicherheit für das Notgeld ist die Hinterlegung wertbeständiger Papiere, insbesondere Reichsgoldanleihe notwendig.

Eisenbahntarife. Vom 29. Oktober ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 6 Milliarden, im Güterverkehr 12 Milliarden betragen.

Die Wiener Goldparität beträgt 14 400 Kronen. Mit Rücksicht auf die Stabilität der Krone wird in Zukunft der Stand der Goldparität nur im Falle einer Änderung veröffentlicht werden.

Goldumrechnungssatz für Reichssteuer. Laut Bekanntmachung des Börsenvorstandes werden vom 27. Oktober an auch Samstags ausländische Zahlungsmittel an der Berliner Börse amtlich notiert. Demgemäß richtet sich für die Folge der Goldumrechnungssatz für die Reichssteuer für Sonntag und Montag jeder Woche nach dem Dollarstande am vorhergehenden Samstag. Der für Freitag festgesetzte Umrechnungssatz gilt also nur für Samstag.

Buchhändlerschlüsselzahl am 27. Oktober: 16 Milliarden.

Anzeigenschlüsselzahl. Der Verein deutscher Zeitungsverleger setzte die Schlüsselzahl für Anzeigen ab 27. Oktober auf 18 Millionen fest.

Der Goldumrechnungssatz für Reichssteuern beträgt am 27. Oktober: 15 Milliarden.

Reichsanzeiger. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungssätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt nach einer Bekanntmachung des „Reichsanzeigers" vom 28. Oktober bis 3. November 6000. Ferner veröffentlicht der „Reichsanzeiger" die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge und eine Anordnung über die Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, Verordnungen über die Erhöhung des Notenausgaberechtes der Privatnotenbanken, über die Erhöhung der Spielkartensteuer, über Wechselsteuermarken sowie die vierte Verordnung über die Mitnahme von Zahlungsmitteln nach dem Ausland.

Um die Goldanleihe. Berliner Großbanken richten nunmehr Goldanleihekassen ein, in denen Goldanleihekonten geführt werden, und durch die eine beschleunigte Besorgung von Goldanleihe bewerkstelligt werden soll. Einzahlungen von mindestens 50 Dollar in Goldanleihe ohne Zinsscheine werden für laufende Konten gegen eine Gebühr mit 1 vom Tausend berechnet, von der größeren Seite bei halbjährlicher Abrechnung entgegengenommen. Entnahmen können durch Bar- und Verrechnungsschecks in Beträgen, die auf 10 Dollarcents abgerundet sein müssen, erfolgen. Zur Beschleunigung bei Lieferung gekaufter Goldanleihe wird bestimmt, daß die gekauften Stücke am nächsten Tage von 9 Uhr ab bei der Auftragskasse in Empfang genommen werden können, falls gegen vorhandene Markguthaben Bestenskäufe in zinsscheinloser Goldanleihe in Höhe von mindestens 10 Dollar bis ½10 Uhr vormittags erteilt werden. Außerdem werden Schalter eingerichtet, an welchen gegen Barzahlung Goldanleihe ohne Zinsscheine während der Kassenstunden zum jeweiligen Freiverkehrskurs (nicht zum amtlichen Kurs) über den Ladentisch sofort gezogen und verkauft werden kann.

Neue alte Banknoten. Infolge der ungeheuren Geldentwertung der letzten Tage und des dadurch gesteigerten Bedarfes an Zahlungsmitteln ist die Reichsbank gezwungen, zum zweitenmal eine Reichsbanknote in den Verkehr zu geben, die durch Überdruck einen höheren Wert als den ursprünglich im Text der Note angegebenen erhalten hat. Es handelt sich um eine frühere Reichsbanknote zu 5000 Mark, die bisher noch nicht im Verkehr gewesen ist, und welche durch Überdruck einen Wert von 500 Milliarden erhalten hat.

Preisbewegung

Der Richtpreisausschuß des deutschen Stahlbundes setzte ab 24. 10. folgende Richtpreise fest: Für Lieferungen im besetzten Gebiet — A —: 1. Rohblätter 151,4; 2. Vorblätter 178; 3. Knüppel 184,7; 4. Platinen 191,7; 5. Formeisen 218,3; 6. Stabeisen 219; 7. Universaleisen 235,7; 8. Rundeisen 273; 9. Walzdraht 232,1; 10. Grobbleche 6 Millimeter und darüber 246,9; 11. Mittelbleche 3—5 Millimeter 275,8; 12. Feinbleche 1 bis unter 3 Millimeter 310,6; 13. Feinbleche unter 1 Millimeter 344,8. Für Lieferungen der Werke im besetzten Gebiet — B —: 132,1 — 150,9 — 161,1 — 167,2, 190,4—191,0—205,6—238,1—202, 14—215,3—240,8—270,9 bis 300,7 Goldmark. Vorstehende Preise sind Werksgrundpreise und verstehen sich für 1000 Kilogramm in Thomas- oder Siemensgüte mit den bekannten Frachtgrundlagen. Die Vertreter der eisenerzeugenden Werke sehen davon ab, eine Änderung der Preisrichtbestimmungen aus allgemeinen Gründen zunächst eintreten zu lassen, obwohl nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen es an sich durchaus geboten ist, daß Ausgleichszahlungen zum Vortagskurse der Zahlung gerechnet werden. Der erneut eingetretenen Änderung der Kohlenpreise wurde, soweit sie für die Preisregelung in Betracht kommt, Rechnung getragen.

Die Wertmeßziffer in der Damenkonfektion ist laut „Textil-Woche" für den Verkehr zwischen Fabrikanten und Abnehmern mit Wirkung vom 25. Oktober auf 346 000 000 festgesetzt worden. (Dollardurchschnittskurs 24 271 170 000).

Löhne und Tarife

Die wochentäglichen Unterstützungssätze für die Erwerbslosen betragen im unbesetzten Deutschland vom 22. bis 27. Oktober in Ortsklasse A in Milliarden Mark. Für Männer über 21 Jahre 10,5, unter 21 Jahren 6,3. für Frauen 8,4 bzw. 4,9. Der Familienzuschlag für Ehegatten beträgt 3,9, für jedes Kind oder jeden sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen 3,1. In Ortsklasse B sind die Sätze für die gleichen Gruppen 9,8 bis 5,9, 7,8 bis 4,6, 3,6 und 2,9. In Ortsklasse C sind die Sätze 9,1 bis 5,5, 7,2 bis 4,3, 3,3 und 2,7, in den Ortsklassen D und E 8,4 bis 5,1, 6,6 bis 4,4 und 2,5. Familienzuschläge werden bis zum Höchstbetrage des Doppelten der Hauptunterstützungssätze gewährt. Im besetzten Gebiet ist für den hauptunterstützungsberechtigten Empfänger das Anderthalbfache der vorstehenden Tagessätze zu zahlen. Die Höhe der Familienzuschläge ist gleich wie im unbesetzten Gebiet.

Das Zentralschlichtungsamt hat bezüglich der Buchdruckerlöhne folgenden Schiedsspruch gefällt: Die Restlöhne für die Woche vom 20. bis 26. Oktober sind möglichst Samstag, spätestens Montag, 29. Oktober zu zahlen. 60 Prozent des dieswöchigen Lohnes sind als Vorschuß auf den Lohn der nächsten Woche spätestens am Donnerstag, den 1. November, zu zahlen. Der Spitzenlohn für 20. bis 26. Oktober ist 260 Milliarden. Danach beträgt in Berlin der Wochenlohn der Hilfsarbeiter 234, der Einlegerin 187,2, der Hilfsarbeiterin 168,48 Milliarden Mark.

Indexzahlen

1 Goldmark am 26. Okt. = 15 476 190 476 P.-M.
Goldsteuers. 27. Okt. = 15 000 000 000
Lohnsteuer-Abz. 21. Okt. = 210 Verhältn.-Zahl
Großhnd.-Index 23. Okt. = 14 100 000 000fach
Lebenshalt.-Index 23. Okt. = 3 045 000 000fach
Güterv.-Index ab 25. Oktober = 3 000 000 000
ab 29. Oktober = 12 000 000 000
Person.-Verk.-Index ab 25. Okt. = 1 500 000 000
ab 29. Oktober = 6 000 000 000
Buchhd.-Schlüsselz. ab 27. Okt. = 16 000 000 000
Buchdrck.-Schlüsselz. 24. Oktbr. = 600 000 000
Anzeigenschlüsselz. ab 27. Okt. = 18 000 000
Dollarmittelkurs 26. Oktober = 65 000 000 000
Fernbriefporto ab 20. Oktober = 10 000 000

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Deutscher Bezugsquellen-Anzeiger für Handel, Industrie und Gewerbe

Parkettfabrik München
Lincke & Co.
Berg-am-Laim-Str. 109 — Telephon 41731
Holzfußböden aller Art
verlegt und unverlegt
Sägewerk * Lohnschnitt
Hartholzhandlung

SPIELWAREN-SCHMIDT
NEUHAUSER STRASSE 20
(Neben Fürstenhof und Augustiner)

Anzug-Stoffe Kostüm-Stoffe
Tuchhandlung
Gottfr. Kramer
München, Sonnenstraße 27/I, Anruf Nummer 52552
(gegenüber der protestantischen Kirche)

Singer-Nähmaschinen sind Erzeugnisse einer englisch-amerikanischen Gesellschaft.
Deutscher, kaufe nur deutsche Nähmaschinen!

Deutsche, unterstützt dadurch unsere völkische Bewegung, daß Ihr Eure
Kunstgegenstände, Möbel, Schmucksachen usw.
nur deutschen Geschäftsleuten zum Kaufe anbietet!

August Riepoll
München
Färbergraben 26, Tel. 25209
Korbmöbel
Kinderwagen
Kinderstühle
Korbwaren

Farbbänder
aus la Baumwollgewebe in allen Farben und Breiten
Drucktücher
für Typendruckmasch. in hervorrag. Qualit.
Auffärben
von Farbbändern und Drucktüchern.
Farbbandfabrik
Progreß
München
Ludwigstr. 17a
am Siegestor
Tel. 31959

Kolonialwaren
Weine, Liköre
Schokoladen
sämtl. Waschartikel
Lebensmittelhaus Tal 23
M. Stephanitsch

Hans Schrott
München
Heßstraße 90
Kurz-, Schnitt-, Weiß- und Wollwaren

Eigl & Schwed
G. m. b. H.
München, Goethestr. 8
Tel. 56617, 72482
Auslandsverkehr
Rollfuhrwerk
Möbeltransport

Zeppelin-Garage München
Heinrich Laberger • Rosenheimer Str. 27 • Tel. 41714
Übernahme von Neuanfertigungen u. Reparaturen in- u. ausländischer Autos u. Motorräder jeder Art bei schnellster u. zuverlässigster Ausführung.
Werkstätte für Automechanik Spezialität: Drehen, Fräsen u. Schleifen. Autogene Schweisserei für alle Metalle. / Prompte Bedienung ist garantiert.

Ed. Koller
Johannisplatz 12
I. Wiener Puppen-Klinik
An Part.-Mitgl. 10% Rabatt

Weiß-, Woll-, Kurz-Waren
Haarspangenreparatur
Heinrich Kerndler
Augustenstraße 70. Tel. 57519

Reeller, fachmänn. Ankauf von
Gold, Silber, Platin, Gebissen, Zähnen, Doublé,
Brillanten
Rudolf Nicolodi
Goldschmied
Corneliusstr. 31 (Laden)
zum höchsten Tagespr.

Lumpen
Flaschen
Zeitungen
Altpapier
Altmetalle
höchste Preise
Merken Sie sich aber genau:
Gebr. Albrecht
Schleißheimerstr. 44
Hildegardstraße 11
Riedlstraße 4
Telephon 52774

Um meiner werten Kundschaft auch bei der
jetzigen schweren Krisis die Einkäufe zu erleichtern
und die
Wertbeständigkeit der Teilbeträge zu sichern, habe ich die Teilzahlungskasse wieder eröffnet.
Günstige Einkaufsmöglichkeit in
Herren- und Damenstoffen / Futterstoffen
H. LEWALTER * TUCHHANDLUNG * MÜNCHEN
(gegenüb. dem Deutschen Theater) Schwanthalerstr. 16 (gegenüb. dem Deutschen Theater)

Wien-München
Hotel Wagner
Sonnenstr. 23
Telephon 53464
Direktion
Max Pfahler.
Täglich abends 8 Uhr:
Das große Oktober-Programm
mit
Alois Pöschl
Ab 10½ Uhr:
Bar Wien-München

Werbt für den „Beobachter"!

Alte
Kriegsmarineflaggen
vorrätig à 100×150 cm . . 12 Goldmark
Seidene Fahrradfähnchen
Stück 0,20 Goldmark
Versand nur gegen Voreinsendung des Betrages
Flaggendruckerei
Robert TRÄGER, Pirna

Mein Name ist Robert Böh
Von Beruf Hutmachermeister
Ich gestatte mir, die
Hutfabrik u. Façonieranstalt „Modern"
in empfehlende Erinnerung zu bringen.

ALTPAPIER
Zeitung, Bücher, Hefte, Akten, Stampf, Lumpen, Flaschen, Altmetalle und Alteisen
kauft zu den höchsten Preisen
Joseph Duschl
München, Dachauer Straße 21/0
Telephon 55236 / Hole jedes Quantum frei ab / 2. Hof links

LAST-AUTO und Anhänger 2 bis 5 Tonnen
sowie
Personen-Auto preiswert zu verkaufen.
Schwabinger Automobilhaus
GEBR. HERRMANN, München
Siegesstraße 26 Telephon 31633
Zufahrt Leopold- Ecke Fendstraße

Gummi-Schuhe
werden unter billigster Berechnung repariert.
Gummiwaren-Fabrik
Anton Luber, München
Lindwurmstraße 88. Telephon 73618.

Heilanstalt für
Haut- und Geschlechts-
Haar- u. Harnleiden, Sex. Neurasth.
Sprechstunden: 10—1 und 3—6½ Uhr
Dr. med. J. Kopp
Dachauer Str. 15, nächst dem Hauptbahnhof

„Der Waldbrunnen"
Monatsschrift fürs deutsche Volk
Eine Schrift der Deutschen in Böhmen, die auch in Deutschland erhältlich
Leiter: Eberhard König und K. F. Leppa
Einzelpreis —,30 M., Jahresbezug 3,— M. zuzüglich jeweiliger Teuerungsziffer / Bezug durch
Rudolf Schmidt / Dresden
Tischerstraße 8

Emil Maurice
Uhrmacher
repariert Uhren auch außer Haus
Rumfordstr. 5/IV

Anzeigen
im Völkisch. Beobachter
haben stets den größten Erfolg!

Merke Marke Mann im Monde

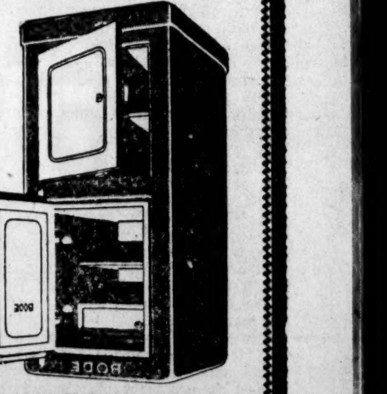
卐
Hakenkreuz-
Brosche, Anhäng., Châtelaine mit schwarzweißrotem Band, Nadeln, Edelweiß in Alpaka u. Email. Edelmetallanfertigung auf Bestellung. Große Auswahl zu jeweilig. Tagespreis. Ortsgruppen und Vereine Vorzugspreise.
NB! Bei Veranstaltungen, wie Deutsch. Tag (Verkaufsstand) im Festsaale der N.S.D.A.P.
Louis Frankl
München-Ost
Sedanstr. 5/0 r.

INGENIEUR-BÜRO **WERLE & WALLNER** **München, Herrnstr. 28**
Postscheck-Konto München Nr. 48258
Telephon-Ruf Nr. 21950

Eceka-Luftdruck-Pumpe
Vorteilhafteste und rationellste Abzapfpumpe leicht verdunstender, stark riechender und feuergefährlicher Flüssigkeiten, wie

Benzin
Benzol
Petroleum
schwachprozent.
Säuren
Alkohol
Wein
dünnflüssige
Öle usw.

Efka-Spezial-Roller
Die vollkommenste Büro-Druckmaschine, unentbehrlich bei den heutigen enorm hohen Druckkosten für Behörden, Banken, Handel, Industrie, Hotels, Restaurants usw.
Jeder Nichtfachmann sein eigener Drucker.
Kein Farbbanddruck! Richtiger Buchdruck!
Vorführung im Geschäftslokal

Bode-A.-G., Hannover
Geldschrankfabr. u. Tresorbauanstalten
Ständig großes Lager in einbruch-, sturz-, spreng- und feuersicheren Kassen-Schränken, Effekten-, Konten- und Bücher-Schränken, Mauer- und Schreibmaschinen-Schränken, Zahltischen.


Gesucht werden sofort zirka
3 elektr. Lichtanlagen
für Lastwagen; außerdem mehrere
Kühler-Schutzhauben und Reisedecken
Preiswerte Angebote umgehend an die Geschäftsstelle (Verkehrsabteilung) der N. S. D. A. P., Corneliusstraße 12.

Dame
streng völk. nat. gesinnt, gebild., arischer Abstammung, kinderlb., im Haushalt erfahren,
wünscht Aufnahme als Haustochter
wo Mädchen vorh., od. zu alleinsteh., älterem, völk. Ehepaar in Landhaus od. Villenhaushalt. Verlangt wird gute Behandlung u. Kost. Gehalt wird nicht verlangt. In Frage kommt nur streng nat.-gesinnte Familie, Oberbayern oder Allgäu bevorzugt. Briefl. Zuschriften erbeten an K. M. Dober-Dobeneck, Ing., Bad Düben a. M., a. Neumarkt.

Suche **1 großes, leeres, beschlagnahmefreies Zimmer** mit Kochgelegenheit gegen zeitgemäße Entschädigung, außerdem 2 Zentner Kohlen und 2 Zentner Kartoffeln.
Angebote an Schieder, Rottmannstr. 11/0.

Tücht. Zuschneider
30 Jahre, ledig, 3 Jahre Praxis,
sucht Stelle.
Vielleicht auch Mitarbeit. Gefl. Zuschr. unter 1671 an die Anzeigen-Abteilung.

Zur Ermöglichung der Weiterarbeit an einer Erfindung (D. R. P.)
mit der nachweisbar schon Erfolge in größerem Stil erreicht wurden und deren Verwendung von Autoritäten als in vaterländischem Interesse gelegen bezeichnet wurde, wird ein Kapital von
500 Goldmark gesucht.
In Betracht kommen als Geldgeber (auch mehrere mit kleineren Beträgen) nur völkisch Gesinnte und unter diesen auch nur solche, die sich durch Bekannte als zuverlässig ausweisen können. Ein kleiner Teil des Betrages kann vom dem Erfinder, ein anderer voraussichtlich von einer Behörde getragen werden
Zuschriften unter 1665 an die Anzeigen-Abteilung d. Blattes.

Spielplan der Münchner Theater vom 28. Oktober bis 5. November

§ = Theatergemeinde — * = Volksbühne

	National-Theater	Residenz-Theater	Prinz-Regenten-Theater	Theater am Gärtnerplatz	Münchner Schauspielhaus	Operettenbühne (Lustspielhaus)	Münchner Volkstheater	Münchner Theater (Blumensäle)
Sonntag, 28. Oktober nachmittags	—	—	—	Offenbach (3 Uhr)	Musik (3.30 Uhr)	Madame Pompadour (3.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (3.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (3.30 Uhr)
Sonntag, 28. Oktober abends	Aida (6 Uhr) 21201—21300 * 62901—63000 §	Die Kinder (7.30 Uhr) 53451—53550 §	Hermannsschlacht (7.30 Uhr) 63101—63900 § 64201—64350 §	Die Siegerin 7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Montag, 29. Oktober abends	16. Vorst. Abt. I Das Nachtlager in Granada (7 Uhr) 2901-3050 * 62751-62900 §	Alles um Geld (7.30 Uhr) 54201—54400 §	Die Spielereien einer Kaiserin (7 Uhr) 13501—13700 * 17101—18200 *	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Kammermusik (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Dienstag, 30. Oktober abends	18. Vorst. Abt. I Ilsebill (7 Uhr) 8651—8800 * 69251—64900 §	Wenn der junge Wein blüht (7.30 Uhr) 13101—13200 *	Florian Geyer (7 Uhr) 11901—13100 *	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Die Faschingsfee (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Mittwoch, 31. Oktober abends	17. Vorst. Abt. V Die Vögel (7 Uhr) 8401—8600 * 64401—64550 *	Alles um Geld (7.30 Uhr) 20701—21050 *	Weh dem, der lügt (7 Uhr) 59401—59800 § 61151—61700 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Wiener Blut (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Die Hamburger Filiale (7.30 Uhr)
Donnerstag 1. November nachmittags	—	—	—	Dreimäderlhaus (3 Uhr)	Über die Kraft (3.30 Uhr)	—	Der Müller und sein Kind (3.30 Uhr)	Der Müller und sein Kind (3.30 Uhr)
Donnerstag, 1. November abends	18. Vorst. Abt. II Fidelio (7 Uhr) 20051—20100 * 64351—64400 §	Urfaust (7 Uhr) 66451—66550 §	Hanneles Himmelfahrt (8 Uhr) 61701—62650 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Ein Traumspiel (7.30 Uhr)	Wiener Blut (7.30 Uhr)	Der Müller und sein Kind (7.30 Uhr)	Der Müller und sein Kind (7.30 Uhr)
Freitag, 2. November abends	Tell (7 Uhr) 2101—2700 * 66601—66800 § 69401—69800 §	Zum erstenmal: Die Fahrt nach Orplid (7.30 Uhr)	Magdalena (7 Uhr) 1701—2100 * 11401—11900 *	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Madame Pompadour (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.30 Uhr)	Der Müller und sein Kind (7.30 Uhr)
Samstag, 3. November abends	17. Vorst. Abt. III Die lustigen Weiber von Windsor (7 Uhr) 8801-8850 * 64551-64650 §	Die Fahrt nach Orplid (7.30 Uhr) 1501—1600 *	Othello (7 Uhr) 15801—16800 *	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Zum erstenmal: Süße Susi (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Der Tatzelwurm (7.30 Uhr)
Sonntag, 4. November nachmittags	—	—	—	Detektivmädl (3 Uhr)	Liebelei (3.30 Uhr)	Madame Pompadour (3.30 Uhr)	Der Müller und sein Kind (3.30 Uhr)	Der Tatzelwurm (3.30 Uhr)
Sonntag, 4. November abends	19. Vorst. Abt. V Oberon (6 Uhr)	Die Fahrt nach Orplid (7.30 Uhr) 1601—1700 *	Die Lokalbahn — Die Medaille (7 Uhr) 64051—65500 §	Die Siegerin (7.30 Uhr)	Des Esels Schatten (7.30 Uhr)	Süße Susi (7.30 Uhr)	Der Fürst von Pappenheim (7.15 Uhr)	Der Tatzelwurm (7.30 Uhr)
Montag, 5. November abends	19. Vorst. Abt. IV Der Maskenball (7 Uhr) 8901—9000 * 57101—57200 §	Jan der Wunderbare (7.30 Uhr) 52701—52800 * 69801—69900 §	Maß für Maß (7 Uhr) 54401—54500 § 55201-55600 * 65501-65900 §					

Weitere Vergnügungs-Ankündigungen im Anzeigenteil!

Nachtvorstellungen im Münchner Volkstheater: Sonntag, den 28. Oktober, Samstag, 3. November und Sonntag, den 4. November je ¾10 Uhr: „Gretchen".